Heft 8 August 1996 8.– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Srebrenica: Knochen für die Medien
- Wehrpflicht: Erziehung zur Volksgemeinschaft
- Lübecker Brandanschlag: Eine saubere Lösung
- O. Köhler: Kohl und sein völkischer Beobachter
- No Sports: Die Linke und der Ball

Deutsche Spaßkultur

in konkret August 1996

von konkret

an konkret

Postmodern Times von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Knochen für die Medien von Thomas Deichmann
Srebrenica und die Suche nach den Massengräbern

Zu Protokoll
In Guido Westerwelle hat die deutsche Frauenbewegung einen entschlossenen Vorkämpfer gewonnen. Über seine Forderung, Frauen zur kämpfenden Truppe der Bundeswehr zuzulassen, sprach mit ihm Ulrich Wickert (ARD-Tagesthemen, 6.7.96). KONKRET dokumentiert das Gespräch

Ja, Volksgemeinschaft von Justus Wertmüller
Wehrpflicht oder Berufsarmee? Diese in anderen Staaten mit Blick auf ihre Interventionsfähigkeit ganz pragmatisch entschiedene Frage wird hierzulande ideologisch beantwortet

»Gerader Kurs« von Otto Köhler
Seit 30 Jahren sammelt die Deutschland-Stiftung des Altnazis Kurt Ziesel staatserhaltende Kräfte. Auch dieses Jahr ist sie wieder fündig geworden

Saubere Lösung von Gaby Hommel
Safwan Eid ist frei, die Täter sind es ebenfalls. Die Lübecker Justiz wird für ihre Unabhängigkeit gelobt. Die politische Konsequenz des Geschehens verschwindet hinter der Fassade des Rechtsstaats

»betr.: Ostjuden« von Oliver Tolmein
Wie dem deutschen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit einmal das antisemitische Ressentiment durchging

Sicherheitsextremismus von Rolf Gössner
Sie scheuen keine bürgerrechtlichen Kosten. Kaum haben sie aufgerüstet, rüsten sie schon wieder nach. Die Extremisten der »Inneren Sicherheit« bauen gegenwärtig den »Sicherheitsstaat« in dem Maße aus, in dem der Sozialstaat abgebaut wird

Sozial vollwertig von Olaf Goebel
Die völkischen Eskapaden der Chefin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB), Charlotte Höhn, liegen in der Forschungslinie seiner nazistischen Gründerväter

Zechpreller der Geschichte von Robert Kurz
Der Anschluß Ostdeutschlands ist ökonomisch gescheitert

All the President's Men von Werner Pirker
Das Spektakel der russischen Präsidentschaftswahl hat deutlich gemacht, daß es eine dritte Kraft zwischen Jelzinisten und Ex-Kommunisten so wenig mehr gibt wie einen evolutionären Ausweg aus der Krise des Landes

Allianz der Alchimie von Bernhard Schmid
In Frankreich feiert der Antisemitismus neue Triumphe – in Gestalt des ehemaligen Chefphilosophen der KP und eines überaus prominenten Armenpriesters

In diesem SinneDeutscher Beruf von Holm Friebe

In diesem SinneKlassenkeile von Georg Fülberth

In diesem SinneZu den Waffen! von Verena Krieger

Kunst & Gewerbe

Dissidenz im Multipack von Jürgen Roth

Umpolen von Kay Sokolowsky
Ein Land im Bann der Doofen: Warum der neueste deutsche Humor so finster ist wie die Nacht. Wie die »RTL Samstag Nacht«

Wer ist bloß Ernst Jünger? von Cristina Fischer
Wie ein oberbayrischer Lehrer sich müht, einige Ungerechtigkeiten der deutschen Literaturgeschichtsschreibung zu korrigieren

Buch & Deckel von Nanni Dandorfer
Antifaschistisches Autorenkollektiv: Drahtzieher im braunen Netz, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1996, 270 S., 34 Mark

Buch & Deckel von Peter Nowak
Wolfgang Purtscheller (Hg.): Die Rechte in Bewegung. Seilschaften und Vernetzungen der »Neuen Rechten«. Picus-Verlag, Wien 1995, 201 Seiten, 34 Mark

Buch & Deckel von Kay Sokolowsky
Orson Welles: Mr. Arkadin. Übersetzt von Michael Farin und Hans Schmid. Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins, Hamburg 1996, 380 S., 27 Mark

Buch & Deckel von Jürgen Roth
Philip Kerr: Das Wittgenstein-Programm. Rowohlt Taschenbuch, 412 S., 14,90 Mark

Neue Fronten von Gabriele Werner
Warum eigentlich, so fragte eine Kunstgeschichtsstudentin aus Oldenburg, heißt die zur Zeit in Berlin zu sehende Ausstellung des Europarats »Kunst und Macht«? Gute Frage

Anmerkungen zu Haffner von Martin Braun
Über die Konjunktur eines nationalrevolutionären Historikers in der deutschen Linken

Melodie & Rhythmus von Stephan Düfel
Diverse: Songs For Political Action – Folkmusic. Topical Songs And The American Left 1926 – 1953; Bear Family Records

Melodie & Rhythmus von Harald Peters
De La Soul: Stakes Is High; Tommy Boy/east

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf
Metallica: Load; Vertigo

Melodie & Rhythmus von Wiglaf Droste
Funny van Dannen: Basics; Trikont

Melodie & Rhythmus von René Martens
Die Goldenen Zitronen: Economy Class; Sub Up/EFA

Es geht nicht mehrEine Erledigung von Joachim Rohloff

Kaum ist die EM gewonnen, da wartet die Nation auch schon auf die neue Bundesligasaison. Und auch der linke Fußballfan wird seinem Verein wieder die Daumen drücken. Fragt sich bloß, warum. Joachim Rohloff über die Fußballbegeisterung der Linken; Stefan Ripplinger über allerlei Versuche, dem Fußballspiel einen tieferen Sinn zu geben

Es geht nicht mehrFußball ohne Volk von Stefan Ripplinger

Kaum ist die EM gewonnen, da wartet die Nation auch schon auf die neue Bundesligasaison. Und auch der linke Fußballfan wird seinem Verein wieder die Daumen drücken. Fragt sich bloß, warum. Joachim Rohloff über die Fußballbegeisterung der Linken; Stefan Ripplinger über allerlei Versuche, dem Fußballspiel einen tieferen Sinn zu geben

Die Besessenheit der frühen Jahre von Klaus Bittermann

Über die Romane des englischen Schriftstellers Nick Hornby

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt

Eraser

Film & Theater von Michael Nauert

Trainspotting

Film & Theater von Otto Köhler

Auf der Suche nach Z

Film & Theater von Michael Nauert

Mission: Impossible

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 08/96, S. 4

von konkret

Nicht ganz unbemerkt sind jene Neuerungen geblieben, mit denen KONKRET, auf eine erhöhte Nachfrage beim Publikum hoffend, ins Jahr 1996 gegangen ist. Naturgemäß argwöhnisch beachtet wurde der Vorgang in einem linkeren Milieu, das sich selbst des Zusammenkopierens einzelner Blätter zu einer »Linken Zeitschrift« bzw. »Zeitschrift für den Rest« oder aber »Zeitschrift gegen Kultur und Politik« befleißigt. Abgesehen von der vielerorts gepriesenen erhöhten Abriebfestigkeit der Umschlagseiten gerieten die im Innenteil des Heftes eingeführten neuen Rubriken sämtlich in den Geruch, theoretische und analytische Texte zugunsten eines schieren Service- und Unterhaltungsangebots zu verdrängen.

In der Zeitschrift »Bahamas« (19/96), einst von der (1995 aufgelösten) Gruppe K, inzwischen vom Antinationalen Büro in Berlin herausgegeben und mit einem Teil der übernommenen KB-Rücklagen finanziert, beklagte sich unter der Überschrift »Bissinger kehrt zurück. KONKRET geht auf Profilsuche« Redaktionsmitglied *und* KONKRET-Autor Justus Wertmüller *de profundis* und versäumte nicht, KONKRET seine Präferenzen für einen Weg in den Ruin ans Herz zu legen:

Wenn KONKRET eine linksradikale antideutsche Politik- und Kulturzeitschrift bleiben will, muß sie entlang der vielen ungelösten Fragen revolutionärer antideutscher Linker den Streit organisieren – auch wenn keine Demo dabei rüberkommt, sich keine linksradikale Gemeinschaft darauf bezieht und auch dann, wenn sich der Ruin nicht abwenden läßt. Sie darf nicht vor Zumutungen zurückschrecken, die im theoretischen Anspruch und komplexen Sprachgestus von Autoren wie Marx und Adorno angelegt sind. Die Politik des kurzen Textes mag bezüglich des Aktualitätsfetischs, dem eine Zeitschrift nun mal ausgesetzt ist, für eine Reihe von Texten pro Nummer hingehen. Wenn solche Aktuell-Texte den theoretisierenden Essay verdrängen und damit die kommunistische Kritik (und um die geht es) exterritorialisieren, ist das Blatt erledigt. Dann stirbt es in geistloser Medienkritik und langweiliger Linken-Geschichtsschreibung den schmählichen Tod auf Raten. Selbst wenn KONKRET ökonomisch als Erinnerungsorgan einer melancholischen Kulturlinken überleben würde, wäre es doch nicht mehr als eine Leiche, die sich durch Stinken ihrer Existenz versichert.

Wenn, was ungefähr gemeint ist, auch ungefähr so zutreffend wäre – daß nämlich Kritik und Unterhaltung einander ausschließen und womöglich »exterritorialisieren« – , es wäre in der Tat mit Bedacht zu wägen, in welche Richtung das Redaktionsschiff zu steuern sei. Ebensowenig aber, wie Leichen überleben, wird eine antideutsche revolutionäre Linke, die sich ihrer Existenz leider nicht einmal durch Stinken versichern könnte, uns davon überzeugen, diese alte und übrigens sehr deutsche Dichotomie unter Tendenzschutz zu nehmen.

Hinwiederum ein Hort der Hochkultur – obzwar bedauerlicherweise – ist KONKRET für Günther Jacob geblieben. In der neuen »Spezial« (103/96), die in Hannover erscheint, moniert er den Humanismus, den Hermann Peter Piwitt in seinem Beitrag zum Zeitgeist-Theater (KONKRET 5/96) gepflegt hat:

Daß die Arbeiterbewegung und die ihr angeschlossenen Bildungsbürger das klassische Kulturerbe verteidigen müssen, ist eines jener alten ML-Dogmen, die auch dann nicht untergehen werden, wenn alles andere schon untergegangen ist. Eine letzte Zuflucht finden hochkulturell orientierte Humanisten leider immer noch in der Zeitschrift KONKRET, obwohl auch die schon (laut »Bahamas«) vom Zeitgeist angeknabbert ist.

In der Hamburger Zeitschrift »17å C« (12/96) wird der Differenz zwischen dem Nutzen und dem Nachteil der Rubrizierung für die Lektüre punktuell noch etwas abgewonnen:

Das Dumme bei dem neuen Alles-wird-kürzer-Konzept der KONKRET ist allerdings, daß vier dusselige Gedanken und deren Artikulation auf drei Seiten erheblich schneller auffallen als auf 15.

Prinzip erkannt, wenn auch nur im Prinzip. Denn natürlich hat sich KONKRET nur deshalb vom länglichen, theoretisierenden Essay mit adornitischem Sprachgestus verabschiedet und dem Neobissingerismus zugewandt, um auf seine Kosten zu kommen – ein Unterfangen, das sich jetzt auszuzahlen beginnt. Henning Gutermuth hat zwei Geräte entwickelt, die, wie er im Schreiben an die Redaktion verspricht, für unsere Leser, aber auch für »normal Badende oder Fernreisende mit Sicherheit sehr interessant« seien. Ethische Bedenken ignorierend und nebenher die KONKRET vorgeworfene schleichende Magazinisierung aufs Neue bestätigend, schreiten wir ungehemmt zur Präsentation eben dieser Gutermuthschen »Neugeräteentwicklung«, welche zudem die bereits »ausreichend chemisch belastete« Umwelt schont. Es handelt sich um das »Hai-Vertreiber-Gerät«, das ungeschminkt die Bezeichnung »Hai-Schock« trägt und wie »eine kleine Stange Zigaretten aussieht«, sowie das »Maulwurfvertreibungsgerät«, dem sein Erfinder dem Namen »Maulwurfschreck« und das Aussehen einer »grünen, eckigen Pampelmuse mit Stil dran« verliehen hat. »Hai-Schock« und »Maulwurfschreck« vertreiben mit »intelligenter Elektronik« zuverlässig Haie und Maulwürfe ein für allemal aus der näheren Umgebung auch der KONKRET-Leser, Badenden, Fernreisenden.

Konkret 08/96, S. 6

an konkret

Kleiner Tip

KONKRET 7/96: Editorial

Jaja, das böse »ND« hat wieder mal hinterhältig zugeschlagen. Schade nur, daß Sie nicht mitteilen, wann und wo den »ND«-Redakteuren verboten wurde, den Namen Ihrer Zeitschrift zu erwähnen. Es würde mich interessieren, zur Vervollständigung meiner Dienstvorschriften. Noch ein Wort für den Sprachaufpasser von »Gremlizas Express«: Das Wort »Journalistenfragen« impliziert keineswegs, daß mehrere Journalisten am Werk gewesen sein müssen. Es können auch die Fragen *eines* Journalisten gewesen sein. Denn das Wort »Journalistfragen« existiert nach dem Kenntnisstand des früheren Zentralorgans nicht. Wenn doch, verschweigen Sie uns bitte nicht, wo wir Anwendungsbeispiele finden, sonst müssen wir immer weiter lügen. Wir möchten doch so gern lernen!

Wolfgang Hübner

»ND«-Politikredakteur

Berlin

Glanzstück

KONKRET 7/96: »Gestern links, heute rechts« von Pascal Beucker

Wahrlich ein Glanzstück »linker« Aufklärung, das Pascal Beucker (gestern: grün-radikaldemokratischer Schüler- und Studierendenfunktionär – heute: Lohnschreiber bei KONKRET und »jW«) da vorgelegt hat! Wer ex-kommunistische »Computerverkäufer« und »Bonner Hofberichterstatter« in einen Topf wirft mit – von KONKRET in ausführlichen Artikeln dankenswerterweise »entlarvten« – neuen Nazis vom Schlage eines Reinhold Oberlercher, der hat jedes Maß verloren oder schon immer keinen Begriff von einer Welt gehabt, die dann doch etwas komplizierter ist, als Pascal zu erkennen vermag. Interessanter als diese dürftige und denunziatorische Recherche im KONKRET-Archiv finde ich Artikel, die ergründen, warum es heutzutage so viele ehemalige Linke gibt, die deswegen nicht gleich Rechte sind. Vielleicht auch – in traditionell linker Manier – weniger auf Personen fixiert, die inzwischen nur noch ihren Lebensunterhalt bestreiten, sondern außerdem auf die Verhältnisse, die es zum Tanzen zu bringen gilt. Ich bin heute schon gespannt, wer bei diesem Tanz dabei ist. Vielleicht sogar Pascal Beucker?

PS: Was, lieber Pascal bzw. Hermann L., sind denn »Nach(bürgerkinder)kriegs-Karrieren«? Für entsprechende Hinweise wäre ich dankbar.

Michael Knoche

München

Hinweis an die dankbare Redaktion für die Wunderserie:

Josef Bierbichler – gestern KONKRET-Leser – heute: KONKRET-Leser (weil da mittlerweile Listen veröffentlicht werden wie bei den jungen Altnazis).

Vielleicht solltet Ihr Euren UNI-KONKRET-Euphorion doch noch ein wenig studieren lassen, damit es für ihn nicht heute schon morgen wird.

Selbstanzeiger

In Ihrer Liste steht u.a.: »Uwe Knickrehm – gestern: MSB-Bundesvorsitzender – heute: Computerverkäufer«.

Das verstehe ich nicht. Was ist, bitteschön, rechts an dem Beruf des Computerverkäufers? Bitte übersenden Sie mir (und vielleicht allen KONKRET-Abonnenten) eine Liste linker Berufe, mit denen man eine Familie einigermaßen ernähren kann. KONKRET-Autor vielleicht? Da wären wir wohl alle schon verhungert.

Martin Sigrüner

Burgberg

Sie haben einen Beitrag »Gestern links, heute rechts« im Heft. Der geht so: »N.N. – gestern: SDS – heute: Nazi; N.N. – gestern KONKRET-Autor – heute: ›Spiegel‹-Chefredakteur; N.N. – gestern: Kommune 1 – heute: esoterischer Nazi; N.N. – gestern MSB Spartakus – heute: Bundestagsabgeordneter der Grünen.«

Klar, Nazi, »Spiegel«, Grüner MdB, das sind durch die Bank Kloaken-Karrieren sondergleichen. Aber: »N.N. – gestern: DKP-Parteivorstand – heute: Computerverkäufer.« Wo ist da der verabscheuungswürdige Tatbestand?

Dr. Michael Klein

Chefredakteur »PC-Welt«

München

Zur Vervollständigung ihrer verdienstvollen »Gestern gut – heute schlecht«-Serie noch ein paar Ergänzungen: Wolfgang Abendroth – gestern: KONKRET-Autor – heute: tot; Günther Anders – gestern: KONKRET-Autor – heute: tot; Alfred Andersch – gestern: KONKRET-Autor – heute: tot; Heinrich Böll – gestern: KONKRET-Autor – heute: tot; Ernest Bornemann – gestern: KONKRET-Autor – heute: tot; Rudi Dutschke – gestern: KONKRET-Autor – heute: tot; Hubert Fichte – gestern: KONKRET-Autor – heute: tot; Bernt Engelmann – gestern: KONKRET-Autor – heute: tot; Wolfgang Harich – gestern: KONKRET-Autor – heute: tot; Heiner Kipphardt – gestern: KONKRET-Autor – heute: tot; Andreas Papandreu – gestern: KONKRET-Autor – heute: tot; Arno Schmidt – gestern: KONKRET-Autor – heute: tot ...

Die Liste ist offen, tägliche Neuzugänge können nicht ausgeschlossen werden.

Gerhard Nordmann

gestern Berlin, heute Kassel

Revolvergeschichte

KONKRET 7/96: Anzeige von Wolff Geisler

Na super! Die Anzeige auf Seite 17 war ja wohl notwendig, oder was? Aids eine Erfindung skrupelloser Wissenschaftler, absichtlich in Umlauf gebracht, böswillig verschwiegen und dadurch die angebliche Heilbarkeit gleich mit.

Nein, wer sich ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt hat, den kann so eine Anzeige in einem politischen Magazin nur noch erschrecken. Komplizierte Sachverhalte mit einfachen Antworten darzustellen, Hoffnungen zu erwecken etc., war schon immer der Weg zum Erfolg auf dem Buchmarkt.

Falls Ihr noch mehr »umstrittene« Bücher bewerben wollt, wie wär's denn mit *Schicksal als Chance* von Thorwald Dethlefsen (Aids ist nur die Antwort der Seele auf ausschweifendes Leben) oder anderen Klassikern esoterischer, wichtigtuerischer, pseudowissenschaftlicher oder pseudohistorischer Art?

Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit, sich auch über Werbung zu finanzieren: Es grenzt an Verantwortungslosigkeit, solche Revolvergeschichten in der ohnehin schon von Esoterik und Wissenschaftsfeindlichkeit geschädigten Linken zu verbreiten.

Mitarbeiter der Aids-Hilfe

Nürnberg

Hindernisse

KONKRET 6/96: »Karlsruher Grenzregime« von Hermann L. Gremliza

Sehr geehrter Herr Gremliza!

Sie wollen etwas mitteilen. Ich möchte Sie verstehen. Zwischen uns stehen Sätze wie dieser:

»Klassenjustiz, um sie geht's, ist kein Schimpfwort, sondern der Begriff, auf den eine zur Zeit verbotene Wissenschaft eine Rechtsordnung bringt, die wie alle anderen Institutionen des bürgerlichen Staates und dieser als ganzer die Interessen der die Gesellschaft dominierenden Klasse mit ihren spezifischen Mitteln zu verteidigen hat, etwa, wenn's eng wird, mittels jener juristischen Formelsprache, die der erboste Kritiker dann ›biederes Wortgeklingel‹ nennt.«

Das sind 61 Worte, getrennt durch neun Kommata, in einem Satz. Mir scheint, in dem Bemühen, ihre Gesellschaftskritik auf den Punkt zu bringen, vergessen Sie, ebendiesen öfter zu setzen. Ließe sich die Kritik am Hauptwiderspruch nicht vielleicht doch mit etwas weniger Nebensätzen formulieren?

Stephan Linck

Kiel

Schock

KONKRET 4/96: Titel

Als erstes möchte ich vorwegschicken, daß ich Euer Magazin noch nie gelesen habe und möchte mir deshalb auch gar kein Urteil darüber erlauben. Als ich durch Zufall jedoch das Heft 4 vom April sah, war ich doch über den Titelbericht ein wenig schockiert.

Obwohl ich ziemlich unfeministisch eingestellt bin, fand ich die Formulierung »Soldaten sind Mörderinnen« ein wenig diskriminierend. Ich hoffe, daß es sich hierbei lediglich um einen Druckfehler handelt (wenn schon Gleichberechtigung, dann »Soldaten sind Mörder« oder »Soldatinnen sind Mörderinnen« oder »SoldatInnen sind MörderInnen«), denn falls dies nicht der Fall ist, wäre ich von einem so linksliberalen und toleranten Magazin echt enttäuscht.

Birgit

Karlsruhe

Konkret 08/96, S. 9

Hermann L. Gremliza

Postmodern Times

Zur Jahrestagung seines Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) den Herrn Bundeskanzler einzuladen, hat Hans-Olaf Henkel einfach vergessen; Kollege Jürgen Schrempp, Chef des größten deutschen Konzerns, ruft den Abgeordneten des Bonner Haushaltsausschusses beim gemeinsamen Abendessen höhnisch zu, Daimler werde in Deutschland bis zur Jahrtausendwende keinen Pfennig Ertragssteuern zahlen (»Von uns kriegt ihr nichts mehr!«); Bonner Minister werden, wie ein Mitarbeiter der Bundesumweltministerin klagt, von den Unternehmern »in der Öffentlichkeit abgewatscht wie noch nie«. Das deutsche Nachrichtenmagazin, das all dies mitansehen muß, verliert fast ein wenig die ideologische Contenance: »Neuerdings«, mault der »Spiegel«, behandelten »die Bosse« den nationalen Regierungschef und seine Minister »wie Kellner des Kapitals«, was sagt man?

Something is happening and you don't know what it is, do you, Mr. Kohl?, weshalb sie, wie neuerdings immer in solchen Fällen, behaupten, es hänge irgendwie mit der »Globalisierung der Wirtschaft« zusammen. »Die Globalisierung der Wirtschaft macht die Manager mächtiger«, meint der »Spiegel«; der Kanzler, der doch immer nur das Beste für sie gewollt hat, deutet die neue Frechheit seiner alten Freunde psychologisch (»Die können den Hals nicht vollkriegen«), sein dicker Kumpel Josef Fischer mehr metaphysisch-geophysikalisch (»Nach dem Krieg war Wirtschaft auch eine politische Veranstaltung. Jetzt streben beide Welten auseinander«), und der allseits beliebte grüne Politologie-Professor Raschke, Hamburg, erklärt den »Zerfall des Politischen« politologisch: »Der Sozialismus unterwarf die Ökonomie der Politik, im Kapitalismus hingegen droht die Ökonomie die Politik abzuschaffen.« Die »politisch autonome Bürgergesellschaft« müsse gegen die »Wirtschaftsgesellschaft« verteidigt werden, um zu erhalten bzw. zu erringen, was Professor Raschke den »Kapitalismus mit menschlichem Antlitz« nennt.

Ein Wunsch von rührender Komik. Als ob der Kapitalismus nicht längst aussähe, als sei er Joschkar Westerschäuble aus dem Gesicht geschnitten. Aber warum sollte, wer nie verstehen wollte und durfte, was ist, begreifen, was draus wird. Wer die »politisch autonome Bürgergesellschaft« nie als ein System verstanden hat, in dem der Staat als »ideeller Gesamtkapitalist« (F. Engels) die Bedürfnisse der verschiedenen Kapitalfraktionen harmonisiert, die freudige Mitwirkung der Proleten an ihrer Ausbeutung organisiert und das Interesse des Kapitals mittels *public relations* als Gemeinwohl drapiert, kann nicht begreifen, daß und warum sie jetzt abgeschafft wird.

Es war der vorläufige Endsieg des Kapitalismus, der den ideellen Gesamtkapitalisten entwertet hat. Wenn den Proleten doch keine Wahl mehr bleibt, wozu noch die teuren Umwege übers Personal,wozu die vielen erklärten und die ungezählten verdeckten Lobbyisten, die Schmiergelder, wozu all der soziale Klimbim und die kulturellen Sperenzchen? Hatte man im Finale des Systemkampfs noch einen Protagonisten gesucht (und in Herrn v. Weizsäcker gefunden), der über das ganze Repertoire des sozialen, kulturellen und politischen Kitschs (Refrain: Der Staat sind wir alle) verfügte, ist jetzt ein plumper Stiesel wie der Roman Herzog gefragt. Wer dessen Auftritte an den Performances seines Vorgängers mißt, tut ihm unrecht: Der Nachfolger erfüllt seine Aufgabe, den Interessen der gesellschaftlichen Herrschaft als Medium zu dienen, mit mindestens derselben Anstelligkeit wie Weizsäcker. Daß andere Interessen eine andere, krudere Artikulation verlangen, dafür kann er nicht.

Und so arbeitet er denn Punkt für Punkt ab, was das Kapital ihm aufgetragen hat. Verlangt der Vorstand für Agitation und Propaganda, den die Deutsche Bank ihren »Chefökonomen« nennt, im Juni eine »Reduzierung der Bruttolöhne, flexiblere Arbeitsverhältnisse, Reform der Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung«, tönt im Juli aus dem Bundespräsidenten der Ruf nach flexiblerer Arbeitszeit, Einschnitten ins soziale Netz, einer »völlig neuen Diskussion des Rentensystems«, Befreiung der Wirtschaft von Steuern und Abgaben, Einziehung von sozialen »Kulanzgeschenken«; »die Knappheit öffentlicher Mittel« müsse als »ein Motor notwendiger Neuerungen« genutzt werden, die nicht an »Barrikadenverteidigern unserer Besitzstandswahrung« scheitern dürften; gute, innovative Ideen seien: Erhebung von Studiengebühren, private Hochschulen, die Förderung von Eliten, die Beseitigung des »engmaschigen Normensystems«, Freiheit für die Genforschung und so weiter – keine Forderung, die der BDI in den letzten Jahren erhoben hat, bleibt ungenannt, und wo der Redner vom Wortlaut der Vorlage ins Journalistendeutsch abweicht (»Barrikadenverteidiger der Besitzstandswahrung«), zeugt es von heißem Bemühen, jeden Zweifel an seiner Dienstbereitschaft auszuschließen. Wenn also »in Zeiten knapper Kassen« (Herzog) dem Einzelplan 01 des Bundeshaushalts (Bundespräsidialamt) mit 9,9 Prozent der höchste Zuwachs aller Titel zugestanden wird (zum Vergleich: Einzelplan 11, »Arbeit und Sozialordnung«, minus 2,0 Prozent), ist das kein Kulanzgeschenk, sondern ein Zeichen, daß Leistung sich wieder lohnt.

Der parlamentarisch-demokratische Sozialstaat war die Luxusversion der kapitalistischen Klassenherrschaft. Seine Zeit ist vorbei. Nicht weil bösartige Leute die Chance nutzen – sie sind meist bösartig und sie tun es, aber ihre Bösartigkeit ist nicht der Grund ihres Tuns. Sie tun es, weil sie bei Strafe des Bankrotts jede Möglichkeit nutzen müssen, ihren Gewinn auf

Kosten der Kosten zu mehren, und möglich ist fast alles, seit jene, die einst unterm »engmaschigen Normensystem« ein wenig Schutz vor der Brutalität des Systems fanden, jedes Mittel der Gegenwehr verloren haben: Eine andere Seite, zu der sie – und wäre die Drohung so hypothetisch, wie sie es hundert Jahre lang war – überlaufen könnten, gibt es nicht mehr, weder für den Einzelnen noch für seine Parteien und Gewerkschaften, die theoretisch wie praktisch längst zum Personal der Herrschaft gehören, wenn auch noch nicht immer zu deren voller Zufriedenheit: Hans-Olaf Henkel etwa will die SPD erst regieren lassen, wenn sie sich einen Tony Blair zum Vorsitzenden wählt, der dem englischen Kapital aus dem Bauch redet wie der Roman Herzog dem deutschen.

Die Politik des ideellen Gesamtkapitalisten war eine Art sozialer Knautschzone, die manches und manche hat überleben lassen: Schwache, Kranke, Außenseiter, Menschenfreunde. Auch Künstler. Einige von ihnen wird das Kapital in mäzenatische Obhut nehmen – so eine Villa hat ja doch viel leere Wände, wo bißchen was Buntes sich gut machen tät. Alle andern kommen »auf den Prüfstand«, und wer mehr kostet als er abwirft, wird gestrichen – von jetzt auf gleich: Im Juni ordnet's der »Chefökonom« an, im Juli gibt's der Bundespräsident weiter, im August beschließt der Bundestag, daß Rentnern und Arbeitslosen 35 Milliarden weggenommen werden. Und nicht der paar Mark wegen, sondern um den Sinn der Sache klarzustellen: »Behinderte haben künftig keinen Rechtsanspruch auf Leistungen der beruflichen Rehabilitation.«

Wie viele mußten einst bearbeitet, gehätschelt, umworben, bestochen und gekauft werden, bis man ein paar Kampfhubschrauber oder eine Giftgasfabrik verkauft hatte! Heute geht das so, wie es die Wirtschaftsredaktion der »FAZ« (10. Juli 1996) schildert:

Bonn erleichtert Waffengeschäfte mit dem Ausland. Über den Export von Rüstungsgütern soll die Regierung des Bündnislandes entscheiden, in dem der Hauptauftragnehmer seinen Sitz hat. Über die Entscheidung des Bundessicherheitsrates vom 23. April 1996, die einer breiten Öffentlichkeit bisher nicht bekannt wurde, hat die Regierung nicht berichtet. Die betroffenen Unternehmen wurden vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) informiert. In einem internen Vermerk des Bundeswirtschaftsministeriums wird die Tragweite des Beschlusses deutlich, den der BDI »als Schritt in die richtige Richtung« begrüßt.

Ob der sogenannte soziale Frieden, der nicht interessiert, solange er da ist, vielleicht interessiert, wenn er abhanden kommt und die Reichen (als »Barrikadenverteidiger der Besitzstandswahrung«) ihre Anwesen mit Mauern und Nato-Draht sichern müssen, wie in den USA? Aber eben dieses Vorbild und der forcierte Ausbau des staatlichen Gewaltapparats sprechen dafür, daß man sich auch hierorts für die billigere Variante entscheiden wird, die Massen in Schach zu halten. Schließlich muß man demnächst mit den Chinesen konkurrieren – und wie übrigens machen die es? Mit einer politisch autonomen Bürgergesellschaft?

Wer wem? Laßt Bilanzen sprechen: 1995 wies der Bundeshaushalt 451 Milliarden Mark aus, der Jahresabschluß der Deutschen Bank 722 Milliarden.

Konkret 08/96, S. 10

Herrschaftszeiten

Rätselhaftes Rußland 1

Wenige Tage nach der Entscheidung über Boris Jelzins Wiederwahl zum russischen Präsidenten veröffentlichte das US-amerikanische »Time Magazine« eine Reportage über Jelzins Wahlkampfhelfer. Keine Wald-und-Wiesen-Wahlkampfhelfer, sondern US-Spezialisten. Alte Haudegen der Material-, Umfragen-, Medien-, Fokusgruppenschlachten, aus denen US-Wahlkämpfe bestehen.

Vier Berater wurden für vier Monate und 250.000 Dollar engagiert und haben in einer streng geheimen Operation den Wahlkampf für Jelzin gewonnen. Gebucht Ende Februar, als die Umfrageergebnisse für Jelzin noch im einstelligen Bereich lagen, sahen die Berater schnell das Problem: Jelzin selbst, dem niemand glaubte und niemand etwas zutraute.

Also wurde der Wahlkampf umgestellt. Statt die Leistungen und Versprechungen des großen Präsidenten Boris Nikolajewitsch hervorzuheben, stellten die Berater den Antikommunismus in den Mittelpunkt – gegen den Einspruch von Jelzins russischen Beratern, die auf die ansteigende Beliebtheit der Kommunisten, die populäre Sowjetnostalgie und die große Sympathie für Stalin verwiesen. Die Amerikaner blieben bei ihrer Linie. Durch Befragungen von Fokusgruppen fanden sie heraus, daß die größte mit dem Kommunismus verbundene Furcht die vor dem Bürgerkrieg sei, und auf dieser Klaviatur wurde fortan gespielt (wohlgemerkt, ohne daß es einen Anhaltspunkt für tatsächliche Unruhen gegeben hätte außer solchen, die Jelzins eigene Banden angestiftet hätten). Das Ergebnis ist bekannt.

Aus den befreiten Gebieten 1

»Heißt das, der Lebensstandard im Osten bleibt dauerhaft niedriger?

Man kann das niedrigere Einkommensniveau des Ostens auch als Vorsprung sehen. Im Westen steht dieser durch die Globalisierung erzwungene schmerzliche Anpassungsprozeß noch aus.«

Der sächsische Wirtschaftsminister Kajo Schommer in der »Zeit«.

Freie Presse

Stimmen zum Brand des Flüchtlingsheims in Lübeck, bei dem am 18. Januar 1996 zehn Menschen ums Leben kamen:

Eine alte Regel hat sich in Lübeck bestätigt: Vorschneller Verdacht, vorschnelle Urteile gar, die mancher wie unter einem Pawlowschen Reflex formuliert, sind von Übel. Nüchternheit ist besser als Hysterie. Wut taugt nicht ohne Wissen.

Die »Sozialistische Tageszeitung Neues Deutschland« vom 22. Januar 1996, nachdem die Lübecker Staatsanwaltschaft einen rechtsextremen Hintergrund der Tat ausgeschlossen und statt dessen einen libanesischen Bewohner des Heims festgenommen hatte.

Kein dringender Verdacht besteht mehr an der Schuld des Libanesen. Um so härter scheint folgerichtig jener vielgeäußerte Verdacht, daß die Ermittlungen bislang einseitig, auf schnellen Erfolg orientiert und nach der politisch wünschens-werten Prämisse geführt wur-den.

Die »Sozialistische Tageszeitung Neues Deutschland« vom 3. Juli 1996, nachdem der libanesische Verdächtige mangels dringenden Tatverdachts wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden war.

Aus den befreiten Gebieten 2

In der vom sowjetischen Joch erlösten afghanischen Hauptstadt Kabul, in der jetzt der von den USA gegen die Sowjets unterstützte Mudschaheddinführer Hekmatyar regiert, erlebt der Handel einen ungeahnten Aufschwung: Viele Frauen verkaufen auf dem Markt ihre Kinder, die von Schmugglern erstanden und vorzugsweise in arabische Länder gebracht werden.

Vor allem Kriegerwitwen, die unter den neuen islamisch-fundamentalistischen Herrschern – ebenso wie unter der islamisch-fundamentalistischen Opposition – nicht arbeiten dürfen und von ihren Familien oft verstoßen wurden, greifen zu diesem Mittel.

Rätselhaftes Rußland 3

Kurz bevor die amerikanischen Wahlkampfberater ihren Dienst in Moskau antraten, am 22. Februar, unterzeichneten der Generalsekretär des Internationalen Währungsfonds, Camdessus, und der russische Präsident Jelzin eine Vereinbarung über einen Kredit in Höhe von 10,2 Milliarden Dollar an Rußland.

Einwände aus dem Westen, die dies als Eingriff in den russischen Wahlkampf werteten, wies Camdessus mit der Bemerkung zurück, eine Parteinahme wäre es gewesen, Rußland *nicht* zu unterstützen.

Time for a Change 1

Bill Clinton läßt nicht in seinen Bemühungen nach, als der legitime Nachfolger von John F. Kennedy in die Geschichte einzugehen. Wie dieser genießt er den Ruf, ein irgendwie neuer, frischer, moderner, ja, liberaler Präsident zu sein, der sich von der verstaubten Politik der Kalkleisten Reagan und Bush, bzw. J. Edgar Hoover, klar absetzt. Und wie Kennedy genießt er diesen Ruf zwar zu Recht, aber anders als gedacht.

Eines von Clintons wegweisenden Wahlversprechen, das rasch eingelöst wurde, war das »Three Strikes Law«: Es bestimmt, daß Straftäter, die zum dritten Mal eines Gewaltverbrechens überführt werden, zu mindestens 25 Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt werden müssen.

Das »Three Strikes Law« brachte etwa Jerry Williams aus Texas für 25 Jahre hinter Gitter, dessen »dritter Versuch« darin bestanden hatte, einem Jungen auf der Straße die Pizza aus der Hand zu reißen. Ein anderer gemeingefährlicher Verbrecher, der nun verdammt lange aus dem Verkehr gezogen wurde, ist Miles Swain aus Los Angeles, der in einem Kaufhaus ein T-Shirt gestohlen hatte.

Der Oberste Gerichtshof von Kalifornien hat das Gesetz des liberalen demokratischen Präsidenten nun für verfassungswidrig erklärt.

Microdyba

Die Softwarefirma Microsoft hat sich für das Wörterbuch in der spanischen Ausgabe ihrer Textverarbeitung »Word« entschuldigt und kostenlosen Ersatz angekündigt. Das elektronische Wörterbuch, mit dem Synonyme nachgeschlagen werden können, lieferte als alternative Bezeichnungen für »Indianer« »Wilder« und »Menschenfresser«, für »lesbisch« wurde »lasterhaft« und »pervers« angeboten.

Time for a Change 2

Auch den Communications Decency Act unterzeichnete Bill Clinton im Februar mit seinem eigenen Herzblut. Das Gesetz, ein Bestandteil der großen Reform des Telekommunikationsgesetzes, droht Anbietern und Verbreitern von »unanständigem« (indecent) Material im Internet mit bis zu zwei Jahren Gefängnis.

Dabei ist der Begriff »unanständig« (im Gegensatz zu dem besser definierten »obszön«) auch juristisch genau so vage, wie er sich anfühlt – mit seiner Hilfe wurden bis weit in die 70er Jahre hinein *Ulysses* von James Joyce oder J.D. Salingers *Fänger im Roggen* in einigen US-Staaten verboten.

Zudem ist die Frage sehr umstritten, wer im Internet aus technischen und praktischen Gründen wofür verantwortlich zu machen ist, und wie erfolgversprechend solche Versuche sind, das Netz zu kontrollieren.

Ein Gericht in Philadelphia erklärte nun auch den Communications Decency Act für verfassungswidrig und führte aus,

es ist keine Übertreibung festzustellen, daß das Internet einen Raum für Massenkommunikation geschaffen hat und weiter schafft, der in einer bisher unerreichten Form die Teilnahme jedes einzelnen ermöglicht... Die Regierung beantragt bei diesem Gericht implizit, sowohl den Umfang der freien Rede im Internet als auch ihre Erreichbarkeit zu beschränken. Dieses Verlangen ist dem Recht der freien Rede grundsätzlich entgegengesetzt.

Rätselhaftes Rußland 2: Da das Ende des Kommunismus nicht zugleich das Ende der Kremlastrologie war, muß jeder Versuch begrüßt werden, etwas mehr Wissenschaftlichkeit in die Beobachtung der Moskauer Zeitläufte zu bringen. Ein wertvolles Werkzeug, manche sagen: das Kronjuwel der Kremlastrologie ist dabei das Glatzentheorem, eine Regel, die bis zu Zar Nikolai I. (1825-1855) zurückverfolgt werden kann. Die Regel besagt, daß auf einen glatzköpfigen russischen/sowjetischen Führer einer mit vollem Haar folgt, der wiederum von einer Glatze abgelöst wird. Gut zu erkennen an

Wladimir Lenin (Glatze),

Josip Stalin (Haare),

Nikita Chruschtschow (Glatze),

Leonid Breschnew (Haare) ...

Juri Andropow (Glatze) ...

Konstantin Tschernenko (Haare) ...

Michail Gorbatschow (Glatze) ...

Boris Jelzin (Haare).

Eine mögliche Folgerung aus dem Glatzentheorem ist, daß Wladimir Schirinowski (Haare) in der Tat wohl nie eine echte Chance hatte, und daß auch Shooting star Alexander »Sicherheitschef« Lebed (Haare) sich vielleicht lediglich als ausgezeichneter zweiter Mann erweisen wird. – Und ob die Tage des Kommunistenchefs Sjuganow (Glatze) gezählt sind ... wer kann da schon sicher sein.

Eine Ihrer Aufgaben wird es sein, uns einen Monat vor der Wahl zu raten, ob wir die Wahl absagen sollen, wenn Sie meinen, daß wir sie verlieren werden.

Der (inzwischen abgesetzte) stellvertretende russische Ministerpräsident Oleg Soskowez zu Richard Dresner, einem der vier US-amerikanischen Politikberater, die vier Monate lang Boris Jelzins Kampagne zur Wiederwahl steuerten

Jelzins Wahlkampfmitarbeiter dachten, sie könnten die Wahl gewinnen, indem sie ein paar Fabrikdirektoren sagten, sie sollten ihre Angestellten anweisen, wie sie zu wählen hätten.

Joe Shumate, US-amerikanischer Jelzinberater

Stalin hatte bessere Sympathiewerte als Jelzin.

Richard Dresner über die Ergebnisse von Meinungsumfragen im März

Er hätte verloren.

George Gorton, US-amerikanischer Jelzinberater, auf die Frage, warum eine TV-Debatte mit KP-Chef Sjuganow verhindert wurde

Es gab intensive Gespräche mit dem Heimatverein Wallrabs, Vertretern der Bürgerinitiative Wallrabs, mit dem Carnevalsverein und mit dem Kleingartenverein usw., die dem Ziel dienten, gegenseitige Probleme zu lösen.

Aus der Presseerklärung der Stadtverwaltung Hildburghausen anläßlich der ersten 100 Tage seit der Amtseinführung des PDS-Bürgermeisters Steffen Harzer

Konkret 08/96, S. 14

Thomas Deichmann

Knochen für die Medien

Srebrenica und die Suche nach den Massengräbern

Es paßte wie die Faust aufs Auge: Ein Jahr nach der Eroberung der UN-Schutzzone Srebrenica durch serbische Truppen und dem damit verbundenen vermeintlich schlimmsten Massaker seit dem Zweiten Weltkrieg erließ das UN-Tribunal in Den Haag im Juli 1996 einen internationalen Haftbefehl gegen den Präsidenten der bosnisch-serbischen Republik, Radovan Karadzic, und seinen Oberbefehlshaber Ratko Mladic. Beide waren bereits am 25. Juli 1995 des »Völkermords« und diverser »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« angeklagt worden. Am 16. November wurde die Anklage wegen der Einnahme der UN-Schutzzone erweitert. Ende Juni 96 hat die Beweisaufnahme begonnen. Sie wird medienwirksam begleitet von Aushebungen der Gräber vor Ort.

Srebrenica ist zu einem Äquivalent für den Holocaust geworden. Die Gleichsetzung der Ereignisse von Srebrenica mit Auschwitz war schon selbstverständlich, als sich noch niemand ein Bild von den tatsächlichen Ereignissen machen konnte. Freimut Duve (SPD) gab einem Artikel auf der Titelseite der »Zeit« die Überschrift »An der Rampe von Srebrenica« (21.7.95), und die Grüne Marieluise Beck kommentierte in der »Kommune«: »Die UN-Basis Potocari in der UN-Schutzzone Srebrenica wurde zur Rampe für eine Selektion ... Keiner von uns wird sagen können, wir hätten von nichts gewußt« (10/1995).

Die Überzeugung, in Srebrenica habe das schlimmste Massaker seit 1945 stattgefunden, ist heute Konsens. Alle Kriege der Nachkriegszeit werden damit bereinigt. Die Vergleiche des Bosnienkrieges mit der Nazi-Zeit haben auch dazu geführt, daß SS-Offiziere gegenüber serbischen Generälen heute fast human erscheinen. Jadranka Cigelj, Funktionärin der »Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte« und Zuarbeiterin der UN-Ermittler in Den Haag, brachte dies kürzlich so zum Ausdruck: »Im Vergleich mit den Foltermethoden der Serben war die Gestapo nur eine Handwerkervorschule für diese Hochschule der Tortur. Damals waren die Menschen wenigstens eine Nummer« (»Rheinischer Merkur«, 12.4.96).

Die Diskussion über Srebrenica und die Suche nach Massengräbern wird bis heute von Mythenbildungen, Spekulationen und dem missionarischen Eifer der Kriegsreporter bestimmt. Der Wahrheitsgehalt ihrer Berichte und Meldungen spielt oft keine Rolle, und Indizien, die nicht in antiserbische Schablonen passen, werden zurechtinterpretiert, ignoriert oder der Öffentlichkeit vorenthalten. Die UN-Definition eines Massengrabs macht es leicht, immer wieder neuen Gesprächsstoff zu liefern: Eine »dauerhafte Begräbnisstätte« für mehr als eine Person gilt als Massengrab.

Im September des letzten Jahres sorgte eine Meldung des damaligen bosnischen Ministerpräsidenten Silajdzic für Aufregung: Im westbosnischen Dorf Krasulje in der Nähe der Stadt Kljuc habe sich im Sommer 1992 ein Genozid ereignet, und 540 massakrierte Bosnier seien nun aus einem Massengrab geborgen worden. »Insgesamt könnten es rund zwanzig (Massengräber, Th.D.) sein. 1.000 Muslime und Kroaten sollen hier begraben liegen«, hieß es in der »Taz« (25.9.95). Krasulje blieb als das angeblich größte bis dato gefundene Massengrab im Gedächtnis vieler Zeitungsleser. Dementierende Stellungnahmen von UN-Ermittlern kamen nicht durch. Die UN-Sprecherin Susan Manuel erklärte, nur eine einzige Leiche sei gefunden worden und die bosnischen Behörden hätten nicht gestattet, die Gegend zu inspizieren. Auch ihre Verärgerung über kroatische Behörden, die Inspektionen in der Krajina behinderten, waren weder den »FAZ«- noch den »Taz«-Redakteuren eine weitere Meldung wert.

Daß das bis zu den Ausgrabungen bei Srebrenica größte gefundene Grab in Bosnien eines mit serbischen Leichen war, dürfte ebenfalls den wenigsten Zeitungslesern bekannt geworden sein. Im April 1996 wurden bei Mrkonjic Grad 181 serbische Leichen exhumiert. Im Oktober 1995 war die Stadt vom kroatischen Militär erobert und nach Unterzeichnung des Dayton-Vertrages die Verwaltung der Region an die Serben zurückübertragen worden. Beobachter bestätigten die Funde. 102 Leichen wurden mit zertrümmertem Schädel, vier mit abgetrenntem Kopf geborgen.

Die Redaktionen der deutschen Medien beschäftigten sich jedoch mit anderen Massengräbern, in denen sie keine serbischen Opfer, sondern Opfer serbischer Aggression vermuteten. In der Nähe des Dorfes Lusci Polanka im Norden Bosniens sei eine Höhle gefunden worden mit 120 Leichen aus dem Gefangenenlager Omarska, wurde Ende März gemeldet. »Unter Kadavern und Müll« seien die Leichen verborgen (»Taz«, 22.3.96), die Höhle sei durch eine Explosion stark beschädigt und mit einer Bergung der Opfer laut bosnischen Behörden im April zu rechnen. Über Ergebnisse dieser Nachforschung wurde später nicht mehr berichtet. Es ist möglich, daß es sich auch hier – wie im Fall Kljuc – um Propaganda handelte.

In der Gegend um das Gefangenenlager Omarska gibt es zahlreiche Bergwerke, in denen serbische Militärs Zehntausende von massakrierten Muslimen und Kroaten verscharrt haben sollen. Anfang des Jahres sorgten sie für reichlich Gesprächsstoff. Der »Spiegel« präsentierte die Aussage eines serbischen Offiziers, der angeblich zum Kreis um Karadzic gehörte (5/1996): »In Wahrheit sind zahlreiche dieser Abraumhalden Massengräber.« Er erklärte, in den Bergwerken

Ljubija, Omarska und Tomasica seien mehr als 10.000 Leichen verborgen. Und er berichtete über einen weiteren Exekutionsplatz der Serben. Etwa 3.000 Gefangene seien erschossen und in eine Schlucht bei Vitovlje gestürzt worden. Weder der »Spiegel« noch die UN-Ermittler haben es bis dato für angebracht gehalten, diese Behauptungen zu überprüfen.

Die Mine von Ljubija hatte bereits einige Wochen zuvor für Schlagzeilen gesorgt. Die »Taz« berichtete in Anlehnung an einen Artikel der »New York Times«, man habe dort ein Massengrab mit bis zu 8.000 Leichen entdeckt (13./14.1.96). Die Leichen seien mit Chemikalien behandelt und unter Abraum begraben worden. US-Geheimdienstler sicherten zu, sie würden fortan die Gegend beobachten, um einen möglichen Abtransport der Leichen zu registrieren, und auch eine in unmittelbarer Nähe stationierte britische Einheit sollte auf besondere Vorkommnisse achten. Der stellvertretende Ankläger des UN-Tribunals, Graham Blewitt, erklärte die Aufklärung dieses Falls zur Priorität seiner Ermittler, und die UN-Menschenrechtsbeauftragte Elizabeth Rehn forderte von den serbischen Behörden freien Zugang zum Gelände – obwohl es keine Anzeichen von Behinderungen durch die Serben gab. Daß der Sprecher des bosnisch-serbischen Militärs in Banja Luka, Milovan Milutinovic, wiederholt erklärte, UN-Ermittler könnten jederzeit die Minen in Ljubija, Tomasica und Omarska inspizieren, wurde zwar von Agenturen gemeldet. Auch diese Meldung wanderte aber von Redaktionsschreibtischen offenbar direkt in den Papierkorb.

Die Schreckensberichte über Ljubija verstummten rasch. Auch die Mitteilung der serbischen Behörden Ende Januar, man beabsichtige nach der Unterzeichnung eines Vertrages über Eisenlieferungen mit Kroatien die Wiederaufnahme der Arbeiten in den Minen Ljubija und Omarska, paßte nicht zu den »NYT«- und »Spiegel«-Reportagen, denen zufolge die Minen in Wahrheit Massengräber waren. Doch auch hier das gleiche Schauspiel: In der Presse wurde die Meldung über 8.000 Omarska-Opfer in Ljubija durch Nachrecherchen weder bestätigt noch dementiert. Die vor Ort stationierten britischen Militärs gingen den Meldungen nach und schickten Mitte Januar einige Soldaten zur Inspektion auf das Gelände. Taucher stiegen in einen See, um nach Spuren von Massengräbern zu suchen. Sie fanden nichts.

Seit der Ljubija-Geschichte stehen Srebrenica und seine Massengräber wieder im Mittelpunkt des Medieninteresses. Die Erwartungshaltung der Medien gegenüber den seit Anfang Juli vor Ort tätigen UN-Ermittlern zeugt von dem Bedürfnis nach einem großen Scoop, der her muß, um das eigene Gewissen angesichts der offensichtlich tendenziösen und unseriösen Berichterstattung ruhigzustellen.

Ähnlich wie die Berichte über vermeintliche Massengräber in Ljubija und Kljuc gründen auch die Srebrenica-Reportagen auf Spekulationen. Daß im Zuge der Eroberung der UN-Schutzzone im Juli 1995 Soldaten und Zivilisten getötet wurden (die Ermittler folglich fündig werden mußten und müssen), steht außer Frage. Doch eine Rekonstruktion der tatsächlichen Ereignisse und die Erforschung der Gründe für die allem Anschein nach besonders brutale Kriegführung in dieser Region, ist den Laptop-Kriegern vor Ort offenbar nicht wichtig. Srebrenica ist für sie ein Symbol der moralischen Parteinahme gegen Serbien. Stand vor Dayton die Belagerung der bosnischen Hauptstadt Sarajevo für den dämonischen Charakter der Serben, haben nun die Toten von Srebrenica diese Funktion übernommen.

Mit der Zahl der Opfer wird willkürlich hantiert. Zunächst setzte sich auf Basis der Fehlinterpretation einer Presseerklärung des »Internationalen Komitees des Roten Kreuzes« (ICRC) die These durch, 8.000 Muslime seien ermordet worden. Das ICRC hatte in Wirklichkeit von 3.000 Menschen gesprochen, die von Serben gefangen genommen worden seien. Das ICRC fand später etwa 200 dieser Gefangenen in Lagern der Serben und berichtete auch über das Eingeständnis der bosnischen Regierung, Tausende der vermißten Soldaten seien in bestehende Armee-Einheiten eingegliedert worden. In vielen Berichten war gleichwohl weiter von 8.000 Opfern die Rede. Im Frühjahr schien man sich jedoch auf die Zahl 3.000 geeinigt zu haben. Vor wenigen Wochen ist im Zuge der Srebrenica-Anhörungen vor dem UN-Tribunal in Den Haag die Zahl wieder auf 6.000 bis nun sogar 10.000 hochgeschraubt worden.

Daß möglicherweise tatsächlich mehrere Tausend bosnische Muslime bei der Eroberung der Schutzzone ums Leben kamen, wird dabei nicht einmal von den serbischen Behörden dementiert. Bestritten wird jedoch, sie seien en masse abgeschlachtet und in Massengräber geworfen worden. Als die UN-Gesandte Rehn im Februar Srebrenica besuchte, erklärte ihr der serbische Funktionär Miroslav Deronjic, daß zahlreiche Muslime bei Gefechten getötet worden sein könnten. Eine unzureichende Erklärung, wie die Bergung einiger Leichen bei Srebrenica Mitte Juli 96 zu zeigen scheint, die, UN-Ermittlern zufolge, mit auf dem Rücken gefesselten Händen aufgefunden wurden. Sollten sich entsprechende Presseberichte bestätigen, muß man davon ausgehen, daß sich die serbische Kriegführung bei der Eroberung Srebrenicas nicht wesentlich von der aller Kriegsparteien in Gesamtbosnien unterschied. Die bisherigen Berichte über Massenexekutionen und -gräber jedoch werden dadurch nicht wahrer.

Tage vor der Eroberung der Stadt war an den Frontlinien erbittert gekämpft worden. Tote gab es auch noch, als bosnische Soldaten auf der Flucht von serbischen Militärs aufgerieben wurden. Zudem wurde über Konflikte innerhalb der bosnischen Armee berichtet – zwischen Gruppen, die lieber die Flucht ergreifen wollten und solchen, die es vorzogen, bis zum Ende auszuharren. Denkbar sind Rachefeldzüge serbischer Soldaten durchaus. 1992 und 1993 wurden in den Dörfern

der Gegend um Srebrenica mehr als 1.000 Serben getötet. Der ehemalige UN-Kommandant Morillon hat an einigen dieser Begräbnisse teilgenommen.

Statt die Kriegsereignisse zu recherchieren, begann man im Herbst letzten Jahres mit der immer hysterischeren Suche nach Massengräbern. Verwiesen wurde ständig auf die dem UN-Sicherheitsrat im August 1995 von Albright präsentierten Satellitenfotos der CIA, auf denen umgegrabene Felder mit angeblich bis zu 2.700 verscharrten Leichen zu sehen waren. Mit diesen Bildern im Kopf, die nicht einmal bei einem Bußgeldverfahren wegen Falschparkens als Beweis zugelassen würden, machten sich einige Kamerateams auf den Weg. Amerikanische, britische, niederländische, französische und italienische Crews pirschten über die Felder – durften oder wollten aber nicht berichten, daß sie keine Leichenberge fanden.

David Rhode vom »Christian Science Monitor« lieferte den ersten spektakulären Bericht. Bereits im August 95 war er auf eigene Faust nach Srebrenica gereist und hatte angeblich zwei Massengräber entdeckt. Er stützte seine Behauptung auf dürftige Beobachtungen wie aufgeschüttete Erdhügel, herumliegende Schuhe, Hemden, Brillengestelle, Jacken und die Meinung, etwas gesehen zu haben, was ihm wie ein aus der Erde ragendes Bein erschien. Rhodes Bericht ging um die Welt und wurde als Beweis für die Existenz der CIA-Gräber gewertet. Nach einer weiteren Reise nach Srebrenica erklärte Rhodes,die Massengräber seien inzwischen mit schwe-rem Gerät bearbeitet worden. Wieso die vermeintlichen Erdarbeiten dieses Mal nicht von US-Satelliten dokumentiert worden waren, schien niemanden zu interessieren.

Julian Borger vom »Guardian« lieferte eine ähnliche Geschichte wie Rhode. Sein Artikel »Gefangen, ermordet, verscharrt« wurde in der »Zeit« präsentiert (26.1.96). Seine Meldung über zwei bisher unentdeckte Massengräber in der Nähe des Dorfes Glogova beruhte auf der Entdeckung einiger aus dem Schlamm ragender Knochen und Körperteile. Mit der augenfällig plazierten Zwischenüberschrift »Auf die Frage nach dem Schicksal der 40.000 Muslime von Srebrenica gibt es nur ein Achselzucken« suggerierte die »Zeit« ihren Lesern sogar, möglicherweise seien all diese Menschen ums Leben gekommen. Fotos, auf denen einige Kleidungsstücke, Schädel oder Knochen zu sehen sind, werden als Bestätigung des CIA-Berichts gewertet. Das Foto einer Leiche auf dem Feld bei Konjevic Polje war besonders häufig zu sehen – es illustrierte auch den »Spiegel«-Artikel »Mehr Leichen als Bäume« (10/1996). »So viele Killing fields, so viele Geschichten. Jeder, der sucht, kann in der Gegend von Srebrenica ohne allzu große Mühe ein neues finden: das Grauen im Massenangebot«, faßte der Redakteur seine Impressionen zusammen und brachte damit zum Ausdruck, mit welcher Mission Journalisten vor Ort tätig waren.

Mit dem Besuch ranghoher westlicher Funktionäre in Srebrenica verstärkte sich die Medienhysterie im Frühjahr. Im Januar war zunächst der US-Menschenrechtsbeauftragte John Shattuck vor Ort und berichtete in einem »Spiegel«-Interview: »Knochen ragten aus der Erde« (6/1996). Ihm folgte Elizabeth Rehn im Februar. Weder Shattuck noch Rehn konnten mit neuen Erkenntnissen aufwarten. Die Journalisten reagierten darauf ungeduldig. Der Bericht von Rehn wurde kaum zur Kenntnis genommen, da »nur« von 3.000 möglichen Opfern die Rede war. Die »Taz« warf Frau Rehn vor, vom serbischen Funktionär vor Ort beeinflußt worden zu sein. »Die über 8.000 Vermißten ... sind wahrscheinlich alle tot«, mutmaßte das Berliner Blatt und machte aus den fehlenden Indizien für die Existenz der CIA-Massengräber die Umkehrmeldung, Rehn habe »keinen Hinweis auf Gefangene, die das Massaker vom Juli 1995 überlebt haben könnten«, gefunden (»Taz«, 6.2.96).

Im März reiste die UN-Botschafterin Albright nach Srebrenica und erklärte zum Gefallen der Reporter, sie habe einen Totenkopf gesehen und (wie bei den berüchtigten CIA-Fotos, wohl mit hellseherischen Fähigkeiten) sofort gewußt, daß sich darunter Hunderte von Leichen verbergen.

Bei der Suche nach Massengräbern in Bosnien handelte und handelt es sich nicht um Beiträge zur Wahrheitsfindung, sondern um einen Beitrag zur Festigung der antiserbischen Haltung, mit dem eine rationale Beschäftigung mit den Ursachen und dem Verlauf des Krieges unterbunden und jegliche Kritik an der einseitigen Medienberichterstattung im Keim erstickt werden soll. Angespornt vom Eifer der Journalisten konnte auch das UN-Tribunal ideologisch fest verankert werden. Westlichen Regierungen wird nun die moralische Pflicht zugesprochen, darüber zu entscheiden, welche Art von Krieg legitim ist (Golfkrieg, Somalia), welche hingegen unzulässig und barbarisch (Bosnien, Ruanda), wer ein Kriegsheld ist (Schwartzkopf, Smith, Rühe) und wer als Kriegsverbrecher hinter Schloß und Riegel gehört (Karadzic, Mladic, Milosevic). Wie weit die daraus abgeleiteten Befugnisse bereits reichen, zeigen die Diskussion über internationale Haftbefehle gegen Karadzic, Mladic und Milosevic (sollte der mit Bonn und Washington nicht kooperieren) sowie die Verhinderung der Kandidatur Karadzics zu den Wahlen in Bosnien Mitte September. Die viermalige Entsendung eines UN-Ermittlerteams nach Srebrenica, das im Zuge der Massengrab-Hysterie mit der Exhumierung von Leichen begann, reichte zur Rechtfertigung dieser Schritte aus, da die Medien förmlich nach »Beweisen« für den immer schon behaupteten Völkermord lechzten.

Propagandistisch verblendet war auch die Berichterstattung über die »Beweisaufnahme« gegen Karadzic und Mladic im Juni in Den Haag. Die Verteidiger Karadzics wurden vom Tribunal wie Idioten behandelt und ihre Anträge als »Störaktionen« abgetan. Niemand, so schien es, sollte das Finale bei der Abrechnung mit den Serben stören dürfen. Der

UN-Ermittler Jean-René Ruez schilderte im Zeugenstand auf Grundlage von Zeitungsberichten, wie Männer, Frauen und Kinder umgebracht wurden. Sein Auftritt erinnerte an die antiserbischen Schmähreden des CDU-Abgeordneteten Stefan Schwarz vor einigen Jahren. Ruez schilderte, wie Flüchtlingen die Kehle durchgeschnitten, Köpfe abgehackt und wie der Bauch eines Kindes aufgeschlitzt, ein Organ entnommen und einem Gefangenen zu essen gegeben worden sei(en): Schauergeschichten, die weder bewiesen noch glaubwürdig sind.

Ähnlich verhielt es sich mit den Aussagen der UN-Expertin Irma Oosterman, die auf Grund von Zeugenbefragungen vermeintliche Beweise für die Behauptung präsentierte, Soldaten seien »von oben« dazu gezwungen worden, »Tschetnikbabys« zu machen, und Gefangenen seien Penisse abgebissen worden, die andere hätten essen müssen. Auch die übrigen »Beweise« waren von ähnlicher Qualität und dienten dazu, den Anschein zu erwecken, man habe außer dem Tatbestand, daß Karadzic und Mladic einen Krieg in Bosnien führten, Hinweise auf einen von ihnen geplanten und systematisch durchgeführten Genozid in der Hand.

Als Kronzeugen zu Srebrenica wurden der »Zeuge A« und Drazen Erdemovic vernommen. »Zeuge A« gab an, eine Massenhinrichtung in der Nähe des Dorfes Karakaj zufällig überlebt zu haben. Er habe sich einige Zeit in einem Massengrab unter Leichen versteckt und dann die Flucht gewagt. Etwa zehn ähnlich klingende Augenzeugenberichte sind seit Herbst letzten Jahres von Journalisten präsentiert worden. Die Zeugen überlebten stets unter Leichenbergen, weil serbische Soldaten sie mit ihren Maschinengewehren nicht trafen. Vergleicht man diese Berichte, so fallen die Widersprüche über Zeit- und Ortsangaben sowie über die Ereignisfolge rasch ins Auge (vgl. hierzu Th.D.: »Laptop-Krieger auf dem Balkan«, in: »Novo« 18, Sept./Okt. 1995). Es ist unmöglich, daß alle der Wahrheit entsprechen. Von zentraler Bedeutung für die Ankläger in Den Haag war, daß »Zeuge A« bei seiner Flucht Armeechef Mladic sechs Mal gesehen haben will, einmal – während Gefangene von serbischen Soldaten mit Eisenstangen und Äxten erschlagen worden seien – in einem »roten Wagen«. Augenzeugenberichte, denen zufolge Mladic und Karadzic mal im Jeep, mal im roten Ford, mal am Rande eines Massengrabes, in einer Turnhalle oder auf einem Fußballplatz gesehen worden sein sollen, zirkulieren ebenfalls seit Oktober letzten Jahres. Daß sie als Beweis für eine Völkermordanklage angenommen werden, verdeutlicht, wie weit die internationale Jurisprudenz bereits politisch funktionalisiert worden ist.

Auch die Glaubwürdigkeit und Relevanz des Zeugen Drazen Erdemovic hat bislang niemand in Frage gestellt. Er berichtete im März in einem von ihm selbst veranlaßten Interview mit Reportern des »Figaro«, daß er an einer Massenhinrichtung von bis zu 1.200 Muslimen teilgenommen habe. Vor einem Gericht im serbischen Novi Sad und nach seiner Überstellung nach Den Haag wiederholte er sein Geständnis, was ihm eine Anklage vor dem Tribunal und die Rolle des wichtigsten Zeugen gegen Karadzic und Mladic einbrachte. Daß Erdemovic sich selbst anklagte, daß es sich um einen Kroaten handelt, der Serben beschuldigt, daß er 1992 zunächst für die bosnische Armee kämpfte, daß sein eigener Prozeß nach der Aussage plötzlich auf Monate verschoben wurde und daß mittlerweile statt von lebenslanger Haft von mildernden Umständen die Rede ist: All dies rechtfertigt Fragen zu seiner persönlichen Integrität. Fragen, die heute jedoch wie viele andere geflissentlich nicht gestellt werden.

Thomas Deichmann ist freier Journalist, Redakteur des Politik-Magazins »Novo« und Mitarbeiter des London International Research Exchange. Er koordiniert Teilbereiche der Untersuchung: »Journalists at War – Media Coverage of post-Cold War conflicts«

Konkret 08/96, S. 17

Zu Protokoll

In Guido Westerwelle hat die deutsche Frauenbewegung einen entschlossenen Vorkämpfer gewonnen. Über seine Forderung, Frauen zur kämpfenden Truppe der Bundeswehr zuzulassen, sprach mit ihm Ulrich Wickert (ARD-Tagesthemen, 6.7.96). KONKRET dokumentiert das Gespräch

Wickert: Im Berufsleben und auch in der Politik werden die Frauen noch immer nicht gleichberechtigt behandelt; doch wenigstens bei der Armee soll das jetzt anders werden, damit Frauen auch zum General befördert werden können. Verteidigungsminister Volker Rühe will zwar auch die Bundeswehr den Frauen stärker öffnen, lehnt aber ihren Einsatz in Kampfverbänden ab. Weiter geht da der Koalitionspartner FDP. Fragen dazu an deren Generalsekretär Guido Westerwelle in unserem Bonner Studio.

Herr Westerwelle, Sie wollen die Frauen nun an die Waffen lassen in der Bundeswehr. Weshalb das?

Westerwelle: Weil wir der Meinung sind, daß das zur Gleichberechtigung dazu gehört. Wenn Frauen in die Bundeswehr wollen, sich dafür entscheiden, dann kann man ihnen doch nicht die Berufschancen und die Karrierechancen nehmen, indem man ihnen den Dienst an der Waffe verbietet. Entweder wir sind für Gleichberechtigung oder nicht, und wenn wir für Gleichberechtigung sind, dann heißt das eben, daß Frauen auch an der Waffe freiwillig Dienst leisten müssen, wenn sie dies wollen.

Wickert: Warum freiwillig, warum nicht dann auch einen Wehrdienst für Frau-en?

Westerwelle: Weil wir ja ohnehin bereits im Berufsleben eine ganze Anzahl von Nachteilen für Frauen haben, und es geht uns nicht darum, weitere Schwierigkeiten etwa durch eine allgemeine Wehrpflicht zu schaffen, sondern es geht uns darum, daß wir Chancengleichheit herstellen ...

Wickert: So ganz überzeugt mich Ihr Argument nicht. Wenn die Frauen im Berufsleben sowieso benachteiligt sind, dann sollte man die Benachteiligung aufheben.

Westerwelle: Beides. Und man sollte das eine tun, ohne das andere zu lassen. Das Waffenverbot in der Bundeswehr – damit wird ja die Bundeswehr jedenfalls in den oberen Rängen für Frauen verschlossen bleiben – ist ja ein letztes geschlechtsspezifisches Berufsverbot, und Sie können mich nicht davon überzeugen, daß Sie auf andere Mißstände hinweisen, und ich sollte dann diesen Mißstand akzeptieren.

Wickert: Also: Frauen in die Panzer.

Westerwelle: Wenn das in Betracht kommt im Rahmen der Ausbildung, selbstverständlich auch. Ich kann übrigens keinen Unterschied erkennen, ob eine Frau oder ein Mann einen Panzer fährt, ich bin der Auffassung, daß das Frauen genauso gut können. Übrigens gibt es in vielen europäischen Ländern auch entsprechende Beispiele dafür. Für mich ist das ein Akt der Gleichberechtigung.

Wickert: Auch Frauen zur kämpfenden Truppe?

Westerwelle: Das gehört dazu, wobei wir ja ohnehin einen Auftrag haben, einen Friedensauftrag, in der Bundeswehr und für die Bundeswehr, so daß das sicherlich die Ausnahme bleiben wird. Aber wenn man die Bundeswehr konsequent öffnen möchte für den freiwilligen und gleichberechtigten Dienst von Frauen, dann darf es keine Tabubereiche mehr geben.

Wickert: Im Augenblick wird darüber diskutiert, ob man den Wehrdienst beibehält oder nicht. Wofür sind Sie?

Westerwelle: Die FDP hat sich bisher immer für die Wehrpflicht ausgesprochen. Sie ist der Auffassung, daß so am besten ein Austausch zwischen Gesellschaft und Bundeswehr stattfinden kann, um eben dieses sogenannte Phänomen des Staates im Staate zu verhindern, aber es gibt in der FDP auch darüber neue Diskussionen in Richtung Freiwilligen-Armee, auch wird eine allgemeine Dienstpflicht diskutiert. Unterm Strich hängt das davon ab, wie die Wehrgerechtigkeit in Zukunft gewährleistet werden kann, denn was nicht akzeptabel ist, ist, daß die einen dienen und die anderen verdienen.

Wickert: Vielen Dank, Herr Westerwelle.

Konkret 08/96, S. 18

Justus Wertmüller

Ja, Volksgemeinschaft

Wehrpflicht oder Berufsarmee? Diese in anderen Staaten mit Blick auf ihre Interventionsfähigkeit ganz pragmatisch entschiedene Frage wird hierzulande ideologisch beantwortet

Michael Schneider, ein vaterländischer Linker mit Apo-Vergangenheit, sieht Handlungsbedarf gegen eine »›Volkspädagogik‹ von rechts«, die von Noltes Adepten betrieben werde. Der Erfolg des neurechten Diskurses beruhe darauf, daß »die Lösung der anstehenden politischen und sozialen Probleme – vom Abbau der Massenarbeitslosigkeit über die Klärung der Rolle der Bundeswehr und der Frage der Einwanderung bis hin zur Eindämmung der Kriminalität – nicht aktiv vorangetrieben wird« (»junge Welt«, 9.7.96). Daher sei »eine politische Diskussion nötig, die sich konkret und aktiv auch und gerade mit den von der ›neuen Rechten‹ aufgegriffenen Problemen auseinandersetzt, um die Bereitschaft und Fähigkeit des politischen Systems zu deren Lösung unter Beweis zu stellen«. Was die »Klärung der Rolle der Bundeswehr« angeht, darf der Mann beruhigt sein. Die momentane Debatte unserer konservativ bis grün-alternativen Öffentlichkeit verspricht eine wirklich deutsche Lösung des Problems und verbaut zugleich Neurechten jede Chance, aktiv in den Diskurs einzugreifen und Unentschlossene vom Pfad demokratischer Tugend abzubringen.

Die Warnungen des Verteidigungsministers, die Mahnungen der Wehrbeauftragten in den deutschen Zeitungsredaktionen, die Bonner Sparbeschlüsse bedrohten die bundesdeutsche Verteidigungsidentität, einer- und die Forderung des linksliberalen Lagers nach einer Freiwilligen- oder gar Berufsarmee andererseits, täuschen einen tiefen Riß in der Gesellschaft vor, den es nicht gibt. Die Hardliner von der Hardthöhe wissen genauso gut wie ihre Kritiker, daß es kein strategisches bzw. militärtechnisches Argument gegen eine Berufsarmee gibt. Ob es die sogenannte Landesverteidigung ist oder der Out-of-area-Einsatz: Wehrpflichtige mit zehn Monaten Kriegsdiensterfahrung sind nicht tauglich, modernes Kriegsgerät zu bedienen. Es ist daher die jüngst in Frankreich beschlossene Abschaffung der Wehrpflicht im Bereich der Militärtechnologie auch in der BRD längst Realität. Das Hightech-Kriegsgerät wird von Berufssoldaten oder Langzeitverpflichteten bedient, der Wehrdienstleistende ist allenfalls als Kandidat für eine entsprechende Karriere in der Bundeswehr interessant. Trotzdem will man hierzulande von der allgemeinen Wehrpflicht nicht lassen. Aus Gründen, die die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts geprägt haben.

Das Geheimnis des gesellschaftlichen Konsenses in der BRD verkündet von Zeit zu Zeit das Bundesverfassungsgericht, wenn es »Angelegenheiten von überragendem Gemeinwohlinteresse« entdeckt, die im Zweifel Individualrechte zugunsten des Volkswohls verdrängen. Was sich da – ganz dem Sozialstaatsprinzip verpflichtet – meist ökologisch und nachbarschaftsfreundlich äußert, zielt auf den Staatsbürger insgesamt: Seine Opferbereitschaft ist gefragt. An diese Parole robbte sich die Bundeswehr 1993 zunächst mit dem Werbeslogan »Ja, helfen« heran, dem sie ein Jahr später ein »Ja, Gemeinschaft« folgen ließ: »Wir leben in einer Zeit der Selbstverwirklichung. Oft geht Individualität über alles. Persönliche Zurücknahme, Bescheidenheit und selbstloser Einsatz für die Gemeinschaft sind nicht gerade populär. Wer aber jemals Belastungen und Strapazen, vielleicht sogar Gefahren in Kameradschaft erlebt und durchgestanden hat, der weiß, was Gemeinschaft ist ... Jeder spürt und gewinnt Dankbarkeit und die Hilfsbereitschaft der anderen – Geborgenheit in der Gemeinschaft.«

Was die Bundeswehr als Lobbyistin außer acht läßt, die Hilfsbereitschaft und den Gemeinschaftswillen des übrigen deutschen Volkes, trägt ihr die linke Öffentlichkeit hinterher. »Wir stehen also vor der absurden Situation, daß die allgemeine Wehrpflicht vor allem durch den Bedarf an Zivildienstleistenden aufrechterhalten wird«, stellte der »Freitag« am 15. September 95 verblüfft fest. Forderungen von PDS und Grünen, Kriegs- und Zivildienst nur noch auf freiwilliger Basis beizubehalten, konterte die friedensfreundliche »FR«, die weiß, wie unpopulär der »selbstlose Einsatz für die Gemeinschaft« tatsächlich ist, am 23. Februar 96: »Es gilt darüber hinaus, eine Verfassungsdiskussion über eine nationale Dienstpflicht zu führen. Gerade angesichts der Herausforderungen und Gefährdungen, denen sich unsere Sozialsysteme ausgesetzt sehen, ist dies unerläßlich.«

Erziehung zur Gemeinschaft

Gemeinwohlverpflichtung als bloßer Zwang, dem sich das Staatsvolk zu fügen hat, hat deutschen Ideologen noch nie genügt. Stets sollte es da ein Mehr geben, eine Dialektik aus Zwang und Freiwilligkeit, die den Bürger erst zum wahren Volksgenossen macht. Der Nationalphilosoph Fichte, Begründer der ersten allgemeinen Dienstverpflichtung in Deutschland und völlig zu Recht Namensgeber von Kasernen, in denen eine »Nationale Volksarmee« untergebracht war, sah die oberste Aufgabe deutscher Philosophen in ihrem Erziehungsauftrag. Er hatte erkannt, daß Erziehung dort gemeinschaftsbildend wirkt, wo sich nackter Zwang mit negativer Gleichheit paart, also Wehrgerechtigkeit herauskommt: im Volksheer. In seinen *Reden an die Deutsche Nation* (1808) distanzierte er sich von einem Erziehungskonzept, das lediglich auf Ermahnungen, also auf die Einsicht des Zöglings setzte: »Ob er diesen Ermahnungen folgen wolle, das sei

seine eigene Sache, und wenn er es nicht tue, seine eigene Schuld.« Darin liege der Irrtum, »er habe freien Willen, den keine Erziehung ihm nehmen könne. Dagegen würde die neue Erziehung gerade darin bestehen müssen, daß sie auf dem Boden, dessen Bearbeitung sie übernähme, die Freiheit des Willens gänzlich vernichtete und dagegen strenge Notwendigkeit der Entschließungen und die Unmöglichkeit des Entgegengesetzten in dem Willen hervorbrächte, auf welchen Willen man nunmehro sicher rechnen und auf ihn sich verlassen könnte.«

1991, als die Krise der deutschen Verteidigungsidentität zwar schon absehbar war, aber ein Einsatz weder in Somalia noch in Bosnien wahrscheinlich schien, hat ein »Blankeneser Ausschuß«, eine Gruppe von 100 Zivildienstleistenden aus dem Großraum Hamburg, zusammen mit einem Pastor weitreichend nachgedacht und ein praktisches Erziehungsmodell entwickelt, das das Fichtesche Reich der Notwendigkeit mit den Zielen deutscher Ökopaxe aufs Idealste versöhnt: »Der Dienst für die Gemeinschaft, der die Aufgaben von Pflege und Sozialarbeit, von Umweltschutz, ökologischer Verpflichtung und ähnlichem wahrnimmt, muß durch soziales Lernen eingeübt und den Menschen als persönliche sinnvolle Herausforderung nahegebracht werden.« Damit man auf den freien Willen zum Gemeinschaftsdienst nunmehro sicher rechnen und auf ihn sich verlassen könnte, verlangen die Blankeneser Zivis »einen verpflichtenden Dienst«. Ganz im Sinne Michael Schneiders setzen sie sich mit »von der ›Neuen Rechten‹ aufgegriffenen Problemen auseinander« und tragen zu deren Lösung bei – durch eine Versöhnung von Faschismus und Demokratie: »Nicht nur der Besuch der Schule, sondern auch die Arbeit am Allgemeinwohl wie beispielsweise das Streuen der Wege im Winter, die Instandhaltung von Deichen oder die Bereitschaft zum Dienst bei der Feuerwehr sind ebenfalls in der Demokratie für die Bürger zu einer selbstverständlichen Verpflichtung geworden. Ein begrenzter Pflichtdienst also ist nicht ohne weiteres dem Arbeitsdienst gleichzusetzen, wie er im Dritten Reich angeordnet wurde.« Zivildienst dürfe dem Wehrdienst nicht länger untergeordnet werden, schließlich habe der »Wehrdienst für die Zukunft weniger von der Abwehr militärischer Bedrohung als vielmehr von der Abwehr der Bedrohung durch Zerreißen des Sozialnetzes oder durch Umweltschäden auszugehen«.

Bereits im Dezember 1990 hatte General a.D. Gerd Schmückle den Blankenesern (im »Spiegel« 52/90) das Rezept geliefert: »Wir sollten Öko-Verbände aufstellen. In ihnen hätten junge Männer zu dienen, wie sie dies seit 35 Jahren in der Bundeswehr tun. ... Anstelle von Bundeswehrsoldaten rückten Öko-Einheiten in die Kasernen.« Wo die Hamburger Zivis für »Mädchen, die in unserer Gesellschaft noch immer zu den generell Benachteiligten zu zählen sind«, noch eine Ausnahme von der allgemeinen Dienstpflicht machen wollten, hatte der General schon eine gute Portion deutscher Frauenbewegung intus: »Allerdings ist es schwer einzusehen, weshalb junge Mädchen nicht dienstverpflichtet arbeiten sollen. ... Diesen jungen Frauen würde sich eine Welt erschließen, die ihnen vorher fremd blieb – nämlich die Welt des Leidens, des Helfens.« Denn: »Für junge Männer ist es immer schwer verständlich gewesen, weshalb sie zu dienen haben, während ihre Schulfreundinnen studieren, ihre Ausbildung beginnen. ... Diese Verwunderung entsprang keiner Machohaltung, sondern dem Wunsch nach Gleichberechtigung. Nicht wenige Frauen denken seit langem ähnlich.«

Seit Alice Schwarzers bahnbrechenden Worten zur Wehrgerechtigkeit wird Gleichberechtigung nicht mehr nur für den zivilen Sektor gefordert. Heute ist die Botschaft auch beim Generalsekretär der FDP angekommen: Die Nichtberücksichtigung von Frauen beim Wehrdienst ist das »letzte geschlechtsspezifische Berufsverbot, das fallen muß« (Guido Westerwelle in der »SZ«, 8.7.96; s. auch »Zu Protokoll«, in diesem Heft S. 17).

Unverbrüchlich bis in den Tod

Doch erst als auf das vereinte Deutschland ein neuer Auftrag zukam, der gesellschaftlich verankert werden mußte, drängte die Utopie Schmückles und der Blankeneser Zivis zur Realität. Im Kalten Krieg habe sich bei vielen Deutschen ein Strategieverständnis entwickelt, das den Einsatz militärischer Mittel auf die Abschreckung des Warschauer Pakts »verengt« habe, bemängelte die Bundeswehrzeitschrift »Europäische Sicherheit« im Mai 95. Es sei nun an der Zeit, über die »vitalen Interessen« der BRD auch jenseits der Landesverteidigung sich Gedanken zu machen. In diesen Debatten dürfe der Tod nicht länger tabuisiert werden. Ob es nicht Werte und Menschenrechte gebe, die so bedeutsam und allgemeinverbindlich seien, daß dafür auch die Tötung von Menschen in Kauf zu nehmen sei, fragte das Blatt und bekam schon ein halbes Jahr später eine zustimmende Antwort von jener Partei, die den Pazifismus in Deutschland erst so richtig auf den Weg gebracht hatte: den Grünen.

»Wer die Wehrpflicht nur als eine Last begreift, übersieht, daß sie in der repräsentativen Demokratie die einzige verfassungsmäßig gesicherte direkte Mitwirkung der Bürger am konkreten Handeln ihres Staates ist«, meinte Karl Feldmeyer in der »FAZ« vom 8. Dezember 93 und hatte recht. Er identifizierte die legale direkte Mitwirkung der Bürger *an* ihrem Staat als Chance zur Komplizenschaft *mit* ihm und benannte, worum es im Zweifel geht: um die kollektive Beteiligung an jeder Schandtat. Er hatte erkannt, daß die letzte Konsequenz staatsbürgerlicher Mitwirkung im Mord und in der Bereitschaft, fürs eigene Unternehmen sich töten zu lassen, liegt.

Die Parolen »Ja, helfen« und »Ja, Gemeinschaft« haben sich Zivis wie Militärs zu eigen gemacht. Das Selbstbestimmungsrecht der Bosnier ist ihnen eben genauso heilig wie das glückliche Lachen der neunjährigen krebskranken Jacqueline. Es geht um die Lösung von Gemeinschaftsaufgaben, im Kriegs- wie im Friedensdienst.

Bis zu welch tödlicher Konsequenz die zivile Gemeinschaft ihren Hilfswillen zu exekutieren bereit ist, veranschaulichte im März dieses Jahres die Talkshow Arabella Kiesbauers, in der es eigentlich nur um Alkoholprobleme ging. Als Kontrast zu einsichtigen, Besserung gelobenden Alkoholikern wurde ein sympathischer Selbstmörder vorgeführt, der erklärte, sich, von der Sozialhilfe ausgehalten, mit Aldi-Bier zu Tode saufen zu wollen, und der jedem Therapieanerbieten der Talkgemeinde unzugänglich blieb. Er sei mit seinem Leben zufrieden und brauche keine Menschen um sich, höchstens Saufkumpane, und selbst auf die könne er noch verzichten. Diesem Ausbund der Gemeinschaftsverweigerung demonstrierten die Münchner Jungmädels und Pimpfe mit deutscher Gründlichkeit, was Dienst an der Gemeinschaft auch heißt. In heller Empörung sprachen sie sich dafür aus, ihm die Sozialhilfe zu streichen und ihm die Notaufnahme ins Krankenhaus zu verweigern – möge er doch verrecken.

Das Gemeinwohlprinzip beinhaltet die Bereitschaft zum Mord am äußeren Friedensfeind ebenso wie die potentiell tödliche Ausschlußdrohung gegen die, die im Inneren nicht mitmachen wollen. Der Serbe bedroht nicht nur Sarajevo, er hat sich auch im sozialen Netz eingenistet. Das andressierte Sozialverhalten betreibt Auslese unterm Signum des Helfens. Die Selektion im Feldlazarett, wo lebensrettende Behandlung nur der später zu Kriegszwecken wiederverwertbare Verwundete erfährt, findet ihre zivile Entsprechung in Fällen vorsätzlicher Gemeinschaftsverweigerung oder Schädigungen der Volksgesundheit (zum Beispiel durch Drogendealer).

Die Zeiten, in denen die Entscheidung gegen den Gang zur Bundeswehr noch ein Fünkchen Widerspruchsgeist gegen Kriegspolitik und Militarisierung der Gesellschaft bedeuteten, sind längst vorbei. Für welchen Zwangsdienst sich die Jungs und Mädels in Zukunft auch entscheiden: »Die strenge Notwendigkeit der Entschließungen«, die »die Unmöglichkeit des Entgegengesetzten in dem Willen hervorbrächte« und von der Fichte träumte, scheint wirklich geworden zu sein.

Justus Wertmüller schrieb in KONKRET 7/96 über die deutsche Reaktion auf den Ausgang der Wahlen in Israel

Konkret 08/96, S. 20

Otto Köhler

»Gerader Kurs«

Seit 30 Jahren sammelt die Deutschland-Stiftung des Altnazis Kurt Ziesel staatserhaltende Kräfte. Auch dieses Jahr ist sie wieder fündig geworden

Die Fragestunde des Deutschen Bundestages wurde am 26. Juni sachkundig geleitet: Der »liebe Johnny«, der»Akteur bei der Verleihung der Konrad-Adenauer-Preise« (»Deutschland-Magazin«), der unermüdliche Mitkämpfer und Freund des Anfragegegenstandes, der Ehrenpräsident der Deutschland-Stiftung, Bundestagsvizepräsident Hans Klein, hatte das Präsidium übernommen, ermahnte bis zum Ende mehrere Fragesteller und rief sie zur Ordnung. Denn die grüne Abgeordnete Annelie Buntenbach hatte diese Anfrage eingebracht: *Wie begründet der Bundeskanzler seine Aussage am 16. Juni 1996 anläßlich der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises in München, Kurt Ziesel verdiene für sein »Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung unserer Bundesrepublik Deutschland ... Anerkennung und großen Respekt«, vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit Kurt Ziesels, seiner Tätigkeit als Autor des »Völkischen Beobachters« in Wien ...?*

Bundesminister Friedrich Bohl antwortete: *Der Bundeskanzler hat am 16. Juni 1996 anläßlich der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Deutschland-Stiftung e.V. die Festansprache gehalten. Die von Ihnen, Frau Abgeordnete, zitierte Äußerung des Bundeskanzlers bezieht sich auf die Deutschland-Stiftung. Der Bundeskanzler hat eingangs seiner Rede der Stiftung für Ihre Leistungen in den 30 Jahren ihres Bestehens gedankt, die ein Zeugnis von staatsbürgerlichem Engagement und gelebtem Patriotismus sind und bleiben ... Im Anschluß daran hat der Bundeskanzler Herrn Kurt Ziesel für seine langjährige Tätigkeit für die Deutschland-Stiftung gedankt.*

Nun ist zwar Bohl – man sieht es ihm an – Bundesminister für »besondere Aufgaben«. Aber auch das erlaubt ihm nicht, die Worte des Kanzlers zu verdrehen. Der hatte dem Anfragegegenstand Ziesel gleich zu Anfang nicht für seine Tätigkeit, sondern »für Ihren unermüdlichen, langjährigen Einsatz« gedankt und ausdrücklich hinzugefügt: »Die Arbeit der Deutschland-Stiftung ist untrennbar mit Ihrem Namen verbunden. Sie haben die Stiftung geprägt und ihr Ihren Stempel aufgedrückt.« Und am Ende dankte der Kanzler »der Deutschland-Stiftung und vor allem Ihnen, lieber Herr Ziesel, noch einmal sehr herzlich dafür, daß Sie – oft auch gegen den Widerstand des Zeitgeistes – für diese Werte« – gemeint waren Völkerverständigung, Humanismus und Aufklärung – »eingetreten sind«.

Darauf hat Kurt Ziesel tatsächlich schon immer eingetreten, so kräftig er nur konnte. Am 3. September 1944 schrieb er in der Wiener Ausgabe des »Völkischen Beobachters«: »Wenn wir vor fünf Jahren unseren Feinden noch mit Zögern der Menschlichkeit entgegentraten, allzeit bereit, auch ihren Standpunkt zu begreifen und immer wieder voll Vertrauen und Hoffnung auf Vernunft auf der anderen Seite, so treten wir in das sechste Kriegsjahr ein mit unversöhnlichem und wildem Haß.« Jetzt erst seien die Deutschen »von den Schlägen eines schweren Schicksals geeint zu einer Volksgemeinschaft im schönsten und wahrsten Sinne des Wortes« geworden. Darum sei der »Anschlag auf den Führer« vom 20. Juli auch so unbegreiflich. Ziesel: »An welchem Abgrund menschlicher Verworfenheit oder geistiger Umnachtung müssen jene Ehrgeizlinge gestanden haben, als sie, wider den Geist des ganzen Volkes sündigend, die Hand gegen den Führer erhoben.« Härte sei nun gefordert: »Wer sich gegen den Geist des Krieges versündigt, muß vernichtet werden.« Zweifel gab es nicht, schon zehn Jahre zuvor, 1934, hatte Ziesel das Bekennntnis abgelegt: »Ich bin Nationalsozialist, und ich bin Parteigenosse kraft der Leistung und des Kampfes und der Taten, die ich getan habe.«

Solch einem Mann konnte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber Anfang dieses Jahres zum 85. Geburtstag nur bestätigen: »Sie haben immer einen geraden Kurs gesteuert, ohne je nach Opportunität zu fragen.« Und Helmut Kohl gestand bei gleicher Gelegenheit seine Mitwisserschaft ein: »Ihr umfangreiches schriftstellerisches und journalistisches Schaffen gilt der Bewahrung unserer freiheitlichen Demokratie.«

Vor dreißig Jahren, 1966, gründete Ziesel mit Gesinnungsgenossen aus Politik, Wirtschaft und Kultur die »Deutschland-Stiftung e. V.« als »Sammlung aller staatserhaltenden Kräfte«. Konrad Adenauer wurde Ehrenpräsident, und damals, bei der ersten Verleihung des durch Industriespenden geförderten Konrad-Adenauer-Preises gab der Namensgeber und erste Kanzler der zweiten das Erfolgsgeheimnis der ersten deutschen Republik preis. Er erinnere sich, sprach Adenauer vor dem gerührten Publikum, wie 1918 und später in Notzeiten aufständische Arbeiter erschossen wurden, »erschossen werden mußten, denn die Polizei tat nur ihre Pflicht«. Im Publikum saß unter zahlreichen Führungspersönlichkeiten aus Partei und Wirtschaft der einstige SS-Obersturmführer und mutmaßlich letzte SS-Kampfkommandant von Prag und spätere BDI-, BDA- und Daimler-Chef Hanns-Martin Schleyer.

Jahrzehnte später löste Helmut Kohl einen internationalen Skandal aus, als er 1983 bei seinem ersten Staatsbesuch Kurt Ziesel, den Freund und einstigen Eiferer gegen »Juden und Judenknechte«, trotz eines Einreiseverbotes für dergleichen Typen in der Kanzlermaschine nach Israel einschmuggelte. Die Deutschland-Stiftung und ihre ganz besondere Arbeit hatte Ziesel gerade auch in Israel bekannt gemacht.

Nun, während der Fragestunde in Bonn, stellte die grüne Abgeordnete Ursula Schönberger Minister Bohl eine Zusatzfrage: *Erhalten Sie Ihre Aussage, daß die Arbeit der Deutschland-Stiftung vorbildlich ist, auch angesichts dessen aufrecht, daß zum Beispiel in der »Jüdischen Rundschau« vom 30. Juni 1994 zu lesen ist: »Unter den Preisträgern der Deutschland-Stiftung befinden sich mehrere Personen, die sich durch antisemitische Äußerungen hervorgetan haben. Zum Beispiel der Schweizer Armin Mohler, der 1988 ein Machwerk des Fred Leuchter – der die Massentötung von Juden in Auschwitz leugnet – enthusiastisch besprochen hatte.«*

Wie antwortete der Minister für besondere Aufgaben? Er sagte: »Ja.« Und kein weiteres Wort. Und meinte somit, daß er eben diese Arbeit für vorbildlich hält.

Ziesels Preisträger Mohler hatte sich während des ZweitenWeltkrieges aus der Schweiz um Aufnahme in die SS bemüht, war aber nicht angenommen worden. Nach dem Krieg leistete er gleichwertige Schulungsarbeit bei der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung in München, die dank seiner Bemühungen ein Mekka der deutschen Rechten wurde.

Bereits seit 1931 war Ziesel Schriftleiter bei NS-Zeitungen, seit 1968 zeigte er als Herausgeber des damals mit Industriemitteln gegründeten Organs der Deutschland-Stiftung, dem »Deutschland-Magazin«, was er damals gelernt hatte. Hier wurde ein etwas anderer Kanzler der Bonner Republik zum »Nobel-Rattenfänger«, zum »Kanzler ohne Ehrgefühl und Anstand« ernannt, ja, so analysierte Ziesels Magazin: »Willy Brandt, der erste deutsche Regierungschef mit einem Decknamen, ein Mann mit einer zwielichtigen Vergangenheit, dessen deutsche Nachkriegskarriere in ausländischer Uniform und mit ausländischem Paß begonnen hat.«

Den »Geist des Krieges« hielt Ziesel schon vor dem ersten weltweiten Einsatz der Bundeswehr hoch. 1989, pünktlich zum 50. Jahrestag des Überfalls auf Polen, nahm er eine schwarzrotgoldene Soldatin auf den Titel, die mit freudig geschultertem Tötungsinstrument zur Überlegung anregt, ob nicht der Leitsatz »Soldaten sind Mörder« einseitig männlich-chauvinistisch sei. Ein Jahr zuvor noch, ebenfalls im September, hatte – »Die Freude am Kind« – eine junge deutsche Gebärmaschine ihr Kanonenfutter in den Titel gestreckt.

Mit einer Serie des Geschichtsdilettanten Werner Maser eröffnete das »Deutschland-Magazin« 1993 einen »neuen Abschnitt in der historischen Auseinandersetzung«. So bejubelte das Vorstandsmitglied der Deutschland-Stiftung Paul Carell den »Nachweis«, Hitler sei 1941 Stalins »Angriff« nur wenige Stunden zuvorgekommen. Carell ist sachverständig, er war als Sprecher des Auswärtigen Amtes unter seinem richtigen Namen Paul Karl Schmidt zuständig für Lügenpropaganda und nebenbei praktizierender Antisemit.

Das Echo auf diese Serie war bei den Lesern des Ziesel-Blattes »fast ausnahmslos positiv«. Bundeswehr-Oberst a.D. Helmut Ritgen aus Celle, der ehemalige Leiter des Heereshauptverbindungsstabs 2 zum Rüstungsamt der US-Army, freute sich, daß Hitler gerade noch rechtzeitig diesen Krieg begann: »Was wäre geschehen, so muß sich jeder Zeitgenosse auch heute noch fragen, wenn Hitler die Sowjetunion noch später, nach dem 22. Juni 1941 angegriffen hätte? Nur schaudernd kann man sich die Folgen vorstellen ...« Denn: »Wir hätten die Initiative auf jeden Fall verloren.« Ritgen war beim deutschen Überfall, den er »deutschen Einmarsch in die Sowjetunion« nennt, Regimentsadjutant und rühmt sich, später bei der Bundeswehr »an der Entwicklung des Kampfpanzers Leopard und des Kampfpanzers 70 beteiligt« gewesen zu sein.

Günter Kießling, Vertreter eines christlichen Atomkrieges und ehemaliger Vier-Sterne-General der Bundeswehr dankte Maser, weil er in dieser Frage »unverzichtbare Argumente für die so notwendige Diskussion« geliefert habe. Masers wichtigstes Argument war: »Stalin hat Hitler so lange provoziert, daß ihm das letzten Endes über war, und er den Krieg gegen die Russen begann.«

Inzwischen geht es auch um den Krieg im eigenen Land. Siegmar Faust, ein schriftstellernder Unterzeichner des Berliner Appells der Rechtsextremisten und neuerdings sächsischer Landesbeauftragter für Stasi-Unterlagen, der als Vizepräsident des Dokumentationszentrums zur Aufklärung von SED-Verbrechen dazu beitrug, daß eine KZ-Wächterin Wiedergutmachung erhielt, wobei er selbst an der Beute mit 7.000 DM partizipieren durfte, sieht sich als »Deutschland-Magazin«-Autor wegen der Asylbewerber »in seinem eigenen Haus als Fremder« und fordert darum sein deutsches Recht: »Die deutschen Politiker sind auf die deutsche ›Hausordnung‹ vereidigt. Wer das multikulturelle Haus will und es zum Einwanderungshaus erklärt, weil er sich in seinem Dachterrassen-Apartement noch von aller Gefahr verschont fühlt, gehört nicht in den Hausfriedensrat gewählt, sondern in den Keller gesperrt ...«

Ungeklärt ist das Verhältnis der Deutschland-Stiftung zu dem für die Abwehr von Multikultur so nützlichen Terrorismus. Selbstverständlich lehnt sie ihn offiziell ab, aber das »Deutschland-Magazin« hat sich wiederholt für den – seither mehrfach verurteilten – Rechtsanwalt und Terroristenchef Manfred Roeder eingesetzt. Roeder durfte 1971 im »Deutschland-Magazin« dazu auffordern, »die trojanischen Pferde in der CDU« zu enttarnen. Der »mutige und streitbare Rechtsanwalt« (»Deutschland-Magazin«) schrieb 1973 das Vorwort zum Buch *Die Auschwitz-Lüge*, beging mit einer Jubiläumsveranstaltung den 33. Jahrestag der Wannsee-Konferenz zur »Endlösung der Judenfrage« und erklärte dort, daß »Hitler und Göring recht hatten« und »daß in diesem Lande vor Gericht immer der Jude Recht bekommt«.

Dieses Jahr hat es mit dem Kanzler im Herkulessaal der Münchner Residenz von der Deutschland-Stiftung wieder drei Preise für Leute gegeben, »die in der würdigen Tradition« (Kohl) der in früheren Jahren Prämiierten stehen. Dabei kann über Lutz Rathenow, den Empfänger des Literaturpreises der Deutschland-Stiftung, keinerlei Streit aufkommen – außer dem einen: Warum so spät? Schon vor drei Jahren hatte ihm die »Frankfurter Allgemeine« vorgerechnet, daß er nun, nach dem Ende der DDR, überflüssig geworden sei: »Die Bemühung, in seiner Heimat DDR nicht gedruckt zu werden, ist ihm auch ohne nennenswerte literarische Leistungen gelungen. Deswegen galt er hierzulande als besonders scharfer Dissident.«

Im Westen hätte er, konzedierte ihm die »FAZ«, »vom Ruhm des verfolgten Schriftstellers noch einige Talk-Shows lang zehren können, wenn er jetzt nicht den Fehler gemacht hätte, seine früheren Lesungstexte in einem Band zu veröffentlichen.« Heute sei, was ihm damals zum Ruhm verholfen hatte, platt, banal und »historisch obsolet«.

Inzwischen hat ihm erst einmal eine Holzofenbrot-Bäckerei weitergeholfen, die seine Erzeugnisse auf ihre Tüten druckt. »So kommt eines zum anderen«, jubelte CDU-Laudator Rainer Eppelmann bei der Münchner Preisverleihung über Rathenow auf der Tüte: »Der Dichter, den die SED-Machthaber einst zum Schweigen verurteilten, darf heute reden, darf sich einmischen, und man hört auf ihn.« Und Eppelmann sah etwas, was du nicht siehst: »Ich sehe darin ein Hoffnungszeichen für den Prozeß der deutschen Einheit, zu dem Du so Wichtiges beiträgst.« Doch, Vorsicht beim Tütenbrotkauf, die Bäckerei ist eine GmbH, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Der Bonner Adenauer-Historiker Hans-Peter Schwarz hat seinen Preis »für Wissenschaft« ebenfalls redlich erdient. Im Kampf gegen »deutsche Machtvergessenheit« und für »Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne« hat er sich insbesondere in seinen »Welt«-Kolumnen zu Agitationskunststückchen hinreißen lassen, über die sich das sachverständige Vorstandsmitglied der Deutschland-Stiftung, Paul Schmidt-Carell, nur freuen kann. Der hatte 1941 – vor dem Überfall auf Jugoslawien – die Agitation gegen das Land koordiniert und Journalisten zur Spionage eingesetzt. Heute kann er bei Schwarz nachlesen, es sei ein »faules Argument«, die Bundeswehr am Einsatz auf dem Balkan zu hindern, nur weil »Deutschland 1941 bis 1945 große Teile Jugoslawien besetzt hatte und in allseits brutal geführte Partisanenkämpfe verwickelt war«.

Schwarz-Laudator Wolfgang Schäuble rühmt ganz konsequent, der Prämiierte habe sich »nie im Elfenbeinturm der Wissenschaft versteckt«, er bekenne sich vielmehr als »ein Suchender nach dem besten, dem glücklichsten Weg für Deutschland«, ein »Bekenntnis zur Einheit der Nation« ziehe sich »wie ein roter Faden durch sein zeitgeschichtliches Oeuvre«.

Der dritte Preisträger, der für Publizistik, scheint – wie Rathenow – am Ende seiner Karriere zu stehen. Erst mußte er beim Bayerischen Rundfunk Abschied nehmen – jetzt hat sogar SAT.1 von der Erfindungsgabe dieses »Informationsdirektors« genug. Doch um Helmut Kohl hat er sich mit seiner Wahlhilfesendung »Zur Sache, Kanzler« durchaus verdient gemacht und Dank verdient, den – wer sonst? – Norbert Blüm als Lobredner servierte: »Sie sind«, so sprach der Minister, »als Journalist Innovator.« Der Meinung ist auch die bayerische SPD – sie nennt das nur etwas anders: »Nachrichtenfälscher«.

Mit seinen Innovationskünsten trifft er sich bekanntlich mit seinem Preisträgerkollegen von 1992, dem Professor Michael Wolffsohn (KONKRET 2/1993). Der war offensichtlich zunächst als Laudator vorgesehen – der Text jedenfalls war schon gedruckt. Der stets hilfswillige Bundeswehrdozent hob da an: »Heinrich Heine und Heinz Klaus Mertes: Was verbindet beide Geister?« Er glaubte ernsthaft: »die Verachtung vor ›Schwindsucht im Rückgrat‹« – als hätte der Preisgekrönte dieses beim Bauchpinseln Kohls noch besessen.

Die Laudatio bei der Preisverleihung allerdings hat Wolffsohn, wie erwähnt, Blüm überlassen. Warum? Hat er seinen Verstand jetzt ganz verloren? Oder wiedergefunden? Oder ist er in Ungnade gefallen? Den Preisträger wollte *er* immerhin noch so loben: »Den braunen Tätern und Denunzianten trat Mertes immer genauso unnachsichtig entgegen wie den Handlangern kommunistischer Unterdrückung.«

Braune Denunzianten – das war, sicherlich völlig unbeabsichtigt, taktlos gegenüber dem Gastgeber. Kurt Ziesel mußte sich angesprochen fühlen. Am 6. August 1943 hatte der Hitler-Verehrer beim Amtsgericht Hainfeld gegen seine 22jährige Köchin Theresia Kassis »Antrag auf Strafverfolgung, bez. Aburteilung durch das Sondergericht« erstattet wegen »staatsfeindlicher Äußerungen«, wobei »ungefähr wörtlich« von ihr gesagt worden sei: »Ihr Deutschen, schaut's, daß Ihr hier herauskommt's, wir brauchen Euch nicht.« Diese umgänglich formulierte Aufforderung nahm Ziesel übel: »Im Hinblick darauf, daß ebenso wie ich Millionen Deutsche heute Schulter an Schulter, ganz gleich aus welchem Gau sie kommen, ihr Leben einsetzen, bin ich als Frontsoldat der Ansicht, daß derartige Haßausbrüche gegen Großdeutschland und die Volksgenossen aus dem Altreich eine Gesinnung verraten, die für das Konzentrationslager reif ist ...«

Ziesel gierte nach einer raschen Abstrafung der 22jährigen: »Ich bitte nach Möglichkeit, die Angelegenheit so zu regeln, daß ich noch während meines Urlaubes, der bis zum 23. August dauert, über das Ergebnis meiner Anzeige unterrichtet werde.«

So schnell, wie von Ziesel gewünscht, funktionierte nicht einmal die Blutjustiz der Nazis. Erst am 5. April 1944 legte die Staatsanwaltschaft dem Sondergericht in Wien aufgrund der Ziesel-Anzeige eine Anklageschrift vor: Die Köchin habe »böswil-lig eine heimtückische Äußerung gegen die Außenpolitik des Führers gemacht«. Was dann aus Theresia Kassis wurde, ist unbekannt.

Im Bundestag, Ende Juni 1996, unter dem Präsidium von Ziesels Freund Johnny, stellte die Abgeordnete Schönberger eine weitere Frage: *Hat der Bundeskanzler bei seiner Aussage am 16. Juni 1996 anläßlich der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises in München, Kurt Ziesel verdiene für sein »Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung unserer Bundesrepublik Deutschland ... Anerkennung und großen Respekt«, berücksichtigt, daß u.a. von Kurt Ziesel und dem stellvertretenden Reichspressechef der NSDAP, Helmut Sündermann, die Gründung der rechtsextremen »Gesellschaft für Freie Publizistik e.v.« (GfP) initiiert wurde ...?*

Da konnte der Minister für besondere Aufgaben nur auf seine zuvor gegebene Antwort verweisen. Bohl: »Wie soll ich etwas Neues dazu sagen?«

»Bemerkenswert«, rief da ein SPD-Abgeordneter dazwischen. Der Minister für besondere Aufgaben konterte mit ungewohnter Geistesgegenwart: »So ist es. Das ist die Kontinuität, in der die Bundesregierung wirkt.«

Otto Köhler schrieb in KONKRET 7/96 über Otto Beisheim

Konkret 08/96, S. 23

Gaby Hommel

Saubere Lösung

Safwan Eid ist frei, die Täter sind es ebenfalls. Die Lübecker Justiz wird für ihre Unabhängigkeit gelobt. Die politische Konsequenz des Geschehens verschwindet hinter der Fassade des Rechtsstaats

»Dringender Tatverdacht: Nein. Hinreichender Tatverdacht: Ja.« So lautet die Formel, mit der die Jugendkammer des Lübecker Landgerichts für Aufsehen im Verfahren gegen den Mann sorgt, der – kaum daß die Flammen gelöscht waren und die Ermittlungen ihren Anfang genommen hatten – als Verantwortlicher für den Anschlag auf das Flüchtlingswohnheim in der Hafenstraße präsentiert worden war. Über sechs Monate saß der junge Libanese seitdem hinter Gittern, ohne daß die von Beginn an unübersehbaren Zweifel an seiner Schuld zu einer breiten Diskussion geführt hätten. Im Gegenteil: Ein befreites Aufatmen ging durch das Land, als mit der auffallend schnellen Inhaftierung des Flüchtlings nur zwei Tage nach der sogenannten »Brandkatastrophe« öffentlichen Vermutungen über ein erneutes rassistisches Attentat der Boden entzogen wurde. Kritiklos und mit unverhohlener Häme gegenüber jenem kleinen Zirkel, der nichtsdestotrotz Skepsis äußerte, verfolgte der größte Teil von Bevölkerung und Medien die Anklagekonstruktion gegen Safwan Eid wegen zehnfachen Mordes und vorsätzlicher Körperverletzung in mehreren Dutzend Fällen. Der mahnenden Erinnerung, daß das Stempeln von Opfern zu Tätern insbesondere in Deutschland leidvolle Tradition besitzt, galt allgemeines Achselzucken.

Nicht einmal die Einrichtung einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission, die unter prominenter Beteiligung die Seriosität bundesdeutscher Ermittlungen im Fall brennender Asylunterkünfte in Frage stellte, konnte daran etwas ändern. Umso dankbarer aufgegriffen wurde dagegen die Geschichte vom wackeren Rettungssanitäter, der die vier Silben »Wir waren es« aus dem Mund von Safwan Eid gehört haben will. Nicht minder bereitwillige Kolportage fanden diskriminierende Lügen über die in der Leichenhalle aufgebahrten, mit gebrochenem Rückgrat oder zersplitterten Gliedmaßen im Krankenhaus liegenden, obdachlos gewordenen und tief trauernden ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner des zerstörten Hauses am Lübecker Hafen. Ständiger Zwist und Streit, so hieß es, habe vorgeherrscht; regelmäßig sei die Polizei dagewesen, und Porno-Filme mit Kindern seien auch gedreht worden. Erheblich weniger sensationell und dementsprechend auch nur am Rande erschien die Tatsache, daß konkrete Indizien und ein glaubhaftes Motiv für die angebliche Tat des Libanesen beim besten Willen nicht zu finden waren. Ebenfalls kaum zur Kenntnis genommen wurden Aussagen und Gutachten, mit denen unabhängige Sachverständige die behördliche Darstellung von Spuren am Brandort und die offizielle Rekonstruktion des Tathergangs ad absurdum führten. Unter gingen offensichtliche Bemühungen von Polizei und Staatsanwaltschaft, die vier mit Brandspuren an Augenbrauen und Haar in unmittelbarer Nähe des Tatorts endeckten Jungmänner aus Grevesmühlen zu entlasten. Erst gar nicht ernst genommen wurde eine Vielzahl von höchst merkwürdigen Begleitumständen der Ermittlungen. Darunter wiederholte Versuche, selbst Kindern in stundenlangen Verhören eine belastende Äußerung über Safwan Eid zu entringen; undurchsichtige Abhörmaßnahmen, die Gebete des gläubigen Moslems genauso betrafen wie seine Besucherinnen und Besucher während der Untersuchungshaft; und nicht zuletzt der mysteriöse Tod eines Afrikaners, der mit Draht umwickelt und aus bislang nicht geklärten Ursachen sein Leben hinter der Eingangstür des in Brand gesetzten Flüchtlingswohnheims verlor.

Nun aber, da sich die Gefängnistore für Safwan Eid geöffnet haben, sind die lange Zeit unter den Teppich gekehrten Ungereimtheiten und Lücken, Schlampereien und Vertuschungen im Verfahren gegen ihn plötzlich Schlagzeilen wert. Spekulationen über »Das Rätsel von Lübeck« (»Die Zeit«) und die »Heiße Spur zum Nullpunkt« (»Süddeutsche Zeitung«) machen die Runde. Allseits werden Befürchtungen laut, die Staatsanwaltschaft könnte unter einem »ungeheuren Erfolgsdruck« (»Mannheimer Morgen«) gestanden, »einseitig ermittelt« (»Westdeutsche Allgemeine Zeitung«) und sich »in eine Version verrannt« (»Taz«) haben. Sogar von möglicher »Spurenverwischung« (»Franfurter Rundschau«) ist die Rede und davon, die Fahnder hätten »nicht nur sich einen Bärendienst erwiesen, sondern dem Ruf der Bundesrepublik im Ausland Schaden zugefügt« (»General-Anzeiger Bonn«). Tonangebend in der Klagerunde sind nicht zuletzt diejenigen, die angesichts der prompten Festnahme des Libanesen besonders vernehmlich aufgeatmet hatten, noch bis vor kurzem die Arbeit der Strafverfolger mit Vehemenz beklatschten und jedes behördliche Manöver deckten, mit dem der durchsichtige Tatvorwurf gegen den jungen Mann verschleiert wurde.

Kaum erwähnenswert wäre dies, wenn es hierbei lediglich um die bekannte Feststellung ginge, daß es stets leichter ist, den Dreck vor der fremden als vor der eigenen Tür zu kehren. Von nachgeordnetem Interesse ist auch, daß der abrupte Stimmungswechsel von Applaus zu Auspfiff der Anklagekonstruktion den Opportunismus einer Gesellschaft widerspiegelt, die sich stets am vermeintlichen Sieger orientiert. Denn an allererster Stelle – und das kennzeichnet ihre politische Dimension – lenkt die Selbstgerechtigkeit, mit der die Ermittler im Lübecker Polizei- und Justizapparat von einem Tag zum anderen mindestens der Nachlässigkeit geziehen werden, von dem verschworenen Einverständnis ab, einen Unbeteiligten zum Sündenbock für die eigenen Verbrechen zu machen – zur Beruhigung des liberalen Gewissens und unter weitreichender Mitwirkung einer Linken, der die Bewahrung eigener Privilegien allemal mehr wert ist, als die Umsetzung ihrer Parole: »Antirassismus muß praktisch werden!«

Eine nicht minder skandalöse Folge der an sich erfreulichen Entscheidung, Safwan Eid auf freien Fuß zu setzen, ist ihr Abfeiern als Vorzeigebeispiel für die angebliche Unabhängigkeit der deutschen Justiz. Denn aus dem Blickfeld geschoben wird dadurch, daß die beteiligten Richter in ihrer gerade einmal anderthalbseitigen Begründung nicht einen einzigen Umstand anführen, der nicht schon seit Wochen und Monaten bekannt war. In Vergessenheit geraten frühere Urteile, mit denen aufgrund der gleichen Faktenlage die Untersuchungshaft des Flüchtlings wiederholt verlängert und das gegen ihn zusammengezimmerte Lügengebäude noch zu einem Zeitpunkt höchstricherlich zementiert wurde, als sich selbst die staatlichen Ankläger bereits zum Rückzug genötigt sahen und ihren ursprünglichen Mordvorwurf in die vergleichsweise harmlose Bezichtigung der schweren Brandstiftung umstrickten. Und schließlich sorgt der Beifall für den ersten, das Komplizentum zwischen Richtertisch, Klägersessel und Zuschauerraum kaschierenden Spruch der Lübecker Jugendkammer dafür, daß ihrem bald darauf erfolgten zweiten Beschluß, die zuletzt erhobene Anklage gegen Safwan Eid in unveränderter Form zur prozessualen Verhandlung zuzulassen, die notwendige Aufmerksamkeit entzogen wird.

Zwar tauchte gerade noch die Frage auf, wie sich die offensichtliche Rehabilitierung des Libanesen damit in Einklang bringen lasse, daß ihm schon ab September der Prozeß gemacht werden soll. Doch ließ angesichts der zur Begründung ins Feld geführten spitzfindigen Unterscheidung zwischen »dringendem« und »hinreichendem« Tatverdacht das öffentliche Interesse schnell nach. Weshalb es zum einen nicht weiter auffällt, daß die hochgelobten Männer der Zweiten Großen Strafkammer des Lübecker Landgerichts keine Auskunft darüber geben, warum sie trotz der gründlichen Demontage der bisherigen Ermittlungsergebnisse weiterhin daran festhalten, Safwan Eid auf die Anklagebank zu zitieren. Und zum anderen wird ignoriert, daß auf Grundlage eben jener geheimnisvollen Gründe den Ermittlungsbehörden von Seiten des Gerichts die Möglichkeit gegeben wird, sich weiterhin auf den »hinreichend« Verdächtigen und nicht etwa auf sonstige in Frage kommenden Täter zu konzentrieren. Sollten nicht weitere Recherchen von Journalisten oder anderen dritten Personen erfolgen, die – wie in jüngster Zeit die »junge Welt« – das von offizieller Seite aufrechterhaltene Anklagegebilde zum Platzen bringen, ist das Ergebnis absehbar: Wir werden einen Prozeß erleben, in dessen Mittelpunkt eine unhaltbare Beschuldigung steht. Es wird ein Urteil geben, das »in dubio pro reo« lautet und damit weder eine vollständige Rehabilitierung des Angeklagten noch die zwingende Notwendigkeit nach sich zieht, die wirklichen Täter zu suchen.

Gaby Hommel schrieb in KONKRET 7/96 über Rassismus auf deutschen Baustellen

Konkret 08/96, S. 24

Oliver Tolmein

»betr.: Ostjuden«

Wie dem deutschen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit einmal das antisemitische Ressentiment durchging

Er war kein Mann der Vorurteile: »Wenn Engländer und Franzosen mit einiger Geringschätzung von dem Vorurteil der Deutschen gegen die Juden reden, so müssen wir antworten: Ihr lebt in glücklicheren Verhältnissen, welche das Aufkommen solcher ›Vorurteile‹ unmöglich machen. Die Zahl der Juden in Westeuropa ist gering, über unsere Ostgrenze dringt aber Jahr für Jahr aus der schier unerschöplichen polnischen Wiege eine Schaar strebsamer hosenverkaufender Jünglinge herein, deren Kinder und Kindeskinder ...« Heinrich von Treitschke hatte nichts gegen Juden, als er im Januar 1881 vorrechnete, daß die »regelmäßige jüdische Einwanderung aus dem Osten« in der deutschen Stadt Leipzig und mithin im ganzen Deutschen Reich verheerende Ergebnisse zeitigte: »Im Jahr 1875 lebten in Leipzig 2551 Juden. Mehr als ein Viertel (an 28 %) ist aus Osteuropa eingewandert. Und der weitaus größte Teil dieser Einwanderer muß erst während der jüngsten Jahre zugewandert sein; denn die Leipziger Jüdische Gemeinde zählte im Jahr 1847 erst 33 selbständige Mitglieder, im Jahr 1877 aber 310.« Der Historiker konnte sich sogar auf den »streng-jüdischen«, offensichtlich aber namenlosen Verfasser des »Sendschreibens ›Das Judenthum und seine Aufgabe im neuen deutschen Reich‹« berufen, der gefordert hatte: »Beseitigung des jüdischen Proletariats auf der ganzen Erde, insbesondere aber in den mit ihrem Schnorrerthum jetzt Deutschland überschwemmenden osteuropäischen Ländern der Halbcultur.«

Es ist nicht anzunehmen, daß Robert Luchs von dem im akademischen Milieu des Kaiserreichs geführten Berliner Antisemitismus-Streit auch nur gehört hat, denn der Mann geht weitab von der damaligen, heute wiederernannten Reichshauptstadt, in der rheinland-pfälzischen Metropole Mainz, als »unser Redaktionsmitglied« der »Allgemeinen Zeitung« seinen Geschäften nach. Und für sein Bild vom Judentum braucht Robert Luchs keinerlei historische Kenntnisse, sein Ressentiment stimuliert in ihm ganz unverbildet eigene stereotype Phantasien. Aus denen schöpft er dann kleine Kunstwerke wie das folgende, das am 10. Juni 1996 die Seiten seines gutbürgerlichen Blattes füllte – reichlich eine Woche, nachdem das Papier eines Dr. von Born aus dem Auswärtigen Amt bekanntgeworden war, das vor einem Exodus ukrainischer Juden nach Deutschland warnt. Als Aufmacher dient der »Allgemeinen Zeitung« eine Fotografie, vom Verfasser selbst aufgenommen, das eine dichtgedrängte Menschenmenge zeigt: »Vor diesem Gebäude in der Nähe der Deutschen Botschaft in Kiew warten ukrainische Juden auf einen Ausreiseantrag für Deutschland«, erfahren wir. Fett darunter gesetzt die Schlagzeile: »Konflikt mit Israel möglich«. Und, ganz bescheiden schließlich, klein im Bild, der deutsche Bundesminister fürs Exotische, Carl-Dieter Spranger selbst: »Beratung für den Osten steht im Vordergrund«.

Wirkungsvoller läßt sich deutsche Bescheidenheit und Tapferkeit trotz drohender israelischer Aggression und Flüchtlingsgefahr aus dem Osten kaum ins rechte Licht setzen. Der sehr dicht und assoziationsreich komponierte Interview-Text ist da nur noch Beiwerk – ein Beiwerk allerdings, daß die Verwandlung des Ressentiments in eine ganz neutral wirkende Nachricht ermöglicht und ihm so via dpa und Reuter Verbreitung im ganzen Deutschland sichert: »Es ist aber auch eine Frage, ob der Vater oder die Mutter oder wer immer die Herkunft einer ganzen Familie mitbestimmen kann«, läßt Luchs den Abstammungsspezialisten und Blutahnenforscher Spranger das Wort ergreifen und mit Blick auf die »Zahl von in Kiew behaupteten 800.000 Juden in der Ukraine«, für die die sonst so weitsichtig sich abschottende Bundesrepublik versäumt hat, Kontigente festzusetzen, allerlei Besorgnis formulieren. Der Minister: »Nachdem ich in der Deutschen Botschaft in Kiew mit diesem Problem erstmals eindrucksvoll konfrontiert worden bin, möchte ich jetzt keine Ratschläge geben.« Das hat sich auch als ganz und gar unnötig erwiesen. Schon daß der deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit überhaupt erwähnte, daß möglicherweise noch 800.000 Jüdinnen und Juden im einstigen Reichskommissariat Ukraine leben, hat eine jener deutschen Psychosen ausgelöst, die aus der ihnen eigenen kruden Mischung von Größen- und Verfolgungswahn ihre besondere Brisanz beziehen: »rtz 425 pl 192 Deutschland/Juden/Spranger/Bubis – Spranger fordert Debatte um Juden-Einwanderung«.

Der Zahl 800.000 kommt dabei eine gewisse Bedeutung zu, denn später, Wochen sind ins Land gegangen, Professor Julius Schoeps hat seines Amtes gewaltet und darüber aufgeklärt, daß in der Ukraine »insgesamt rund 245.000 Juden« leben, also »Panikmache mit falschen Zahlen« betrieben wird, soll alles nur ein Mißverständnis gewesen sein: »Die sehr hohe Zahl und die damit verbundene Panikmache«, erläutert der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Werner Hoyer, dem Deutschen Bundestag im Verlauf einer aktuelle Fragestunde, »ist auf einen Irrtum zurückzuführen, der sich in einer Protokollnotiz befindet.« Wie der Irrtum in die Protokollnotiz hinein- und dann wieder herausgekommen ist, erweist sich als komplizierte Geschichte, die hier nicht nacherzählt werden soll. Nur soviel von Dr. Werner Hoyers Geschichten verdient hier Erwähnung: »Die Vertreter des Zentralrats haben sich in der Besprechung zu den Zahlen übrigens nicht geäußert.« Der Zentralrat ist also, anders läßt sich dieser Hinweis kaum verstehen, selber schuld, wenn die Vorstellung, 800.000 Juden könnten noch irgendwo leben und gar in den kümmerlichen Rest des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation einwandern wollen, bei deutschen Christen Panik auslöst. Seine Vertreter hätten uns ja gleich beruhigen können, daß es so viele gar nicht mehr gibt, vor denen wir uns fürchten müßten.

Tatsächlich lebten allerdings einmal etwa 800.000 Jüdinnen und Juden in der Ukraine – zumindest wurden anläßlich der Volkszählung 1959 etwa so viele gezählt. Anfang 1941 waren es allerdings noch über 2,5 Millionen (die jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner der Krim nicht eingerechnt) gewesen. Dazwischen war geschehen, was für die Welt stets weitaus gefährlicher war als irgendeine Einwanderung nach Deutschland: das Ausschwärmen der Deutschen in andere Länder. In der Geschichte spielt die Zahl von 800.000 Juden und Jüdinnen noch an anderer Stelle eine Rolle: Etwa so viele konnten aus der östlichen Ukraine evakuiert und so vor den dort einfallenden deutschen Mörderbanden, der Wehrmacht und den Einsatzgruppen, gerettet werden. Wer nicht fliehen konnte, wurde in Ghettos gepfercht, nach Auschwitz deportiert und dort vergast oder in Babi Jar, einer Schlucht, nicht allzu weit von der Deutschen Botschaft in Kiew entfernt, zusammengedrängt und erschossen. Daran hat in diesen Tagen, der 50. Jahrestag der deutschen Niederlage ist vorbei, das Gedenken längst entsorgt, öffentlich niemand so recht erinnern wollen. Eine Ausnahme machte lediglich der ARD-Kulturreport, der einen Bericht über die einstigen Schtetl in der Ukraine mit den Worten einleitete: »Nach den Massenmorden an den Juden in der Hitler- und der Stalinzeit ...«

Wie irrtümlich zutreffend also auch immer: Der Minister und sein braver Diener von der 4. Staatsgewalt haben Deutschland wissen lassen, daß es in der Ukraine 800.000 Juden geben soll. 800.000 Menschen, denen es möglicherweise dort nicht besonders gut geht. Das führt geradezu zwangsläufig zu der Vorstellung, diese 800.000 würden unbedingt ausgerechnet nach Deutschland emigrieren wollen, in diese christlich-soziale Hochburg der Toleranz und Völkervernichtung. Und dort wiederum könnten sie, so sind sie nun mal, die Juden, nach allgemeiner Überzeugung vor allem das Eine im Sinn haben: Die heilige deutsche Rentenversicherung oder sonst eine der reich bestückten deutschen Kassen plündern und damit unsere Kriegsopfer um ihre letzten Beute-Groschen, die sauer erkämpften Anwartschaften auf einen geruhsamen Lebensabend, bringen. Allerdings hat, wie Staatsminister Hoyer die deutschen Volksgenossinnen und Volksgenossen beruhigte, die Rentenversicherung vorgesorgt: Als Anspruchsgrundlage für Rentenzahlungen an eingewanderte Jüdinnen und Juden käme nur das »Fremdrentengesetz« in Frage. Aber auch dieses Gesetz, das Vertriebenen und jenen die Rente sichern soll, die der nationalsozialistische Terror geschädigt hat, sichert nur Rentenansprüche von Juden, die sich wegen ihres Judentums nicht zum Deutschen Volkstum bekannt und außerdem »die Vertreibungsgebiete nach §1 Absatz 2 Nummer 3« verlassen hatten. »Nach den vorliegenden Erkenntnissen«, resümiert der Staatsminister zufrieden, »erfüllen die von Ihnen angesprochenen jüdischen Einwanderer diese Voraussetzungen in der Regel nicht.«

Weil nur Juden, die nichts kosten, dafür aber leisten, vom deutschen Volk bei halbwegs guter Stimmung ertragen werden, hat der damalige Ostberliner Oberbürgermeister Schwierzina im Gespräch mit der Fernseh-Moderatorin Lea Rosh und unterstützt von einem Kommentator der »Bild« schon früh, im Dezember 1990 folgende kleine Aufklärungskampagne »betr.: Ostjuden« gestartet: Aus Rußland würden, so Schwierzina, Juden einwandern, die allerdings freundlich empfangen werden sollten, da es sich um »hochgebildete Fachkräfte, nicht etwa so Ostjuden mit Kaftan und Peies« handele, worauf Frau Rosh einstimmte: »Ich danke Ihnen, daß Sie das sagen, dann muß ich es nicht tun.« Und so sah es »Bild«: »Jeden Tag strömen mindestens 200 sowjetische Juden in unser Land. Das sind keine Schnorrer; das sind Leute, die gebraucht werden: Ingenieure, Elektroniker und Handwerker« (s. KONKRET 2/91).

Da derzeit überhaupt niemand mehr so recht gebraucht wird, ist von diesem einstmals freundlichen Empfang nur die Erinnerung an »Ströme« und »Schnorrer« geblieben. So war es durchaus verdienstvoll, daß die Grüne Bundestagsfraktion für den 26. Juni 1996 eine Fragestunde zur »Einwanderungsreglung für Juden aus der GUS« durchgesetzt hat. Daß Staatsminister Hoyer sich dort namens der Bundesregierung »ohne Wenn und Aber« zum Fortbestehen der Einwanderungsmöglichkeiten bekannte, ist allerdings, anders als die Grünen vielleicht meinen, kein großer Erfolg der Opposition in der Zivilgesellschaft. Bemerkenswert am Protokoll ist vielmehr das darin zum Ausdruck kommende Desinteresse aller übrigen Fraktionen an der Thematik und dem zugrundeliegenden ganz alltäglichen Skandal. Und dieses: Die Mitteilung des Minsters Hoyer, dienstliche Konsequenzen werde es für Dr. Born, den Autor des AA-Papiers, nicht geben. »Bei dem genannten Mitarbeiter handelt es sich um einen ganz besonders geschätzten, erfahrenen und versierten Mitarbeiter, an dem keinerlei Kritik anzubringen ist.« Qualifizierte Ostjudenspezialisten, ahnt Minister Hoyer, werden eben noch gebraucht, solche zumal, die eine bisweilen bedrohliche Verfolgung als Fehler der privaten Lebensführung erscheinen lassen: »Bis auf Einzelfälle werden Juden auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR nur in Einzelfällen diskriminiert, meist aus persönlichen Gründen ... Im Lichte der Entwicklung sollten wir aber bei passender Gelegenheit – 50 Jahre nach Kriegsende bot sich hierfür das Jahr 1995 nicht an – die Grundsatzfrage stellen, in welcher Weise die jüdische Zuwanderung fortgesetzt werden soll.«

Herr von Born wandelt auf den Spuren des Herrn von Treitschke, der vor 116 Jahren ebenfalls den leidigen Zusammenhang von deutscher Identität und »Judenstreit« zu erklären sich genötigt sah: »Neben solchen großen Problemen deutscher Zukunftspolitik erscheint der neu auflodernde Judenstreit nur als das traurige Vermächtnis einer langen Epoche erschlafften Nationalstolzes und unsicherer deutscher Empfindungen. Es liegt allein in den Händen der bürgerlichen Gesellschaft und namentlich der Juden selbst, die vorhandene Verstimmung allmählich zu beseitigen. Sonst kann unser Boden vielleicht rohe Ausbrüche unheimlichen Hasses sehen, die den Deutschen, den Christen wie den Juden, nicht zur Ehre gereichen würden.«

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 5/96 über Ulrike Meinhof

Konkret 08/96, S. 26

Rolf Gössner

Sicherheitsextremismus

Sie scheuen keine bürgerrechtlichen Kosten. Kaum haben sie aufgerüstet, rüsten sie schon wieder nach. Die Extremisten der »Inneren Sicherheit« bauen gegenwärtig den »Sicherheitsstaat« in dem Maße aus, in dem der Sozialstaat abgebaut wird

Als bereits beschlossene Kabinettssache und teilweise im Entwurfsstadium liegen vor: Legalisierung des Großen Lauschangriffs, Anti-Korruptionsgesetz mit Strafrechtsverschärfungen, Gesetz zur Verbesserung der Geldwäschebekämpfung mit herabgesetzter Verdachtsschwelle, abermalige Verschärfung des Ausländer-, Asylverfahrens- und Demonstrationsstrafrechts – so die Neuerungen in Kurzform.

1. Künftig soll Gewalt gegen Sachen, begangen aus einer Menschenmenge – bislang »nur« als einfacher »Landfriedensbruch« mit bis zu drei Jahren Freiheitsentzug bestraft – , als »besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs« (Paragraph 125a StGB) mit bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden, sofern die Handlung aus einer verbotenen Demonstration heraus geschieht. Dies soll aber nicht nur für die tatsächlich handelnden Personen gelten, sondern auch für solche Demonstrationsteilnehmer/innen, die Gewalttäter/innen lediglich »psychisch unterstützen« – da kann schon das bloße Verweilen zur »Unterstützung« werden.

Als Anlaß für diese Gesetzesverschärfung gelten die gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Kurden, die in Deutschland längst zu Feinden gemacht worden sind. Für alle Ausländer wird künftig eine Verurteilung nach Paragraph 125a die Ausweisung zur Folge haben, sofern die Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt wird. Darüber hinaus können selbst Ausländer, die bisher einem besonderen Ausweisungsschutz unterlagen (Asylberechtigte, Ehepartner von Deutschen, im Bundesgebiet geborene Ausländer), abgeschoben werden, falls sie zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt worden sind.

Zur Begründung heißt es im Gesetzentwurf: »Die Begehung von Straftaten durch Ausländer ... wird von Deutschen und Ausländern vielfach verurteilt und kann zu einer unerwünschten pauschalen Negativbeurteilung der hier lebenden Ausländer führen.« Deshalb sei es geboten, die Ausweisung bzw. Abschiebung von ausländischen Straftätern zu erleichtern. Da schau her: Die Bundesregierung tut etwas gegen Ausländerfeindlichkeit ...

2. Die seit Jahren betriebene Politik mit der Angst vor«Asylbetrügern« und »kriminellen Ausländern« hat längst gegriffen: Ihren ersten großen Erfolg konnte diese Politik der Verunsicherung mit der faktischen Abschaffung des Asylgrundrechts einfahren. Nun wird auf dieser Grundlage gegen die Fremden nachgekartet. Auch im »Kampf gegen die Organisierte Kriminalität (OK)« – so heißt die neue Allzweck-Legitimationsformel – konnte die Sicherheitspolitik Nachrüstungserfolge verbuchen: Mit dem »Gesetz zur Bekämpfung der OK« (OrgKG 1992) und dem sog. Verbrechensbekämpfungsgesetz (1994) wurde der Grundstock für ein OK-Sonderrechtssystem geschaffen, dessen geheimpolizeiliche Komponente nun u.a. mit dem Großen Lauschangriff ausgebaut werden soll. Nachdem sich CDU/CSU, FDP und SPD zur abermaligen Demontage des Grundgesetzes verabredet und sich darauf geeinigt haben, das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung mit einer satten Zweidrittelmehrheit auszuhebeln, steht dem Einzug der elektronischen Wanze zum Zwecke der Strafverfolgung nichts mehr im Wege.

Nach der Aushebelung des Asylgrundrechts setzt sich die rechtsstaatlich inszenierte Aufhebung der Grundrechte weiter fort – auf dem Weg zur »Waffengleichheit« mit dem »organisierten Verbrechen«. Im Zuge dieser Demontage kommt es längst zu Grenzüberschreitungen jenseits der Verfassung: Die Polizei erhält geheimdienstliche Befugnisse, den Geheimdiensten werden polizeiliche Aufgaben übertragen, das verfassungsgemäße Gebot der Trennung von Polizei und Geheimdiensten wird offen zur Disposition gestellt und eine verfassungswidri-ge Geheim-Polizei billigend in Kauf genommen.

Regierungskoalition und »oppositionelle« SPD wissen sich im aktuellen Trend: In Zeiten der Krise und der Sozialstaatsdemontage ist der starke »Sicherheitsstaat« gefragt, der ohne Grundrechtsaufhebung und ohne Abbau rechtsstaatlicher Standards nun mal nicht zu haben ist. Mehr als 50 Prozent der Deutschen begrüßen Umfagen zufolge den Großen Lauschangriff als probates Mittel im Kampf gegen die OK. Da fragt kein Mensch mehr nach der Effizienz jener klandestinen Maßnahme, die selbst von Polizeipraktikern als gering eingestuft wird. Niemand bemerkt, daß die als »elektronische Aufklärungsmittel« getarnten Abhörgeräte zur Abwehr von (schwerwiegenden) Gefahren in den allermeisten Bundesländern längst zugelassen und in Gebrauch sind. Niemand fragt mehr nach den rechtsstaatlichen Kosten einer möglichen Invasion der Wanzen und einer Verallgemeinerung des Einsatzes von Richtmikrophonen und Laserstrahlen. Nicht mal die exzessive Telefonüberwachung in Deutschland vermag noch zu schrecken. Dabei ist Kommunikationsüberwachung eine »breit streuende Waffe«, weshalb auch die Wanze, hat sie erst Verfassungsrang, kaum zu bremsen sein wird.

3. Die (zeitweise) wachsende Kriminalität, das überdramatisierte organisierte Verbrechen und die »Kriminellen Ausländer« beherrschen seit Jahren die politische Debatte, die zuweilen geradezu hysterische Züge angenommen hat. Die mit Fleiß

geschürte, überschießende Kriminalitätsfurcht verstärkt den in der Bevölkerung ohnehin vorhandenen Hang zu einfachen »Lösungen«, autoritären Maßnahmen, »hartem Durchgreifen«.

Kein Wunder, daß die »Enttabuisierung« auch rechtsstaatlicher Errungenschaften bereits weit gediehen ist. Leute, die bis dato zu den Kritikern geheimdienstlicher Machenschaften gehörten, finden plötzlich den vielgeschmähten »Verfassungsschutz« akzeptabel, begrüßen das höchst bedenkliche Anti-Terror-Sonderrechtssystem und schreien immer lauter nach mehr Polizei und schärferen Gesetzen, wenn diese nur endlich wirkungsvoll gegen den Rechtsterror eingesetzt würden. Geheimpolizeiliche »verdeckte Ermittler« oder (noch) verfassungswidrige Lauschangriffe finden im Kampf gegen die Drogenkriminalität oder gegen Neonazis neue Freunde, die in ihrer Hilflosigkeit glauben, den Verheißungen der Sicherheitspolitiker folgen zu müssen, um der »neuen Unsicherheit« begegnen zu können.

Statt die Abschaffung der Geheimdienste und des Anti-Terror-Instrumentariums zu fordern, statt die faktische »Allzuständigkeit« der Polizei abzubauen und damit auch die Verpolizeilichung der Gesellschaft zu stoppen, werden an Geheimdienste und Polizei immer neue Anforderungen gestellt – auch von Liberalen, (ehemaligen) Linken, Antifaschisten: Quasi »gesellschaftskritisch« gewendet und anders gewichtet, wird da manch kritischer Geist zum »Verfassungsschützer« und Polizeihelfer – in Sachen Rechtsradikalismus und Umweltkriminalität, organisierte Drogenkriminalität und Waffenhandel, Wirtschaftskriminalität und Korruption, Steuerhinterziehung und sexuelle Belästigung. Diese Art polizei- bzw. strafrechtsdominierter Versuche einer »Bewältigung« gesellschaftlicher, vor allem sozialer Defizite und Strukturprobleme wird rasch zum Einfallstor werden für weitere Strafrechtsverschärfungen, den weiteren Abbau von Beschuldigtenrechten, die weitere Lockerung des Datenschutzes und die weitere Aufrüstung der Polizei und der Geheimdienste. Dieses instrumentelle Verhältnis zu Bürgerrechten und rechtsstaatlichen Standards ist längst erschreckend weit verbreitet. Es treibt im übrigen auch bei der »Aufarbeitung« der DDR-Vergangenheit besondere Blüten.

Rolf Gössner ist Rechtsanwalt, Publizist und parlamentarischer Berater. Er hat u.a. die Bücher »Mythos Sicherheit« (1995) und »Polizei im Zwielicht« (1996) veröffentlicht

Konkret 08/96, S. 28

Olaf Goebel

Sozial vollwertig

Die völkischen Eskapaden der Chefin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB), Charlotte Höhn, liegen in der Forschungslinie seiner nazistischen Gründerväter

Artikel darf aufgrund einstweiliger Verfügung nicht mehr verbreitet werden.

Konkret 08/96, S. 31

Robert Kur

Zechpreller der Geschichte

Der Anschlu Ostdeutschlands ist konomisch gescheitert

Als der unbestritten dickste europäische Staatsparvenü den Mantel der Geschichte rauschen hörte, verhielt er sich sofort wie der Provinzspießer, der er ist: Die Gloriole des eisernen Kanzlers der deutschen Einheit meinte er durch ökonomische Zechprellerei erschleichen zu können. Beeindruckt adelte das Feuilleton die vormalige »Birne« zum Meister der Macht, der sich mit politischer Größe über kleinliche Bedenken hinweggesetzt habe. Das in neopatriotischen Dauersuff verfallene Staatsvolk hielt den Anschluß der DDR sowieso für eine Art gewonnene Fußballmeisterschaft.

Zwar verwandelte sich der erhoffte Mindestwert des ehemaligen DDR-Produktivvermögens von 600 Milliarden DM durch den politischen Lustmord an der Ostmark über Nacht in 270 Milliarden DM Schulden, während die durch keinen Wechselkurs mehr geschützte ostdeutsche Industrie innerhalb weniger Monate zu rund 80 Prozent abrasiert wurde und seitdem Jahr für Jahr ein Nettotransfer von 150 Milliarden DM für die künstliche Beatmung des klinisch toten ostdeutschen Marktes fließt. Aber was schert das schon ein großes Fußballvolk, das die angeschriebene Zeche gewohnheitsmäßig vergißt? Von einem Gutachten zum nächsten pflanzte sich der Zweckoptimismus der Wirtschaftsinstitute fort, der den selbsttragenden »Aufschwung Ost« aus dem Märchenbuch von Ludwig Erhard herbeifabulieren wollte. Bei fast 9 Prozent Wachstum wurde Ostdeutschland 1994 zur »dynamischsten Region Europas« gekürt.

Schon seit dem Frühjahr 1995 gab es Anzeichen, daß die historische Zechprellerei auffliegt. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) errechnete, daß zwei Drittel der ostdeutschen Wertschöpfung auf langfristig schrumpfende Branchen mit geringem überregionalen Konkurrenzdruck entfallen. Im Frühjahrsgutachten von 1996 wurde erstmals zugegeben, daß Ostdeutschland »für nicht absehbare Zeit wirtschaftliche Ödnis« bleiben könnte. Tatsächlich rollt seit dem dritten Quartal 1995 in Ostdeutschland eine riesige Pleitewelle quer durch alle Branchen. Auch die Dienstleistungsklitschen saufen inzwischen schneller ab, als neue gegründet werden. Wirtschaftsminister Rexrodt, ein anerkannter neoliberaler Schmalspur-Ideologe, erntete bei der Brüsseler EU-Kommission Hohn und Spott für ein Memorandum, in dem er die plötzlich erkannte »drastische Wettbewerbsschwäche« der seit einem halben Dezennium von eingeflogenen West-Managern geführten Ostfirmen immer noch einer »Erblast planwirtschaftlicher Politik« in die Schuhe schieben wollte.

Wohin sind die horrenden Tranfersummen verschwunden, die bis Ende 1995 den »Aufschwung Ost« vorgaukeln konnten? Einen großen Teil der künstlichen Kaufkraft zogen Westkonzerne auf sich, indem sie über die Transfereinkommen den ostdeutschen Bürgern Konsumgüter und über die staatlichen Subventionen den bereits todgeweihten Ostfirmen (in denen oft ihre eingeschleusten Agenten an den Schalthebeln saßen) Investitionsgüter verkauften, ohne selbst zu investieren. Die Erlöse flossen prompt auf Nimmerwiedersehen in das globale Finanzkarussell.

Ein anderer Teil der Gelder ist unter gütiger Mithilfe westlicher »Berater« durch Verschieben von Subventionen zugunsten maroder Westfirmen, durch abenteuerliche Projekte und durch schlichte Kapitalentwertung pleite gegangener Betriebe versickert. Der spektakuläre Fall des Vulkan-Werftenverbunds dürfte nur die Spitze eines Eisbergs sein. Schon im Herbst 1995 war z.B. der noch kurz zuvor in Thüringen mit großem Pomp gefeierte »Investor« und CD-Fabrikant Reiner Pilz wegen Subventionsbetrugs verhaftet worden. Wo es nicht die kriminelle Energie ist, treibt die Blödheit der Verzweiflung den Ruin voran. So gehört wenig Phantasie dazu, das Schicksal eines 750 Millionen DM schweren Vertrags für ein »Hochtechnologiezentrum« vorherzusagen, den die Stadt Chemnitz im September 1995 mit keinem geringeren Partner als der Volksrepublik Nordkorea abgeschlossen hat.

Der dritte große Brocken der Transfermilliarden wurde von der ostdeutschen Bauindustrie verschlungen; scheinbar der einzige tragende Pfeiler von Realinvestitionen. Aber das Mißverhältnis beim proportionalen Anteil der Bauwirtschaft an der ostdeutschen Ökonomie hätte mißtrauisch machen müssen: 1994 lag der Bau-Umsatz pro Einwohner um nicht weniger als 30 Prozent höher als im Westen und der Anteil des Baugewerbes an der Wertschöpfung bei fast 17 Prozent, während er im Westen nur 5 Prozent betrug. Hinter diesen Zahlen steht die schlichte Tatsache, daß von der öffentlichen Hand wie von privaten Investoren (wiederum mit Hilfe staatlicher Subventionen, versteht sich) auf Teufel komm raus für einen Boom gebaut wurde, der nie mehr kommt. So können die bereits verausgabten Milliarden der Länder und Kommunen für Straßenbau und Infrastruktur nicht, wie blauäugig erhofft, durch quellende Steuereinnahmen finanziert werden; und die Masse der hochgezogenen »Gewerbeparks«, Büros, Hotels, Einkaufszentren und Luxuswohnungen verspricht zu ebensovielen Investitionsruinen zu verkommen.

Die erste Billion DM ist also wirkungslos verpulvert, das »dynamische« Wachstum bei Null angelangt, die Bauindustrie bricht zusammen und reißt die sekundären Dienstleistungen mit, der große Entwertungsschock finanziell einstürzender Neubauten steht noch bevor. In aller Unschuld stellt der Bundesverband der Deutschen Industrie fest, daß in den kommenden fünf Jahren die nächste Billion DM an Transferzahlungen fällig ist. Bedauerlicherweise benötigen in

demselben Zeitraum auch die Japaner ungefähr eine Billion DM, um ihre aufgelaufene Masse fauler Kredite zu sanieren; ebenso die südostasiatischen Newcomer für die Finanzierung zusätzlicher Infrastruktur, wenn der Boom nicht abrupt zu Ende gehen soll; und der Weltpolizist und Großschuldner USA braucht noch einmal soviel. Was die Anforderung von umgerechnet 4 Billionen DM weitgehend nicht kapitalproduktiv zu verausgabender Kredite von den Weltfinanzmärkten bis zur Jahrtausendwende für die Zinsen und die Weltkonjunktur bedeutet, mag der Chefvolkswirt der Deutschen Bank ausrechnen.

Fest steht jedenfalls, daß der Pfälzer Machtinstinkt nicht schlau genug ist, die Gesetze der geliebten Marktwirtschaft zu übertölpeln. »Birne« redivivus! Die vermeintliche neue Weltmacht BRD fällt in der globalen Krisen-Hackordnung wieder zurück; inzwischen muß sogar Kriegsminister Rühe um sein neues High-Tech-Spielzeug bangen. Sozial haftbar gemacht werden natürlich alle 70 Millionen Zechpreller der Geschichte, die noch gar nicht ahnen, daß die Demontage des Sozialstaats erst am Anfang steht. Besonders die mickrigen Zweite-Klasse-Löhne der östlichen Jubeldeutschen sind nach Meinung der Bonner Expertenrunde viel zu hoch. Leute, die so gerne deutsch sind, können ja wohl die nächsten vier Jahre von der Freude über die Europameisterschaft der einheimischen Betonkicker leben.

Robert Kurz schrieb in KONKRET 6/96 über den Abriß des Sozialstaates

Konkret 08/96, S. 32

Werner Pirker

All the President's Men

Das Spektakel der russischen Präsidentschaftswahl hat deutlich gemacht, daß es eine dritte Kraft zwischen Jelzinisten und Ex-Kommunisten so wenig mehr gibt wie einen evolutionären Ausweg aus der Krise des Landes

Findet Boris Nikolajewitsch noch die Kraft, seiner Wahlpflicht nachzukommen?, lautete die schicksalsschwere Frage. Boris Nikolajewitsch hat gewählt. Unbelehrbar wie er ist, wahrscheinlich Jelzin. An diesem 3. Juli 1996 soll sich Boris Nikolajewitsch freilich in einem derart desolaten Zustand befunden haben, daß es keineswegs sicher ist, ob er zu einer klaren Entscheidung überhaupt noch fähig war. Insgesamt votierten 53 Prozent der russischen Bevölkerung für einen lebenden Leichnam.

Der deutliche Punktsieg für den angeschlagenen Titelverteidiger entsprach einer kategorischen Forderung der westlichen Metropolen. Joschka Fischer aus dem Schwäbischen, der dem Imperialismus einst mit Frankfurter Pflastersteinen zu Leibe gerückt war, brachte sie auf den Punkt: Rußland dürfe auf dem Weg in die kapitalistische Moderne keine Auszeit nehmen. Wehe den Russen, hätten sie den Anordnungen der ausländischen Betreuerbanken zuwidergehandelt und sich auf eine eigene Taktik festgelegt.

Dieser ewige Zwang zu siegen, der Jelzin auferlegt ist, wird ihn sich eines Tages zu Tode siegen lassen. Dabei sind Jelzins in periodischen Abständen inszenierte Abrechnungen mit dem Kommunismus lediglich symbolischer Natur. Im Wahlprogramm seines im kommunistischen Namen agierenden Herausforderers Gennadi Sjuganow ist der Kommunismus ein in unendliche Fernen entrücktes Ideal, der Begriff »Sozialismus« für eine gesellschaftliche Konzeption, die die kapitalistische Entwicklungslogik radikal in Frage stellen würde, findet sich kein einziges Mal. Aus gutem Grund: Der bürokratische Sozialismus hat allein ein nomenklaturistisches, kein sozialistisches Erbe hinterlassen. Die bürokratische Bourgeoisie herrscht über eine paralysierte Gesellschaft. Die Kräfte, die neue gesellschaftliche Entwicklungen durchzusetzen imstande wären, haben die politische Bühne noch nicht betreten. Selbst Viktor Anpilows Russische Kommunistische Arbeiterpartei, die die Niederlage des Sozialismus lange Zeit nicht zur Kenntnis nehmen wollte und der Illusion anhing, das angeblich von außen auferlegte kapitalistische Joch in einer Art vaterländischem Bürgerkrieg abschütteln zu können, scheint sich dieser Tatsache bewußt geworden zu sein. Anpilow gab bekannt, daß, wörtlich: »Pogrome gegen die besitzende Klasse« nicht länger vorgesehen seien.

Jelzins Wahlkampf war ein Spektakel der totalitären Superlative. Eine Mischung aus US-Wahlshow und Stalins »Parteitag der Sieger«. Da wurde nichts dem Zufall überlassen. Die »New Herald Tribune« machte die konspirativen Aktivitäten eines Teams von US-Beratern aus dem Umfeld des kalifornischen Gouverneurs Pete Wilson publik, das über vier Monate Jelzins Wahlkampfstab unter der Leitung seiner Tochter Tatjana in der Technik amerikanischer Wahlkampagnen unterwies, zu denen etwa der Umgang mit Umfragen und die Verbreitung von Negativ-Images des Gegners gehört. Jedoch gelang es ihnen trotz fieberhafter Recherchen nicht, Sjuganows persönliche Integrität auch nur im mindesten zu erschüttern. Also brachte das Komitee eher Techniken aus dem Machtkampf der dreißiger Jahre zur Anwendung: Wie einst dem »Block der Trotzkisten, Sinowjewisten und Bucharinisten« wurden der Opposition die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes, politische Attentate, Bombenanschläge und Sabotageakte aller Art vorgeworfen.

Die elektronischen und ein großer Teil der Printmedien stellten sich ohne die geringste Scham in den Dienst der Machtpartei, darunter auch der einst als Hoffnungsträger »demokratischer Gegeninformation« gefeierte Fernsehsender NTV, dessen Chef im »Hotel des Präsidenten«, dem Sitz des Jelzin-Stabes, aus und ein ging. Das ganze lief dann auch noch unter der Losung: »Verteidigung der Pressefreiheit gegen die kommunistische Bedrohung«. Der Staat wurde zum Selbstbedienungsladen der Präsidialmacht. Was die ausländischen Spenden nicht mehr abdeckten, mußte von der auf Hochtouren gebrachten russischen Notenpresse kompensiert werden. Die monetaristische Reform wurde abgebrochen, Rußland nahm eine zweckgebundene Auszeit auf seinem Weg zur kapitalistischen Moderne. Finanzminister Jassow, der öffentlich die Spendierlaune des um seine Wiederwahl kämpfenden Selbstherrschers beklagte, rechnete aus, daß die 1996er Ausgabenseite des Staatshaushalts jetzt schon ausgeschöpft sei.

Eher billig kam das Pro-Jelzin-Ergebnis bei den Streitkräften zustande. Dort wurde nach dem Befehlsprinzip abgestimmt, wie die stolze Vollzugsmeldung des inzwischen abservierten Verteidigungsministers Gratschow über das einstimmige Votum der Marine für Jelzin vermuten läßt. Bei diesen vom kranken Mann im Kreml in den Rang des Schicksalhaften erhobenen Wahlen ist nichts mit rechten Dingen zugegangen. Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) aber, die auf Grund ihrer organisatorischen Dichte als einzige größere Manipulationen hätte nachweisen können, erwies sich als »fairer Verlierer« und hüllte sich in vornehmes Schweigen. Denn die Nicht-Anerkennung des Wahlergebnisses hätte zum Bürgerkrieg führen können.

Überhaupt barg dieser Wahlkampf, den der liberale Publizist Vitali Tretjakow eine »politische Schocktherapie« nannte, von Beginn an die Gefahr einer gewaltsamen Lösung der Machtkrise durch die regierende Partei in sich. Es ist zu vermuten,

daß die Erlasse für diverse Ausnahmezustands- bzw. Kriegsrechtsszenarien bereits unterzeichnet in Jelzins Schreibtisch lagen. Von ihm nicht unterzeichnet wurde hingegen das vom russischen Föderationsrat am 5. Juni 1996 erlassene Gesetz »Über den Amtsantritt des neugewählten Präsidenten der Russischen Föderation«, das die ordnungmäßige Übergabe der Amtsgeschäfte selbst für den Fall der Verhängung des Ausnahmezustandes oder des Kriegsrechtes in der Zeit vor der Ablegung des Amtseides durch den neugewählten Präsidenten vorsah, womit Jelzin mehr als deutlich machte, daß ein freiwilliger Machtverzicht für ihn nicht in Frage komme.

Vielleicht war das Jelzins wirksamstes Wahlkampfargument. Denn damit gab er seinen Landsleuten zu verstehen, daß ein Sieg Sjuganows nur um den Preis blutiger Auseinandersetzungen zu haben sei. Es ist dieses dreiste Machtbewußtsein, das Jelzin für einen beträchtlichen Teil der russischen Wählerschaft besonders anziehend machte. Denn anders als es die antikommunistischen Ideologen wahrhaben wollen, ist es nicht das autoritäre Regime, das die Russen der KPdSU nachträglich zum Vorwurf machen, sondern die Desorganisation der Macht durch die Gorbatschowisten.

Neben der schrillen antikommunistischen Propaganda und heimlichen Vorbereitungen zum Staatsstreich entfaltete sich auf der dritten Ebene des Jelzinschen Wahlkampfes die Kunst der politischen Intrige. Sein unmittelbar nach dem ersten Wahldurchgang mit Lebed eingegangenes Bündnis, das nach Ansicht von Beobachtern schon Monate zuvor geschmiedet worden war, erwies sich, den Machtbonus miteingerechnet, letztlich als mehrheitsfähig. Ob des Gesundheitszustandes ihres Favoriten demoralisierten Jelzin-Wählern wurde damit signalisiert, daß die Nachfolgefrage schon geklärt sei, und die Lebed-Wählerschaft schritt in der hoffnungsfrohen Annahme zur Wahlurne, mit ihrem Votum für Jelzin auf Perspektive Lebed zum Präsidenten zu küren. Damit schien auch Jelzins alter Wunsch erfüllt: die Wiederherstellung der antikommunistischen Allianz zwischen dem westorientierten Reformlager und der Weißen Garde aus den Augusttagen des Jahres 1991, als die Popen die russische Wiedergeburt einläuteten.

Nicht ganz nach Jelzins Wunsch dürften hingegen die arrogant zur Schau gestellten Machtambitionen des Generals sein. Der Nomenklaturisten Urangst vor einem bonapartistischen Staatsstreich, die Stalin nicht eher ruhen ließ, bis er die Führungsschicht der Roten Armee ausgerottet hatte, und die Chruschtschow 1957 dazu bewegte, sich General Schukows, der ihm bei der Ausschaltung Berijas zu Diensten gewesen war, binnen Monaten wieder zu entledigen, dürfte wohl auch in Jelzins engster Umgebung vorhanden sein. Um bei historischen Analogien zu bleiben: Die Rolle eines neuzeitlichen Berija wurde dem Kommandanten der Präsidenten-Leibgarde, Alexander Korschakow, zugeschrieben.

Dieser Treueste unter den Präsidenten-Getreuen sowie der Chef des Inlandsgeheimdienstes (FSB), Michail Barsukow, und der stellvertretende Ministerpräsident, Oleg Soskowez, erlebten in der Nacht zum 20. Juni einen jähen Absturz. Anlaß war die Verhaftung der beiden Konzertmanager Sergej Lisowski und Arkadi Jestafjew, als diese mit einem Xerox-Karton – Inhalt: 500.000 Dollar in bar – das Regierungsgebäude verlassen wollten. Das Geld, als Honorar für Jelzins Rocktournee gedacht, war aus einem Safe im Finanzministerium – ohne Ausstellung einer Quittung – entnommen und den Managern im Arbeitszimmer des für die finanzielle Koordinierung des Jelzin-Wahlkampfes zuständigen ehemaligen Privatisierungsministers Anatoli Tschubais übergeben worden. Dieser eklatante Fall der Veruntreuung von Staatsgeldern führte dazu, daß ausgerechnet Tschubais, gegen den die Staatsanwaltschaft sofort zu ermitteln begann, auf einer mitternächtlichen Pressekonferenz im Namen des Präsidenten die Entlassung Korschakows und Barsukows bekanntgab und damit ein spektakuläres politisches Comeback feierte.

Damit ergab sich die unerwartete Situation, daß sich die an die Spitze führenden Wege Lebeds und Tschubais' kreuzten. War doch der Schulterschluß des Kremlherren mit dem General als Bruch Jelzins mit den neoliberalen Betreibern der kriminellen Privatisierung gewertet worden. Dem verdienten Saubermann des Volkes stand es freilich schlecht zu Gesicht, daß er gleich zu Beginn seiner Tätigkeit nicht an der Aufdeckung, sondern an der Vertuschung einer Korruptionsaffäre beteiligt gewesen ist. Die russische Sendung von »Radio Liberty« verkündete als Resümee des als »Mitternachtsputsch« in die Geschichte des permanenten Jelzinschen Staatsstreiches eingegangenen Machtkampfes vom 20. Juni, daß es heutzutage in Rußland keiner Panzer mehr bedarf, um zu putschen. Ein paar nächtliche Nachrichtensendungen würden genügen, meinte der Kommentator in Anspielung auf die Hysterisierung der Affäre durch die jelzinloyalen Medien.

Der Grund für die über Nacht erfolgte Absetzung des für den militärisch-industriellen Komplex zuständigen Vizepremiers Soskowez ist indessen nicht in den Niederungen der Bandenkämpfe zur Aufteilung des geraubten Volkseigentums zu suchen. Hier wurde ein Konflikt offenkundig, der seine Wurzeln, wie übrigens das ganze neurussische Elend, in der spätsozialistischen Ära hat: der Konflikt zwischen der exportorientierten Rohstofflobby und der Lobby der im militärisch-industriellen Komplex konzentrierten modernen Produktion. Als Exponenten dieser Auseinandersetzung galten Tschernomyrdin, der als Ministerpräsident vor allem den mächtigen Energiesektor Gasprom regiert, und Soskowez, dessen Einfluß bis zum 20. Juni ständig im Wachsen begriffen war, weshalb bereits von zwei Ministerpräsidenten geredet wurde.

Doch Soskowez hatte sich nicht nur mit der Rohstofflobby angelegt, er war auch zunehmend ins Schußfeld des »staatspatriotischen« Flügels der Regierung um Außenminister Primakow geraten. Dieser bezichtigte den »Chefingenieur« der Rüstungsindustrie des Ausverkaufs der Landesverteidigung. Ein Vorwurf, der damit begründet wurde, daß durch die Bildung von Joint ventures zwischen russischen und amerikanischen Unternehmen russische Serientechnologie in die USA

transferiert worden sei, was in der Tat die russischen Verteidigungsanstrengungen gegen die Nato-Expansion absurd erscheinen läßt.

Ein nicht minder unangenehmer Gegenspieler könnte Tschernomyrdin nun in Alexander Lebed erwachsen, wobei der Hintergrund des Konflikts ähnlich wäre. Der nüchterne General, der bei den Duma-Wahlen für den Kongreß Russischer Gemeinden (KRO) in die nicht sehr ruhmreiche Wahlschlacht zog, gilt wie Soskowez als Streiter für die Interessen der Militärindustrie. Das KRO-Projekt bestand ja hauptsächlich darin, eine um den MIK zentrierte starke nationale Industrie zu entwickeln, die auf korporatistischer, auf dem Zusammenwirken von Gewerkschaften und Industrieverbänden beruhender Grundlage funktionieren sollte. In seinem am Tag vor der Wahl in Umlauf gebrachten Programm sprach sich Lebed dezidiert gegen die Rohstofflobby aus. Am Tag nach der Wahl sah sich Tschernomyrdin erneut mit der Regierungsbildung beauftragt, was ihm die Möglichkeit eröffnete, Lebeds Vorschlag der Wiedereinführung der Vizepräsidentschaft mit Lebed als einzigem Anwärter deutlich zurückzuweisen.

Es ist eher zweifelhaft, ob Lebed, der sich gerne mit Pinochet und noch lieber mit Napoleon vergleicht, die in der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang, als Machtpositionen zu einem eher niedrigen Preis gehandelt wurden, eroberte Stellung behaupten kann. Bislang operierte er eher im juristischen Vakuum. Als er am Tag des Rücktritts Gratschows Kommandostellen der Streitkräfte aufsuchte und den Truppenteilen Anweisungen erteilte, nahm er die Macht von der Straße auf. Doch das ihm eingeräumte Privileg, Vertreter des nationalen Sicherheitsrates vor Ort zu ernennen, was der Struktur der Präsidialmacht – die Präfekten und Gouverneure als vom Präsidenten ernannte Vertreter der Staatsmacht – entspricht, kann ihm per Präsidenten-Ukas jederzeit wieder genommen werden. Ein weiteres Mal zeigt sich, daß die Jelzinschtschina über keine gesetzmäßigen und rechtlichen Grundlagen verfügt, daß die Verfassung nur ein Spielball im politischen Kräfteverhältnis ist. Das freie Spiel der Kräfte zur Staatsräson erhebend, hat sich das Jelzinsche Machtregime noch jener Legitimation beraubt, die es sich kraft eigener Definition verlieh.

Das aber ist der Preis, den die Gegenreform, die sich als rücksichtslose Entsozialisierung austobt, der Gesellschaft abverlangt. Gennadi Sjuganow benannte das Problem, als er feststellte, daß eine Reform zwar seit Jahrzehnten herangereift, ohne Demokratie aber nicht möglich sei. An die Präsidialmacht gelangt, hätte er, der die uneingeschränkte Herrschaft der Exekutive als Quelle der gesellschaftlichen Konfrontation bezeichnet, die Vollmachten, die ihm dieses Amt verleiht, nur um den Preis des Machtverlusts aufgeben können. Dem Versuch einer radikalen Entjelzinisierung von Staat und Gesellschaft aber wäre wohl der Erfolg versagt geblieben. Denn sie standen schon alle auf Abruf bereit, die in der schocktherapeutischen Phase zu kurz gekommenen Nomenklaturisten und jene, die sich keinem Wandel verweigern.

Doch die herrschende Elite, die sich noch nicht zum kompakten Klassensubjekt gemausert hat, ist in höchstem Maße verunsichert. Die Schicht der Neurussen benötigt ihr ganz spezielles politisches Personal im Rahmen eines zumeist sehr personenbezogenen Beziehungsgeflechts. Auch wenn Sjuganow keinen einzigen Betrieb renationalisiert hätte: Jede politische Veränderung könnte unter den oberen Zehntausend zu einer dramatischen Umverteilung von Reichtum und Macht führen. Das ist das Fatale an der russischen Situation: Ein evolutionärer Ausweg ist zuverlässig verbaut. Ein sozialer Aufstand aber würde in seinem Ergebnis wohl nur eine Reproduktion der kriminellen Umverteilungsprozesse nach sich ziehen und – natürlich »idealtypisch« – die Marginalisierten zu Kioskbesitzern und die Kioskbesitzer zu Marginalisierten machen.

Es ist anzunehmen, daß Jelzins maßlose Verschwendungssucht im Wahlkampf die makroökonomische Stabilisierung um Jahre zurückgeworfen hat. Und so wird die Krise des Kriegskapitalismus zu einer weiteren Verschärfung des sozialen Bürgerkrieges gegen die Bevölkerungsmehrheit führen. Widerstand ist zu erwarten. Da und dort, in Workuta oder im Kusbas, werden spontane Bewegungen entstehen. Das wird die Repression in allen Teilen des Landes verschärfen. Vielleicht ist dann die Stunde des russischen Pinochet gekommen, den die Demokraten-Clique noch zu Zeiten, als sie mit der Demontage des »sowjetischen Totalitarismus« beschäftigt war, wie einen Messias erwartet hat. Der Bluthund könnte auf den Namen Lebed hören.

Das wäre dann endgültig der Zeitpunkt, an dem die KPRF Farbe bekennen müßte: ob sie die Klassenkomponente in der russischen Politik berücksichtigt oder weiterhin primär auf die »nationale Vereinbarung« zwischen den Eliten setzt. Dem Regime der Neurussen fehlte bislang einfach die physische Kraft, ein konterrevolutionäres Bestrafungsritual für siebzig Jahre Sozialismus durchzuziehen. Allein die Existenz von 500.000 KP-Mitgliedern ließ dies nicht unbedingt ratsam erscheinen.

Gleichzeitig gibt es in Rußland eine heimliche Konvergenz. Die Wahlprogramme Jelzins und Sjuganows bringen keineswegs unüberbrückbare inhaltliche Differenzen zum Ausdruck. Unterschiedlich sind allerdings ihre Voraussetzungen. Will die Kreml-Kamarilla die bestehenden Macht- und Besitzverhältnisse stabilisieren, so orientiert die Sjuganow-KP darauf, die Dynamik der Gegenreform zu brechen. Dieser gesellschaftliche Grundkonflikt kommt in verzerrter Form auch innerhalb des herrschenden Lagers zum Ausdruck, als ein dem Jelzinismus immanenter Widerspruch zwischen Staatspatriotismus und Bereicherungsanarchie.

Es ist somit nicht ausgeschlossen, daß das bislang – auf Regierungsebene – herrschende Einparteienregime durch ein Zweiparteiensystem abgelöst wird. Denn die »dritte Kraft« existiert nach diesen Wahlen nicht mehr. Ob Lebed, Jawlinski oder Schirinowski: Sie alle haben sich mehr oder wenig willig in die Arme der Machtpartei begeben. Steht Rußland somit vor einem »historischen Kompromiß«? Es wäre freilich ein Nomenklatura-Kompromiß.

Werner Pirker schrieb in KONKRET 6/96 über »Die Balkankriege« von Leo Trotzki

Konkret 08/96, S. 36

Bernhard Schmid

Allianz der Alchimie

In Frankreich feiert der Antisemitismus neue Triumphe – in Gestalt des ehemaligen Chefphilosophen der KP und eines überaus prominenten Armenpriesters

»Wie schmerzhaft ist es«, fragte am 25. Januar dieses Jahres die KP-Tageszeitung »L'Humanité«, »einem Mann, dessen Humanismus eine Epoche geprägt hat und der seinen Mut unter Beweis gestellt hat, sagen zu müssen, daß er heute an einem unerträglichen Unternehmen teilnimmt.« Die Rede ist von dem ehemaligen parteikommunistischen Funktionär Roger Garaudy, der in der zum Jahreswechsel 1995/96 erschienenen Nr. 2 der Zeitschrift »La Vieille Taupe« (Der alte Maulwurf) eine Abhandlung – welche die gesamten 237 Seiten der Ausgabe einnimmt – unter dem Titel »Die Gründungsmythen der israelischen Politik« veröffentlicht hat. »La Vieille Taupe«, laut Impressum »postmessianisches Organ für Kritik und Orientierung«, hat sich auf die Veröffentlichung geschichtsrevisionistischer Schriften spezialisiert.

In dem Text, gegen den die KP-nahe Antirassismusorganisation MRAP (»Bewegung gegen Rassismus und für Völkerfreundschaft«) unmittelbar nach Erscheinen Strafantrag stellte, spricht Garaudy vom Nürnberger Prozeß als einem »Siegertribunal«, bezeichnet Claude Lanzmanns Film »Shoah« als »unendlichen Schmarren« und das Tagebuch der Anne Frank als zweifelhaftes Dokument, redet von »Shoah-Business« und dem »Mythos Holocaust«. Dieser zähle zu den »theologischen Mythen«, neben den biblischen Konzepten vom »gelobten Land« und dem »auserwählten Volk«, welche die Gründung Israels rechtfertigen sollten. »Die Endlösung bestand darin, Europa von seinen Juden zu leeren, indem man sie immer weiter weg entfernte ... Ohne Zweifel ein inhumanes und kriminelles Ziel, das aber zu keinem Moment die Idee der Vernichtung enthielt.« Der Genozid? »Diese Definition kann buchstabengetreu nur im Fall der Eroberung Kanaans durch Josua angewendet werden, also zur Zeit des alttestamentarischen Judentums. Der Mythos der sechs Millionen vernichteten Juden bildet eine der Gegenwahrheiten, die nach über einem halben Jahrhundert noch immer die meisten Verwüstungen in der Welt und nicht nur im Nahen Osten anrichten. Das ist ein rechtfertigendes Dogma geworden, das alle Erpressungen Israels heiligt, im ganzen Nahen Osten, in den USA und über die USA in der gesamten Weltpolitik, indem sie es über dem internationalen Gesetz plazieren.« Weiter spricht Garaudy von den »jüdischen Banken von Wall Street«, den »Meistern der jüdischen Mafia von Hollywood« und einer »zionistischen Lobby«, die in den »USA den Kongreß und den Senat, die Präsidentschaft, das State Department und das Pentagon ebenso wie die Medien kontrolliert und die in den Universitäten ihren Einfluß ausübt«.

Roger Garaudy

Garaudy, 1913 in Marseille geboren, trat 1933 der Kommunistischen Partei bei. Nach einer Mitarbeit bei der Zeitung der KP im französischen Algerien ab 1943 wurde er rasch zu einem der offiziellen Ideologen der Partei. Maurice Thorez (1900-1964), Parteichef der KP in ihrer autoritärsten stalinistischen Phase und in der Nachkriegszeit Vize-Premierminister, baute ihn zum »Philosophen« auf und holte ihn schließlich 1956 ins Politische Büro, die oberste Führungsspitze der KP. Zuvor war er Abgeordneter und Senator gewesen. Nachdem er 1968 den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei heftiger als die französische KP sowie den neuen Generalsekretär Georges Marchais kritisiert hatte, wurde er 1970 aus der Partei ausgeschlossen.

Die Suche nach einer Art Heilslehre korrespondierte bei ihm mit wiederholter religiöser »Bekehrung«. Im Alter von 14 Jahren trat Garaudy – aus einem atheistischen Elternhaus kommend – zum Protestantismus über, wurde später vorübergehend Katholik und erklärte schließlich 1982 seinen Übertritt zur muslimischen Religion. Schon in seiner Zeit als Spitzenfunktionär der Kommunistischen Partei folgte er aber auch in der Politik einer mystischen Konzeption. So erklärte er im Jahr 1945 – damals saß er im Zentralkomitee der KP und stellte einen Bericht über die Intellektuellen und die Kultur vor – , das ZK sei wegen seiner »wissenschaftlichen Kenntnis der Geschichte und ihrer Gesetze« dazu in der Lage, »alles zu kennen und alles zu regeln«.

Während des Zweiten Golfkriegs gegen den Irak 1991 sprach sich Garaudy vorbehaltlos für den Sieg des Saddam-Hussein-Regimes aus. Das (inzwischen eingestellte) nationalrevolutionäre Monatsblatt der Front National, »Le Choc du mois«, konstatierte zur Jahresmitte 1991: »Im Frankreich des Winter 90/91 begann sich eine non-konformistische Allianz zu bilden dank der Alchimie der gemeinsamen Opposition gegen den Golfkrieg.« Die damalige Position der Le-Pen-Partei, die mit ihrem Slogan »Mitterand – der Krieg, Le Pen – der Frieden« bewies, daß die Ablehnung einer militärischen Intervention nicht nur durch Internationalismus, sondern auch durch die nationalistische Ablehnung eines Krieges für »amerikanisch-jüdische« Interessen motiviert sein kann, hatte nicht wenige in tiefe Verwirrung gestürzt. 1991 hielt Garaudy bei den »Neu-Rechten« um Alain de Benoist einen Vortrag unter dem Titel: »Der Golfkrieg, ein Exempel des amerikanischen Imperialismus«; 1992 schrieb er für die neofaschistische Zeitschrift »Nationalisme et République«. Gleichzeitig jedoch publizierte er im Jahr 1994 eine Rechtfertigung des Sowjetsozialismus und erklärte seine

Unterstützung für die Kandidatur der KP zu den Europawahlen 1994 und der Präsidentenwahl 1995.

Abbé Pierre

Am 15. April 1996 bekundete der 83jährige populäre Armenpriester Abbé Pierre in einem Brief an Roger Garaudy, seinen »Freund seit 50 Jahren«, seine Unterstützung und »Empörung« über den Garaudy drohenden Strafprozeß wg. Leugnung von »Verbrechen gegen die Menschheit«. Damit beginnt der zweite Teil des Skandals. In dem Brief, den Garaudys Anwalt – der Skandaljurist Jacques Vergès, der schon den SS-Mann Klaus Barbie verteidigte – am 18. April auf einer Pressekonferenz öffentlich machte, heißt es: »Aber mit dem Buch Josua entdeckte ich, wie eine wirkliche Shoah im gelobten Land durchgeführt wurde.« Garaudys Buch habe er nur »überflogen«, aber »mir haben einige Personen, deren Ansprüche und Kompetenz groß sind, die Bedeutung dessen erklärt, was sie daraus aufgenommen haben. Man muß alles tun, damit echte Historiker, mit derselben Leidenschaft für die Wahrheit wie der Deinen, sich daranmachen, mit Dir zu diskutieren.«

Nachdem die öffentliche Empörung über den Abbé hereingebrochen war, führte er einige Wochen lang einen Eiertanz auf. Er verurteilte den Revisionismus, forderte aber zugleich eine öffentliche Diskussion mit Garaudy. Am 29. April verhärtet er jedoch seine Position und erklärt in »Libération«: »Für den Durchschnittsfranzosen, die große Masse des französischen Volkes, bin ich überzeugt, daß es eine Art ›Uff!‹ gibt: Das Tabu ist aufgehoben! Man wird sich nicht mehr als Judenfeind oder Antisemit behandeln lassen müssen, wenn man sagt, daß ein Jude falsch singt.« Am 1. Mai schließt die LICRA (Liga gegen Antisemitismus und Rassismus) den Abbé aus ihrem Ehrenkomitee aus. Der läßt sich jedoch in seiner Unterstützung für Garaudy nicht beirren. Am 17. Juni erklärt er der Schweizer Tageszeitung »Le Matin«: »Nachdem ich das Buch sorgfältig gelesen habe, sehe ich nichts Revisionistisches darin. Und natürlich behalte ich meine Freundschaft für Roger Garaudy bei.« Und weiter: »In den USA etabliert und mit internationalen Verzweigungen gibt es die zionistische Bewegung. Sie gründet sich auf einen Vers in der Genesis«, also den Anfang der Bibel, »wo behauptet wird, Abraham habe Gott sagen hören: ›Ich gebe dir die Erde, vom Strom des Nil bis zum Strom des Euphrat‹. Also sagt die zionistische Bewegung: ›Was wir wollen, ist das Reich, das Abraham angekündigt wurde.‹ Also schmiedet die zionistische Bewegung international Ränke dafür.«

Abbé Pierre, mit bürgerlichem Namen Henry Grouès, 1912 in Lyon geboren, trat 1931/32 ins Kloster ein. 1940 zum Militär eingezogen, schloß er sich 1941 der Résistance an. Nachdem zwei verfolgte Juden ihn 1942 um Hilfe ersucht hatten, arbeitete er beim Fälschen von Papieren mit und leistete Fluchthilfe für Juden in die Schweiz; daneben half er Franzosen, sich dem STO (Service de Travail Obligatoire), dem Arbeitsdienst mit Verschleppung nach Deutschland, zu entziehen. 1945 als christdemokratischer Abgeordneter für Nancy gewählt, agitierte er gegen die Kommunisten. Dabei lernte er den KP-Abgeordneten Garaudy kennen. Er blieb Abgeordneter bis 1951 und präsentierte im Jahr 1949 den ersten Gesetzentwurf für ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Im selben Jahr gründete er die »Lumpensammler von Emmaus«, ein Barmherzigkeitswerk, das heute über 400 Ableger in Frankreich und 40 weiteren Ländern hat und u.a. 10.000 Sozialwohnungen und ein Netzwerk zur Hilfe für Obdachlose unterhält. »Emmaus« ist heute die Grundlage für die Popularität des Abbé Pierre.

Bekannt wurde er, als er sich im Kältewinter 1953/54 – bei Temperaturen zwischen Minus 15 und 20 Grad lebten in Paris noch immer 2.000 Menschen in Kriegsruinen – um die Wohnungslosen kümmerte. Mitte der 80er Jahre tauchte er wieder aus der Versenkung auf und wurde zum Star des »Sozialen«; man entdeckte soeben die »neue Armut«. Einige spektakuläre Gesten steigerten seine Beliebtheit, so, als er am 14. Juli 1992 den ihm angebotenen Rang eines Offiziers der Ehrenlegion – vergleichbar mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes – ablehnte, »um die Aufmerksamkeit auf die Obdachlosen zu lenken«. Diversen Umfragen zufolge galt Abbé Pierre in jüngerer Zeit als »beliebteste Persönlichkeit Frankreichs«. Das konservative Wochenmagazin »L'Express« (vom 2. Mai 96) schreibt zutreffend: »Der wachsende Konsens um den Abbé Pierre und das Humanitäre ist das Gegenstück zu einer tiefgreifenden Entpolitisierung der französischen Gesellschaft.« Die Liberalen der UDF wollten den Abbé für den zweiten Platz ihrer Liste zu den Europaparlamentswahlen gewinnen, die Grünen trugen ihm sogar die Spitzenkandidatur an.

Der greise Armenpriester ist nicht etwa »verkalkt«. Wer je die Gelegenheit hatte, ihn bei einer öffentlichen Aktion zu erleben, weiß, wie geschickt er mit dem Medienimage des rührenden »Tattergreises« spielt, der er nicht ist. Seine Äußerungen zu den Garaudyschen Thesen sind denn auch keine Ausrutscher, vielmehr offenbaren sie seine Grundauffassung. Im März 1993 haben zwei linke Journalisten, Michel-Antoine Burnier und Cécile Romane, am Ruhesitz des Abbé Pierre in Esteville ein Gespräch zwischen diesem und Bernard Kouchner – Ex-Minister, Arzt, Anhänger weltweiter humanitärer Einsätze und Jude – aufgezeichnet, gedacht für ihr bald darauf erscheinendes Buch *Gott und die Menschen*. Dabei stellte Kouchner die Frage, »wie, nach der schrecklichen Erfahrung des Zweiten Weltkriegs, die Minderheiten (zu) beschützen (seien), um Massaker zu verhindern«. Abbé Pierre verstand ihn falsch, meinte, Kouchner spreche vom Schutz der Juden, und legte eine Kritik an Israel auf. »Jene, die ihre Haut riskiert haben, um sie (die Juden im Zweiten Weltkrieg; B.S.) zu beschützen, weil das intolerabel war, nicht wahr, sind unglücklich, sie zu sehen: Opfer, die

Henker geworden sind. Aber die Dinge haben sich seither in mir entwickelt, und das geht weiter, es ist der Begriff selbst der versprochenen Erde (›das gelobte Land‹, B.S.), auf den sich die Rückkehr stützt. Und das ist das einzige Volk, das das verlangt!« Auf den Einwand Kouchners, wo denn am Ende des Zeiten Weltkriegs die Juden hätten hingehen sollen, um Schutz zu finden, antwortete der Abbé: »Also, da berühre ich den Grund des Problems und die Sensibilität eines Juden, indem ich sage: Alle eure Energien sind mobilisiert für die Wiedererrichtung des großen Tempels Salomons in Jerusalem ... Ihr stützt Euch dafür auf alles, was in der Bibel von der versprochenen Erde steht. Da komme ich nicht umhin, mir die Frage zu stellen: Was bleibt von einem Versprechen, wenn man das, was versprochen war, nimmt, indem man durch wahrhafte Genozide die Völker, die dort friedlich lebten, tötet? Also laßt uns in Ruhe mit dem Wort von der versprochenen Erde!« An dieser Stelle beendeten die beiden Journalisten den Dialog, der in ihrem Buch nicht zum Abdruck kam, weil sie verhindern wollten, daß dumpfe antisemitische Gefühle durch eine moralische Autorität wie den Abbé Pierre bestätigt würden. Nach Abbé Pierres Äußerungen über Garaudy aber haben Burnier und Romane die damals getätigten Mitschnitte nun doch, mit einem kritischen Kommentar versehen, als kleine Broschüre unter dem Titel *Das Geheimnis des Abbé Pierre* auf den Buchmarkt gebracht.

Die Resonanz

Die Protagonisten der »Garaudy-Affäre« sind nicht nur unterschiedlicher politischer Herkunft – ihr Zusammenwirken bündelt auch weitere antisemitische Ressentiments aus dem Bereich des arabischen Nationalismus und aus dem islamistischen Lager. »Radio Islam« in Stockholm, seit langem aktiv im revisionistischen Netzwerk vertreten, bietet das Buch Garaudys im Internet an, neben den Werken eines Robert Faurisson oder Serge Thion. Und die ägyptische islamistische Zeitschrift »al Chaab« druckte ein Schreiben Garaudys ab, worin dieser unter der Überschrift »Gott ist groß, Gott allein kann regieren« ausführt, er stünde im Kampf gegen »die zionistische Lobby in Frankreich, in den USA und in allen westlichen Ländern«. Die Union der libanesischen Schriftsteller erklärte am 24. Juni in einem Kommuniqué ihre Unterstützung für Garaudy und den Abbé und klagte »die zionistische Strömung« an, einen »tiefgestaffelten ideologischen Terrorismus« zu benutzen, um »die beiden Männer zu diskreditieren und ihre Meinungen zu marginalisieren«. Innerhalb der katholischen Kirche sollen »zwei Kardinäle in Rom« Abbé Pierre unterstützt haben – dies behauptete jedenfalls Garaudy am 30. Mai, dem Tag der Rückkehr des Abbé nach einem Monat des »Ausruhens« in einem italienischen Kloster, wo er den mailändischen Kardinal Martini getroffen hatte. Aus dem Vatikan hieß es daraufhin, kein Kardinal habe dem Abbé Unterstützung für seine Thesen versprochen; jedoch sei es möglich, daß »Kardinäle, als persönliche Freunde des Abbé Pierre, ihm ihre moralische Unterstützung ausdrückten, um ihn in einem Moment der Bitterkeit wieder aufzurichten« (»Le Figaro«, 31.5.96).

Die Wochenzeitung »U Ribombu« der korsischen Nationalisten der »Cuncolta naziunalista« bezeugt durch ihre Verteidigung der Thesen Garaudys, daß eine nationalistische Logik nur zum Schlimmsten führen kann. Den folgenschwersten Zuspruch erhalten die Thesen des Paares Garaudy/Abbé Pierre aber aus dem Lager der französischen extremen Rechten, die mittelfristig die Früchte dieser Debatte einsammeln wird.

Abbé Pierre war bisher für die extreme Rechte einer der meistgehaßten Männer, da er Hausbesetzer wie auch »illegale« Flüchtlinge unterstützt und Le Pen öffentlich ein »Halt die Fresse!« ins Gesicht geschleudert hatte. Am 30. April dieses Jahres nun ließ es sich der rechtsextreme Parteichef anläßlich eines RTL-Auftritts nicht nehmen, den Abbé mit Galileo Galilei und seine Verurteilung durch die französischen Bischöfe mit der katholischen Inquisition zu vergleichen. Und bezüglich Garaudys ließ seine Partei, der Front National, durch die Europaparlamentarier Jean-Yves Le Gallou und Marie-France Stirbois erklären, dieser »könnte heute begründetermaßen politisches Asyl im Ausland verlangen«, denn »die aktuelle Pressekampagne fällt unter politische Verfolgung, und er wird für seine Ideen mit Gefängnis bedroht«. Im Juni tauchten an der Ringautobahn, die rund um Paris führt, massenhaft anonyme Plakate mit gelbem Druck auf schwarzem Grund auf, die nur folgenden Text enthielten: »Und wenn der Abbé Pierre recht hätte?« Zuvor waren bereits folgende Plakatserien geklebt worden: »Ehre Ahia Ayache, dem palästinensischen Märtyrer« (der Sprengstofftechniker der Hamas, der am 5. Januar getötet wurde) und: »Israel tötet, die UN sind Komplizen«. Die graphische Ähnlichkeit all dieser Plakate erlaubt es, unter den Plakatierern die GUD (Groupe Union et Défense), einen militant rechtsextremen Stoßtrupp von Jurastudenten der Pariser Universität Assas, der faschistischen Hochburg im Hochschulbereich, zu vermuten, da die beiden ersten Texte noch mit Organisationsnamen gezeichnet waren. Die GUD ist heute offiziell aufgelöst, viele ihrer Mitglieder haben sich der Front-National-Jugendvereinigung FNJ angeschlossen.

Die Rechtsextremen können zufrieden sein, denn im Zusammenhang mit dem Fall Garaudy/Abbé Pierre ist eine Debatte um das »Gayssot-Gesetz« entbrannt, das neben rassistischen Verhaltensweisen auch die Leugnung von »Verbrechen gegen die Menschheit« im Sinne des Nürnberger Prozesses unter Strafe stellt. 1990 mit der Mehrheit der sozialistischen und kommunistischen Parlamentarier verabschiedet, haben die Konservativen und Liberalen das Gesetz von Anfang an als »kommunistischen Versuch zur Einschränkung der Meinungsfreiheit« denunziert. Seine Abschaffung gehört zu den Hauptforderungen der Rechtsextremen. Der konservative »Figaro« nahm just die Affäre »Pierre/Garaudy« zum Anlaß, mit

einem Beitrag unter dem Titel »Ein totalitärer Gesetzestext« (15.5.) die Debatte um dieses Gesetz neu zu entfachen.

Bernhard Schmid schrieb in KONKRET 2/96 über die Studentendemonstrationen in Frankreich

Konkret 08/96, S. 39

Holm Friebe

In diesem Sinne Deutscher Beruf

Wie es um den Geisteszustand und das Demokratieverständnis einer FDP bestellt ist, die sich jedes zivilisatorischen Ballasts entledigt und die Markteffizienz zum totalitären Maßstab erhoben hat, bewies unlängst Parteichef Wolfgang Gerhardt. Gelegentlich der großen Gewerkschaftsdemonstration gegen die Sparmaßnahmen der Koalition in Bonn gelang ihm eine programmatische Sentenz von entwaffnender Schlichtheit, indem er gegenüber Journalisten nachdrücklich darauf hinwies, daß durch Demonstrieren »kein einziger Arbeitsplatz geschaffen« werde.

Nun bleibt das, obschon recht decouvrierend, durchaus im Rahmen dessen, was man gegenwärtig von einer Yuppiepartei erwartet, deren besserverdienende Anhänger mit Sicherheit niemals zur Sicherung ihrer Pfründe auf die Straße gehen würden, noch je müßten, und wäre mithin weiter nicht der Rede wert, käme nicht ein Punkt hinzu, den Gerhardt so sicher nicht bedacht hat: daß er mit diesem Statement dem Koalitionskollegen Kohl gewissermaßen schnurstracks in den Rücken gefallen ist. Denn der bemüht sich seit Jahr und Tag darum, der unterentwickelten Branche des »Berufsdemonstrantentums« gesellschaftliche Achtung oder Ächtung oder wie auch immer geartete Anerkennung als Beruf mit Zukunft zu verschaffen, wozu die Existenz des »Berufsdemonstrantentums« als solche ja erst mal zwingende Voraussetzung ist; so daß jetzt also sich die Behauptungen von Gerhardt und von Kohl nachgerade diametral und unversöhnlich gegenüberstehen.

Zu hoffen ist, daß daraus eine mittelschwere Koalitionskrise resultieren wird und letztendlich dieser Affront bumeranggleich dem FDP-Chef wenigstens das politische Genick bricht. Denn damit würde immerhin ein Arbeitsplatz als Parteivorsitzender wenn schon nicht neu geschaffen, so doch frei; und damit wäre ja auch wieder was gewonnen.

Konkret 08/96, S. 39

Georg Fülberth

In diesem Sinne Klassenkeile

Das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf gegen Karl Wienand wegen Spionage – zweieinhalb Jahre mit Bewährung, eine Million Geldstrafe (Rückzahlung angeblichen Judaslohns) – kann dreifach ausgelegt werden.

Erstens klassenpolitisch. Wienand, geboren 1926 an der Sieg, heute dort noch ansässig, firmiert in »Munzingers Archiv« als »deutscher Politiker und Unternehmensberater; SPD«. Der Vater, Bauarbeiter, erst Sozialdemokrat, dann Kommunist, kam ab 1933 mehrmals in Haft und starb zu Kriegsbeginn. Die Mutter ging putzen. Den Sohn holte Hitlers Armee und hinterließ ihn schwerbeschädigt: Bein ab, Kopfschuß, im Nahkampf zerhauener Arm. Das Studium verdiente er sich selbst, doch bald gab es Jobs von Partei und Gewerkschaft, schließlich den schnellen Aufstieg bis zum Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion.

Was einer sich auf einem solchen Weg Gutes tut, bleibt manchmal als »Scheiße« (O-Ton Herbert Wehner) an ihm hängen: Wienand wurde wegen Steuerhinterziehung verurteilt wie Graf Lambsdorff (gleicher Jahrgang, gleiches Kriegsunglück), der viel feiner dasteht. Die Fluggesellschaft »Paninternational« machte Bruch mit zweiundzwanzig Toten und begrub den Ruf des SPD-Mannes, der als ihr Pate galt, unter sich. Möllemanns Ministerbrief für ein »pfiffiges Produkt« schadete weniger. Als 1972 FDP- und SPD-Abgeordnete zur CDU gingen, Unions-Vertreter beim Mißtrauensvotum für Brandt stimmten, haben wohl mehrere Leute mit Geld hantiert. Nur Wienand wurde dies öffentlich vorgeworfen. An den Klassenkampf glaubt er ebensowenig wie der späte Wehner. Des Onkels Anklagen gegen das ungerechte Schicksal galten als larmoyant.

Zweitens deutschlandpolitisch. Wienand und sein Geschäftsführer-Nachfolger Struck sagen, mit dem Urteil sollten nachträglich die Ostverträge getroffen werden. Aber die sind inzwischen auch von der Rechten als ein Trick zur Wahrung des Reichs akzeptiert. Daß Brandts schließliche Witwe dies anders sieht, hat nichts mit Strategie zu tun, sondern mit Marketing.

Drittens rechtspolitisch. Es gibt kein Geständnis Wienands und keinen Beweis. Doch mit dem Paragraphen 99 des Strafgesetzbuchs (»Geheimdienstliche Agententätigkeit«) kann jedes Gericht jeden Angeklagten verurteilen, wenn es nur will. Den Führungen von SPD und Gewerkschaften hat das im Kalten Krieg gut gefallen, denn mit diesem Instrument wurden immer wieder einmal auch oppositionelle Funktionäre aus den eigenen Reihen beseitigt. Davon profitierte einst auch der Politiker-Typus Wienand.

Konkret 08/96, S. 39

Verena Krieger

In diesem Sinne Zu den Waffen!

Über 100 Jahre Frauenbewegung waren doch nicht umsonst. Ach, könnte Luise Otto Peters das noch erleben! Endlich dringen die Frauen in die letzte aller Männerdomänen vor, endlich dürfen bald auch wir, was uns stets vorenthalten wurde: den Feind töten. Längst hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß Frauen über größere Fingerfertigkeit verfügen, konsequenter und zählebiger sind als Männer. Das prädestiniert uns nachgerade für die Nahkampfausbildung. An Gründlichkeit sind wir nicht zu übertreffen; unsere Gegner werden nichts zu lachen haben. Außerdem bringen Frauen eine völlig neue Atmosphäre in die Kampfverbände – irgendwie angenehmer. Wetten, die Männer saufen dann nicht mehr soviel? Frauen haben einfach mehr Stil – weibliche Ästhetik würde der Kriegführung unerwartete Qualitäten verleihen. Und hat nicht, wer neues Leben schenken kann, ein besonders hohes moralisches Recht, es auch zu vernichten? Gebären und töten, das macht den ökologischen Kreislauf erst richtig komplett.

Gleichberechtigung war schon ganz aus der Mode gekommen. Da ist es doch eine prima Überraschung, daß Rühe, Schröder und Westerwelle sich jetzt an die Spitze der Bewegung gestellt haben. Das hat gleich viel mehr Durchschlagskraft, als wenn immer nur Alice Schwarzer die Frauen zu den Waffen ruft. Ganz neue Berufschancen eröffnen sich! Wo doch die Krisenherde auf der ganzen Welt immer mehr werden und Deutschland endlich wieder richtig mitmischen kann! Schwestern, die Zeit der miesen Löhne und sexuellen Anmache am Arbeitsplatz ist bald vorbei. Schluß mit dem neidvollen Blick auf zackige junge Männer in Uniform! Auf in das wilde und gefährliche Soldatenleben! Her mit den Quotengeneralinnen!

Natürlich geht nur ein Schritt nach dem anderen. Zuerst einmal kommt die allgemeine Dienstpflicht. Da können wir Frauen schon mal üben – als kostenlose Hilfsarbeiterinnen in Altenheimen, Kindergärten und Krankenhäusern. Die Regierung schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe: In der Statistik gibt's schlagartig ein paar hunderttausend weniger arbeitslose Frauen – und wir lernen was fürs Leben. Wenn sich dann immer noch die eine oder andere unbedingt in den Schlamm werfen und Panzer fahren will, darf sie's bestimmt auch bald tun. Mit der Gleichberechtigung geht's eben unaufhaltsam voran.

Konkret 08/96, S. 42

Kunst & Gewerbe

Neues aus Albion

Einst durfte der menschliche Ausschuß – den der freie Markt so zuverlässig produziert wie verschandelte Landschaften oder Salmonellen im Frühstücksei – von den Eliten immerhin erwarten, in seiner Erniedrigung nicht auch noch ausgelacht zu werden. Dafür hatte der Berber freilich schön den Mund zu halten beim Betteln ums täglich Schimmelbrot, und sich dabei handlich gegen die Kaufhausmauer zu falten, damit es nicht soviel Umstände machte, ihn zu ignorieren bzw. von der Polizei abräumen zu lassen. Abends in der Oper wurden dann zweieinhalb Tränen zerdrückt, wenn die arme Mimi ihre Lunge in Stücke hustete.

Seit aber das Kapital weit und breit keinen Gegner als sich selbst zu fürchten hat, bereiten ihm die Verlierer des Rattenrennens nicht einmal mehr das Surrogat von Gewissensbissen. Erst wird der Sozialstaat ausgehöhlt, danach den Bettlern, die sich unter den Brücken noch kein Gelenkrheuma geholt haben, ein Stapel »Hinz & Kunz« (oder wie die sog. Obdachlosenzeitungen heißen) in die Hand gedrückt und der große, immer größere Rest, der zu dieser äußersten Travestie aufs Schmieden des eigenen Glücks entweder zu stolz, zu schwach oder zu ausländisch ist, freigegeben zum Verrotten. »Eure Armut kotzt mich an«, hieß ein Autosticker, der kurz nach dem Kollaps der Sowjetunion bei den nachgewachsenen Mehrwertverwertern ziemlich populär wurde. Daß dieser Brechreiz sich in Hautgout verwandele, ist das letzte, was den Herren des Marktes noch fehlt, um dem Elend, das sie zu verantworten haben, ohne Bromsalz begegnen zu können.

Es blieb, natürlich, einem gelernten Werbefilmer vorbehalten, eine Berber-Ästhetik zu schaffen, die sich endlich von Puccinis vorwurfsvollem Ton befreit und z.B. Andersens »Sterntaler«-Geschichte endgültig wie ein Märchen aussehen läßt. Der Mann, der genausoviel Talent wie Skrupel besaß, um die drängende Aufgabe zu erledigen, heißt Tony Kaye. Er entdeckte an der Waterloo Station in London den Obdachlosen Roger Powell und beauftragte seinen Assistenten, dies elende Exemplar eines Primaten ins Atelier zu schaffen. Meister Kaye bot Pennbruder Powell, aus sicherer Entfernung, ein wöchentliches Honorar, wenn er sich als das lebende Artefakt »Roger« in Galerien und Museen ausstellen lassen würde. Powell erkannte, daß man ihm ein Angebot machte, das er nicht ablehnen konnte, und hat seither als atmende Statue u.a. in der Tate Gallery und dem British Museum gedient.

850.000 Pfund fordert Powells »Entdecker« Kaye von dem eifrigen Mäzen, dem solch ein Stück in der Sammlung gerade noch gefehlt hat. Denn etwa so teuer käme es, einen humanoiden Organismus von Powells Alter (47) bis zum Tod zu ernähren. Der sozialkritische Impetus, den besonders flachköpfige Kunstkritiker in dieser, ogott, Installation evtl., ogottogott, »verorten« möchten, war nie vorhanden – »Roger« ist nichts weiter als ein armes Schwein, das die »abortschüsselhafte« (Ror Wolf) Neuordnung der Welt zu illustrieren und, ähnlich den endlosen Zügen kriegsgefangener Barbaren übers Forum Roma-num, triumphal zu bestätigen hat.

Der nächste Schritt in dieser Aufbereitung der Not dürften Berber sein, die live in ihren Pappkartons erfrieren, in pilzfeuchten Wohnlöchern authentisch verfaulen oder sich krankenscheinfrei von der Leberzirrhose zerfressen lassen. So schließt sich der Kreis: Um moralische Bedenken vom Halse zu haben, initiierte der aufstrebende Kapitalismus zugleich mit der Kinderarbeit die Abolitionsbewegung. Heute bekommen die Marktherren ein Plazet für ihre Sünden, noch ehe sie darum gebeten haben, und deshalb führen sie für den Salon, in dem ja sonst nichts los ist, die Sklaverei wieder ein.

Deutsche Hände

Nur in einem einzigen Zusammenhang hat das Wort »Beutekunst« tatsächlich einen guten politischen Sinn: Rußland erbeutete Kulturgüter von der Sowjetunion. Oder, wie Werner Pirker kürzlich in der »jungen Welt« schrieb: »Was die multinationalen Sieger über den Faschismus an ›Trophäen‹ erobert hatten, wird von Rußland, der antikommunistischen Siegermacht über die Sowjetunion, als Beute beansprucht.«

Jeder andere Gebrauch des Wortes ist deutschnationale Propaganda. Das Kompositum »Beutekunst«, stellte die Gesellschaft für deutsche Sprache fest, lasse sich erst seit zwei Jahren belegen. Weder Erich Honecker noch Konrad Adenauer sei dies Wort ein Begriff gewesen. Sie hätten vielleicht von »beschlagnahmter Kunst« gesprochen. Doch genau dieser Umstand – daß Kulturgut als Reparation von den Siegern über Nazi-Deutschland eingezogen wurde, als schwacher Ausgleich für die von der Wehrmacht verübten Zerstörungen – soll durch den Begriff »Beutekunst« unkenntlich gemacht werden. Mit ihm wird der Vorgang des Requirierens zum archaischen Akt der Beutenahme.

Umso empfindlicher reagierten die »deutschen Köpfe«, deren »kulturelle Identität nicht ins Reich der Klone regrediert« ist (»Zeit«, 12.7.), als die russische Duma in ihrer Entscheidung, die von der Sowjetarmee sichergestellten Kulturgüter sollten in Staatsbesitz übergehen, dies ausdrücklich mit der Kompensation für erlittene Verluste begründete. Eine »überholte

Denkweise« attestierte Karl Lamers (CDU) der Duma. Auffällig ist allerdings, wie sehr Politiker, die letztes Jahr noch offen drohten, jetzt darum bitten, sich »nicht zu echauffieren« (Bernhard Vogel, CDU), oder eine »partnerschaftliche« Lösung (Klaus Kinkel) empfehlen. Offenbar hofft man, daß der Föderationsrat und Jelzin das Duma-Gesetz stoppen werden. Und da würden nationale Töne nur stören.

Wie die Stimmung im Lager der Revanchisten tatsächlich ist, erfährt man von Wilfried Menghin, dem Leiter jenes Museums für Vor- und Frühgeschichte in Berlin, das partout Schliemanns Gold zurückhaben will: »Wäre ich auf dem Roßmarkt, würde ich sagen: Du kriegst keinen Hafer mehr für den Gaul, der sowieso mir gehört.« Die »Beutekunst«-Debatte als ein lautstark geführter Streit um den Preis eines alten Gauls: Der Vergleich ist treffend, denn wissenschaftlich oder kulturell sind die aggressiven Rückgabe-Forderungen keineswegs zu begründen. Der Schliemann-Schatz ist in dem von Menghin geleiteten Museum in Repliken zu sehen, die ein Laie schwerlich vom Original unterscheiden könnte.

Wissenschaftler, die die Originale besichtigen wollen, können das inzwischen tun. Ob sie deswegen nach Moskau oder nach Berlin reisen müssen, wird ihnen egal sein.

Es geht also einzig um ein angemaßtes »deutsches Eigentum« (so Menghins Oberkustos Klaus Goldmann im »Tagesspiegel«, 10.7.), um eine angebliche »kulturelle Identität«, um Symbole deutscher Macht-Entfaltung. Wer die deutschen »Beutekunst«-Forderungen gehört hat, weiß, daß es letztlich egal ist, in wessen Händen sich diese auratischen National-Heiligtümer befinden – solange sie nicht in deutsche Hände gelangen.

Deutscher Mann

»Das Gegenteil eines Duckmäusers«, schreibt der vormals als irgendwie kritisch links verortete gelernte DDR-Schriftsteller Joachim Seyppel – 1973 rein in die Zone, 1982 raus aus der Zone – in einem über weite Strecken besinnungslosen Besinnungsaufsatz in der »Welt«, ist der Soldat. Haben richtig gelesen, Damen und Herren: Eben jener, der aufgeklärten Menschheit als vollendeter Inbegriff des Duckmäusertums unrühmlich bekannt gewordene Soldat wird hier als sein ureigenes Gegenbild aufgebaut, und das geht so: *Ich denke an Verläßlichkeit, Beistand. Nicht immer gleich davonlaufen, auch mal gegenhalten. Der schlanke, durchgeformte, nicht unbedingt unsympathische junge Mensch mit dem aufrechten Gang, der gehört zu meinem Archetypus. Er ist das Gegenteil eines Duckmäusers oder Jasagers: Vielleicht hat er eingesehen, zuweilen gehorchen zu sollen – doch nicht um jeden Preis und nicht den der Pervertierung militärischen Handwerks zum Morden. Widerstand ist soldatisch: Darin gehe ich mit den Putschisten gegen die Tyrannis konform. Übrigens bügelt die Uniform die Unterschiede nicht weg, sondern hebt sie bei denen hervor, die sich über die Montur hinaus auszeichnen. Soldatische Tugenden sind menschliche Tugenden auf einem speziellen Terrain. Soldatische Tugenden folgen dem Gebot »Du sollst nicht töten«, weil sie dazu da sind, zu verhindern, daß getötet wird. Sie sichern das Recht auf Leben ab. Sie schützen und verteidigen es.* Und während sich Seyppel noch Gedanken macht, wie seine »martialischen Pläne zur Umerziehung des Volkes« dem Publikum nähergebracht werden könnten – *Tatsächlich kann ich mir den Soldaten als Vorbild denken ... Ich denke an einen eher einfachen, simplen Menschen, der sich nicht schämt,wenn er auf sich hält, wenn er notfalls einiges zustandebringt, und dem man, begegnet man ihm nachts im Wald, nicht gleich einen Raub- oder Sexualmord zutraut* – kommt er darauf, daß halbe Sachen keine ganzen sind ... *Wir müssen einen Wehrstand für die ganze Welt, nicht nur für uns einrichten, meine Damen und Herren!* Denn wie sangen sie und singen sie wieder: »Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt!« Möge das christliche Abendland diesmal, wenn Seyppel ihm auch die rechte Wange hinhält, nicht zögern, ihm eine drauf zu geben.

Jüdischen Arbeitern

und Revolutionären ist gegenwärtig (bis zum 25.8.) im Jüdischen Museum Frankfurt am Main eine Ausstellung gewidmet, die geeignet ist, der gegenwärtig bei den Deutschen so beliebten Schtetl-Romantik ein realistisches Bild der Lebensbedingungen der Juden in Rußland, Polen, Großbritannien und den Vereinigten Saaten entgegenzusetzen. Zudem präsentiert die Ausstellung Zeugnisse der jüdischen Arbeiterbewegung, die sich im späten 19. Jahrhundert herauszubilden begann und zunächst einen jüdischen Sozialismus proklamierte. Nach ihrer Ankunft in Westeuropa bzw. den USA gründeten sie hier eigene Gewerkschaften und sozialistische Zirkel.

Über Rosa Luxemburg ist im Beiheft zur Ausstellung zu lesen, daß sie in ihren wissenschaftlichen Arbeiten »nüchtern und so unemotional, wie es die Sache erlaubt«, geblieben sei, ansonsten aber durchaus menschlich zu erscheinen wußte. »In ihren zahlreichen Briefen aber wird der liebende Mensch deutlich, der an Freud und Leid aller Mitmenschen Anteil nimmt, sich mit der Natur verbunden weiß und Musik und Literatur zum Leben braucht wie das trockene Brot. Kaum ein Sozialist ist als Mensch ... uns menschlich so nahegekommen wie Rosa Luxemburg ... Immer wieder beschreibt sie das Erlebnis der Natur, die Schönheit der Pflanzenwelt, drückt ihr Mitgefühl mit dem Leiden von Tieren aus.« Frauen sind Menschen, Juden sind Menschen, Revolutionäre sind Menschen. Auf alle Menschen trifft zu, daß sie Menschen sind, auch Unmenschen sind welche. Daß Rosa Luxemburg auch anläßlich dieser Ausstellung wieder für die Simpelei herhalten muß, daß kühler

Verstand und Herzenswärme zusammengehen können, ist sehr ärgerlich. Auch Hitler war, man weißes, tierlieb, und Walter Ulbricht hatte einen Vogel.

Deutscher Weißmann

Der Verlag Ullstein/Propyläen nimmt ein halbes Jahr nach dem Erscheinen das »weltanschaulich belastete« (Wolfram Göbel, Nachfolger von Herbert Fleissner in der Verlagsleitung) Buch des Runenexperten und Paukers Karl-Heinz Weißmann *Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933-1945* aus dem Programm – »aus wirtschaftlichen Gründen« (vgl. KONKRET 1/96). Göbel will offenbar mit diesem Schritt das neurechte Verlagsimage kaschieren und sucht jetzt einen Autor für einen neuen Band IX der *Propyläen Geschichte Deutschlands*. Weißmann hingegen, der Weißwäscher, der die Rechte an dem Buch hält, kassierte unterdessen für seinen selbstlosen Verzicht, das Buch weiter zu vertreiben, eine Ab-standszahlung von 80.000 Deutschmark.

Deutscher Widmann

Er gehörte zu den Gründern der »Taz«, war deren Kulturchef, danach Mitarbeiter der deutschen »Vogue« und »FAZ«-Autor, später erneut als Chefredakteur bei der »Taz«, bis er im März 1995 Feuilleton-Aufseher der guten alten öden, mit der Zeit schier zeitlos werdenden »Zeit« ward – inzwischen aber wiederum, wie aus dem Innenleben jener »alten Gouvernante« zu vernehmen ist, wg. »gegenseitiger Unverträglichkeit« – nochmal zum Mitschreiben: wg. »gegenseitiger Unverträglichkeit« – hier als Ressortleiter quasi unverdaut ausgeschieden wurde. Wohin nun, Arno? Zurück zur »Taz« vielleicht? Um dann eventuell, nach einem Zwischenspiel bei »Amica«, beim »Tagesspiegel« anzulanden? Ja, auch die »Welt« steht Dir offen.

Eine freche Göre blickt uns an von dem Plakat. Mit Gummistiefeln und so und die Hände lässig-keck in die Hüfte gestemmt. Sie will aber nicht länger fernsehen und auch kein Geld für mehr Schokoriegel oder Zauberponys – darauf hat sie keinen Bock. Was sie möchte, ist was ganz anderes. Sie fordert von der Kultur, die Jugend mehr zu fördern. Dazu weist sie auf die Notwendigkeit kultureller Erziehung zur Förderung der Kreativität der Jugendlichen hin. Ja, so ist das nämlich heute. Wunderbar ausgedacht hat sich die gute Idee die Bundesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit, die mit der Plakatkampagne in 70 deutschen Städten Geld zum Fenster rauswirft, damit die Leute lesen: »Jugend fördern – Kultur fordern«. Warum nicht: »Jugend fordern – Kultur fördern«? Geht doch auch, oder? Und warum muß die Bundesjugendministerin Claudia Nolte die Plakate selber kleben? Ist die Not in Bonn so groß? Gibt's sonst nichts zu tun? Und warum lacht sie, während sie den Pinsel schwingt, so überaus verdachterweckend? Und schließlich – warum trägt sie Kohls Windjacke?

Hamburger Anthologie*

Lutz Rathenow

Ich lache

Das Lachen blieb mir im Halse stecken
Und keiner zog es heraus.

Ich lache.
Ohne Grund.
Grundlos? Auf losem Grund?
Passanten bleiben stehen.
Ich lache lange.
Einer sieht mich mitleidig an.

Ein anderer ärgerlich.

Lange lache ich.

Der nächste blickt herausfordernd.

Ich erschrecke.

Wieso erschrecke ich? denke ich.

Erschrecke nochmals,

Weil ich so rasch zu verunsichern bin.

Eile zögernd weg.

Ganz und gar nicht rasch zu verunsichern, zu erschrecken ist er, und ganz und gar nicht zögernd eilt er weg, der umtriebige Satiriker und Fastpoet Lutz Rathenow. Mit den »Passanten« hat er natürlich uns ständig überlastete KONKRET-Redakteure gemeint, denen er ständig das Gemüt beschwert. Bildlich jedenfalls. Metapher, verstanden! Warum? Lesen Sie diese Zeilen in der Gewißheit, daß nahezu mehr als 100 Prozent der unverlangt eingesandten Gedichtmanuskripte ausschließlich von diesem Manne rühren. Ganze Jahrgänge der Ihnen vorliegenden Zeitschrift würden sich so honorarfrei füllen lassen. Und wenn ihm schon mangelnde Fantasie bezüglich seiner fehlenden Werke zu bescheinigen ist, so doch nicht im Ausdenken ständig neuer Grammatikregeln und Pseudonyme.

Dieser Mann ist ein Poetenmoloch; nicht reicht es ihm hin, daß aufgelassene Gewerbegebiete im Osten nach ihm benannt sind, er sich die nach unten offene Rathenow-Reim-Skala patentieren lassen will, er für die »Zeit« »Isolation« und für die »Frankfurter Rundschau« »Mißverständnisse schüren« darf. Nicht reicht es ihm, daß er mit dem Kaufen der eigenen Bücher eine wirkliche Nachfrage »schüren« muß, daß namhafte Stiftungen keineswegs unerhebliche Teilauflagen seines aktuellen »Sisyphos«-Bändchens horten und heimlich verklappen müssen, um dauerhaften Schaden vom Volke abzuwenden, welches doch haargenau solche »Autoren ohne Werk« (»FAZ«) verdient. Nein, KONKRET-Redakteure von der auch ohne seine Unverlangten nicht eben leichten Arbeit abhalten, das hat er sich aufs aus Barthaaren gewirkte Panier gemalt.

Nebenstehend eines der erschütternden Dokumente, mit deren Entlarvung und Transkription ins Deutsche wir zahllose Nächte vertändeln mußten. – Gedruckt! Verunsicherte Buchstaben auf losem Grund. Grundlos. Einfach so.

*Unverlangt eingesandter Gedichte

Konkret 08/96, S. 45

Jürgen Roth

Dissidenz im Multipack

Es ist mächtig was los auf dem Kultursektor. Die »Kulturschaffenden« dieses Landes, sofern sie sich in der Linken zu Hause wähnen, haben den Kanal nämlich noch immer nicht voll. Das Poporgelchen dampft und stampft, und ganz links außen, an den Rändern und jenseits der etablierten, der bürgerlichen, der »altlinken« Kultur, machen »Künstler« der etwas anderen, der popstrategischen, antirockistischen oder antiessentialistischen Art mobil. Als ob es nicht genügen würde, daß man sich in Köln und Hamburg tagein, tagaus gegenseitig die Duftnoten unter den Achselhöhlen abnimmt, wird nun dem Anschein nach eine neue Publikationsoffensive eingeläutet. Ihr Motto: Schmiedet noch einmal das Bündnis von Pop und Politik, schmiedet es durch dünn und dick!

Versiert und zahlreich sind in den letzten Jahren die Versuche gewesen, eine aus der Aufarbeitung und sog. Dekonstruktion der Rock- und Popkultur gespeiste neulinke Bewegung zu formen, die den Dünkel des kunstrichterlichen Hochamts ablegen und in allerorten geschmähte Niederungen der vitalen Gebrauchskunst hinabsteigen sollte. Ihre Resultate freilich lasen und lesen sich ganz anders: Selbsternannte Avantgarden des Popjournalismus und von finanzstarken Galerien unterstützte Freimalerclubs zelebrieren einen ästhetischen Interventionismus, für den kein unausgegorener Gedanke und kein verschwiemelter Satz zu schade ist. Das Zentralorgan »Spex« hat sich längst in den Dunst der Seher, elitären Rauner und Trendsetter mit runzligem Jugendappeal verabschiedet, und auch begleitende Bücher, unter frohgemutem Publikationszwang der Welt dargebracht, sampeln noch einmal, was entweder schon im Blatt oder einfach durch die Köpfe rauschte. Wo es andere mit gutem Grund beim Kneipenquark bewenden lassen, gilt »Pop«, die vollgültige Chiffre für dummes Geschwätz, nämlich immerhin »als eine Idee, eine Energie, eine Poesie ... eine Art zu leben und zu sterben«. So quasselt's putzmunter Paolo Bianchi aus, der Herausgeber einer abermaligen ziegelsteinschweren Rundumverwendung zugunsten des »Bündnisses zwischen Pop und Politik«. *Art & Pop & Crossover* wurde folgerichtig der aktuelle Dokumentationsband des Hochglanzblattes »Kunstforum« betitelt, und wie sie, die vereidigten »Pop-Theoretiker« von Baudrillard bis Theweleit, da auch debattieren, sie haben allesamt einen gewaltigen Schlag an der Pfanne.

Kunst ging zumeist, wenn sie politischen Bündnisabsichten folgte, ein mehr oder minder enges Bündnis mit der Barbarei ein. Warum das heute anders sein soll, weiß kein Mensch – außer jenen Agenten des Popzirkus, die nichts anderes tun, als in eigener Sache tätig zu sein, und doch vorgeben, der Welt und dem »linken Projekt« einen alles entscheidenden Kick zu verpassen. Bemerkt hat das selbst die jüngst stark in »Diskurse« machende Vierteljahreszeitschrift »Spezial« (Nr. 103). Sie spricht nicht zu Unrecht und mit Unbehagen über »technikfetischistische und modernisierungsavantgardistische Subversions- und Guerilla-Strategien«, denen umtriebige Gesellen der aktivistischen Kunstpolitszene frönen, obgleich das Surfen, Hijacking und Kommunizieren im Internet selten mehr gemein hat mit irgend gearteter revolutionärer Tätigkeit als Autopflege am Sonntag. Daß ein durch maßgebliche Popakteure zum »Konzept« stilisierter Schauplatz von Wichtig- und Sinnhuberei wie die »Subkultur« nur kulturindustriellen und keineswegs oppositionellen Zuschnitt erreicht, kann demzufolge nicht abstreiten, wer einen Blick auf die Akkumulationsstrategien der Kulturarbeiter wirft: Während etwa Diedrich Diederichsen seinen Exodus aus dem Journalismus und einen damit notwendig gewordenen Aufstieg in höhere akademische Kreise als ästhetisch-politisch gewagten Bruch inszeniert, nimmt er nur vorweg, was andere nun folgsam nachahmen: eine seit seligen Punkzeiten musikalisch einsozialisierte Klientel zur Abnehmerschaft des poplinken Strategie-, PC- und Hipgeredes umzuorganisieren.

Im Selbstverständnis, als semiproletarisierter Bohemien einem »neuen linken Projekt« zu dienen, indem man mutig voranschreitet und Diskurse regiert, bevor die Akademie sie entdeckt (Deuleuze, HipHop, Medien), drückt sich frühzeitig der Wunsch aus, den Poptheoretiker in eine profitable Profession zu verwandeln. Der Betrieb hat's längst gemerkt, honoriert noch die eklektizistischsten Bemühungen und vermittelt das Gefühl, bei aller »Dissidenz«, der man ja verpflichtet bleibt, auch endlich dazuzugehören. Aus den »Dancing Politics« entwickeln sich, wie selbst die Zeitschrift »17 åC« nicht umhin kommt anzumerken, windige, verdruckste, mitunter brachiale Apologien der »Kultur«, denn man stellt nicht in Frage, wovon man lebt und wodurch man im Gespräch bleibt.

Daß erst jetzt stärkere Zweifel an der ach so radikalen politischen Diktion und Intention poplinker Publizisten angemeldet werden, ist, gelinde gesagt, verwunderlich. Schon vor Jahren konnte Diederichsen, der die Rezeptions- und Aneignungsgeschichte etwa des Blues zweifellos kenntnisreich rekonstruierte, mit seinem »Versuch ..., linkes Denken für heute positiv zu bestimmen«, dahingehend überzeugen, daß ohne den »Kunstkontext«, in dem sich Künstler wie Kritiker gleichermaßen retro- und prospektiv bewegen, und ohne die ihm eingeschriebenen Axiome des Widerstands (Dissidenz und Subversion) für die dumme Linke nichts mehr zu bestellen sei. »Komplizierter-Sein« und »politische Subjektivität in einem neuen Klassenkampf« lauteten die markigen Parolen (*Freiheit macht arm*, Köln 1993). Eine seiner gelehrigsten Weggefährtinnen auf dem Marsch in die halbautonome Zone subkultureller Arbeitsbeschaffung aber verstand nicht recht

bzw. doch sehr gut: Jutta Koether, Malerin und »Spex«-Autorin, verantwortete nicht nur den letztgültigen pikanten Diffizilrumms ihres Genres (*Kairos*, Berlin 1996), sondern exegiert darüber hinaus weiterhin unverdrossen lebende Ikonen der Popkultur. Jeder dritte Satz ihres Patti-Smith-Aufsatzes (»Spex« 7/96) haucht den faulen Atem postmoderner Kunstreligion aus. »Radikales Begehren. Alles verwenden, was einen berührt. Und keiner Form sich um der Form willen verschreiben« heißt nicht nur, daß sich der Popjournalist als Pop-Politiker seinem Role Model, der polyvalent-dissidenten Künstlerin anzuverwandeln versucht, sondern weit mehr: in einfacher Negation eines ja komplett obsoleten Autonomieverständnisses den Begriff der ästhetischen Differenz und des »Kulturellen« überhaupt zum Fetisch aufzumanteln, an den sich noch jedes halbseidene, kostenlose »Revolutionsbegehren« als Imagination der eigenen Subversivität anpappen läßt.

Insofern ist nur schlüssig, warum und wie das »Kunstforum« die aktuellsten Tendenzen im linken Popgeschäft lanciert. Von der »derzeit vielleicht stärkste(n) ... kulturellen Bewegung« ist die Rede, vom Ende des »hohl-virtuosen Kästchendenken(s)«, von »Dissidenz im Multipack« und »subversiver Dissidenz«, die es sich zur Aufgabe gemacht habe, »lustbetont« für eine Schnittstelle zwischen Pop und Politik, nicht aber evtl. Opposition zu sorgen.

»Angesagt ist vielmehr eine Befreiung, die von der Subversion der Selbstbestimmung spricht, die Selbstbestimmung als Selbstsubversion begreift«, kreist es drollig in sich selbst, und Frau Koether und ein paar andere mehr können zufrieden nicken. Gespannt darf man trotzdem sein, ob sich ein Programm wird einlösen lassen, das den bis dato letzten Stand in Sachen »Bündnispolitik« markiert: »Das Comeback von Pop und Populärkultur bricht ins Betriebssystem Kunst ein. Gemeinplätze über Pop werden neu geerdet ... Ja, generell gilt, daß die Kunst der neunziger Jahre versucht, den Käfig der Selbstbezüglichkeit zu sprengen und in andere Systeme hinein zu intervenieren.«

Da möchte unsereins dann besser nicht dabei sein.

Konkret 08/96, S. 46

Kay Sokolowsky

Umpolen

Ein Land im Bann der Doofen: Warum der neueste deutsche Humor so finster ist wie die Nacht. Wie die »RTL Samstag Nacht«

wo bleibb da

hummoooa

wo bleibb da

hummmmooooooa

wo bleibb darrr

hummmmmooooooooooa

darrr kööönich vonn

hummmmmmmmmooooooooooooooooooa

rrrrr

(Ernst Jandl)

Der beste Witz der »RTL Samstag Nacht« ist ihr Prestige. Seit zweieinhalb Jahren wird dort ein Humor vollstreckt, der so dumpf und debil ist wie nur je ein Sketch von Dieter Hallervorden oder eine Maske von Dieter Krebs. Doch die Claqueure der Sendung bei den angeschlossenen Journalen, beim »Spiegel«, der »Woche« und »Bravo«, werden nicht müde, ihren Lesern einzubleuen, sonnabends um kurz nach elf finde da etwas *ganz* Neues, Innovatives, und zwar, aber hallo, »Comedy« statt. Es hat zwar noch nie einer genau zu sagen gewußt, was das denn sein soll, »Comedy«, und heute, da die Clownsklone von RTL die deutschen Rechte an dem Begriff halten, weiß es erst recht keiner. Aber die Früh- und Spätpubertierenden der Republik lieben das lieblose Zeug, und mit ihnen, den reizvollsten Reklamekunden, verdirbt man es sich nicht gern. Und warum auch, wenn einem die falschen Zähne wackeln vor Lachen?

Daß einem Programm, das Hugo Egon Balder, der »Tutti Frutti«-Balder, als Produzent verwaltet, alles Mögliche, nur nichts Gutes zuzutrauen ist, verifiziert die Show seit der ersten Sendung. Doch eine Fernsehkritik, die Dieter Wedel, dem Schatten eines Mannes, huldigt wie dem Gesalbten, weil er so tapfer den kleinen Bruder von Oliver Stone spielt, konnte gar nicht anders, als auf die Eigenwerbung von »Samstag Nacht« hereinzufallen. Eine Fernsehkritik, die derart heillos in die Geschäfte ihrer Verleger verstrickt ist wie die heimische, die sich für investigativ hält, wenn sie im Auftrag von Bertelsmann auf Kirch resp. mit dem Segen Springers auf die Staatssender einprügelt – diese Kritik lag automatisch sofort auf dem Bauch vor der Courage, mit der die zusammengekaufte »Comedian«-Truppe alles durch den Kakao zieht, worüber Intendant Thoma kein Tabu verhängt hat.

»Samstag Nacht« ist wie alle anderen Programme von RTL nie mehr als eine Simulation gewesen, die Simulation einer Comedyshow nämlich, gleichwie das »Nachtjournal« Nachrichten oder Axel Schulz das Boxen bloß simuliert. Die Komiker, die sich da abstrampeln, sind erst durch die Sendung welche geworden; Stefan Jürgens, der gröbste Klotz der Truppe, kokettiert bis heute damit, er halte sich für »überhaupt nicht komisch«. Daß er damit restlos richtig liegt, trägt ihm erst recht einen krachenden Lacher von den Deppen ein, die samstagnachts nichts Spannenderes zu tun haben, als »Samstag Nacht« einzuschalten.

Zugegeben – zur Premiere der Sendung, im November 93, hegten auch hellere Köpfe als die von »Stern«-Redakteuren eine kleine Hoffnung auf etwas Neues, auf eine Show, die es vermeiden würde, Witze zu illustrieren, die schon ca. 1930 veraltet waren. Mit ihren Nobodys, die sich die Penetranz von Harald Juhnke oder Grit Boettcher erst einmal erarbeiten mußten, mit ihren Kulissen, die keinen Augenblick lang so taten, als wären sie aus eitel Eichenholz und nicht aus Pappe, verhieß die neue Sendung in der Tat den Umsturz aller bis dahin stattgehabten Darbietungen deutscher Fernsehkomik, nichts weniger. Denn zuvor galt als oberste Direktive, die rasende Armseligkeit der Pointen hinter überfüllten Bühnenbildern und dem gewaltigen gestischen Aufwand der Komödianten zu verstecken. »Samstag Nacht« reagierte darauf mit der ostentativen Ausstellung seiner Defizite. Die Akteure verpaßten ihre Einsätze, verhaspelten ihre Texte, lachten über den Gag, ehe sie ihn brachten; die Bildregie schnitt auf Nahaufnahme, wenn eine Halbtotale gefordert war, und schaltete um auf die fliegende Kamera, sobald die Dramaturgie ein ruhiges Bild verlangte; die Bühne war nur unwesentlich raffinierter als ein Bahnhofsklo ausgeleuchtet; und die Stellwände wackelten auf Schritt und Tritt.

All das wirkte in den ersten Sendungen durchaus erlösend. Wer je in der Verzweiflung seines Lebens »Ein verrücktes Paar« gesehen hat und darüber noch depressiver geworden ist – wer je als Kind verdammt ward, die entsetzlichen Sketch-

Einlagen in »Musik ist Trumpf« nachgerade herbeizusehnen, auf daß mit den Polkageräuschen, die drumherum sich austobten, wenigstens für fünf Minuten ein Ende sei – : Wer diese tadellos möblierte Vorhölle des Kleinbürgerhumors je kennengelernt hatte, war geradezu verpflichtet, die Niemande und den Dilettantismus von »Samstag Nacht« willkommen zu heißen. Um so größer die Enttäuschung bei den folgenden Veranstaltungen. Denn nun, da die Sensation der Jungfernnacht dahin war, offenbarte sich rasch, daß das Revolutionäre der Show ausschließlich in ihrer Unbekümmertheit um die geringsten technischen Standards bestand. Die Anschlußfehler, der übersteuerte Ton, das schlampige Make-up wiesen nicht nur auf einen äußerst geizig kalkulierten Etat hin. »Seht her«, signalisierten sie vorlaut, »in dieser Sendung braucht's keine gute Regie – die Witze tragen sich von selbst.«

An der stümperhaften Inszenierung der »Samstag Nacht« hat sich bis heute, da das Budget um einiges angeschwollen ist, nichts geändert; der Pfusch ist vielmehr noch forciert worden: Die netto 45 Minuten der Sendung wurden anfangs fünf Tage lang geprobt, inzwischen beläßt man es bei knapp drei Tagen und einem hastigen »Durchlauf«. Gerade weil keiner der »Comedians« begabt genug ist, um freihändig zu improvisieren, muß die Show so hastig und improvisiert wie möglich wirken. Täuschung, Fälschung, Simulation überall: »Live on tape« wird genannt, was vormals »Aufzeichnung« hieß, und spätestens am Freitagabend ist eine »Samstag Nacht« im Kasten.

Den Etikettenschwindel zu verantworten hat ein Mann, der als die Karikatur eines Conférenciers bei »Alles nichts oder« und »Tutti Frutti« seine RTL-Karriere startete und dabei mehr für die allgemeine Niveauversenkung im deutschen Fernsehen tat als irgendeiner außer Margarethe Schreinemakers. RTL-Programmdirektor Marc Conrad und sein Meister Helmut Thoma, die ihr jüngstes Format bestimmt nicht durch einen Mann von Takt und Bildung ruinieren lassen wollten, trafen mit dem »Executive Producer« Balder die denkbar beste Wahl. Sie wußten ja, daß er vor der Kamera einen Witz weder auswendig noch gar extempore zu erzählen vermochte und schon dies heillose Untalent ihn davon abhalten würde, die »Comedians« beim Hampeln zu stören.

»Samstag Nacht« simuliert eine Comedyshow, indem sie gleich mehrere simuliert – vom amerikanischen Original hat sie den Sound, von Monty Python die Neigung zur TV-Parodie, von Benny Hill die Furzbremse-im-Feinripp-Komik und von »Sketchup« die Restaurantszenen. Den Journalisten, die hierzulande Fernsehkritik simulieren und »Samstag Nacht« einen »Meilenstein« nennen, dürfte genau dieses Patchwork aus den Resten falscher Kleider am sympathischsten sein. Dennoch gehört mittlerweile, da »Die Doofen« alle Stunde aus dem Radio plärren und bald zwei Millionen CDs verkauft haben, eine schon gigantische Portion Ignoranz und, richtig: Doofheit dazu, vor der »neuen deutschen Spaßkultur« (so der »Spiegel« in einer Titelgeschichte, über die noch zu reden sein wird) nicht das Gruseln zu kriegen.

Denn wenn in diesem pedantischen Land etwas Erfolg hat, obwohl es ludrig und luschig gefertigt wurde, kann es nicht mit rechten Dingen zugehen, außer es geht mit rechten Dingen zu. Die »RTL Samstag Nacht« hat ihre immense Popularität nicht zuletzt den reaktionären Tendenzen zu verdanken, die sie bedient; und die knapp drei Millionen Zuschauer, die sich wöchentlich zuschalten, schätzen ihre Lieblingssendung besonders für die Lässigkeit, mit der hier alle Tabus gebrochen werden, die ein braver Neonazi eh nie gekannt hat.

Prinzessin le Bahia tropical

Waren Sie schon mal in Schwäbisch-Hall?

(Die Doofen)

Ein Traum: Wigald Boning geiert durch die Fußgängerzone, und gleich der erste, dem er das Mikro unter die Nase klemmt, haut ihm eine rein. Aber ehe es dazu käme, müßten die Leute ihren Heidenrespekt vor der Kamera verlieren, und davon kann man wahrlich nur träumen. Bonings Passantenverhöhnung, für ihren angeblich medienkritischen Effekt von den Apologeten der »Samstag Nacht« hymnisch bejubelt, ist tatsächlich Fernsehen in seiner selbstherrlichsten Form. Wenn Boning den Leuten befiehlt, eine Meinung zur »Münzampel für Fußgänger« zu haben, entlarvt er durchaus nicht das Straßeninterview als die niedrigste (und billigste) Form der Reportage, die es ist – er denunziert die Interviewten selbst. Völlig überrumpelt von dem Blödsinn, der ihnen mit der ganzen Autorität mobiler Fernsehtechnik aufgetischt wird, würden sie bei ihren hilflosen Versuchen, irgendwas zu erwidern, auch dann ziemlich alt aussehen, wenn sie es nicht längst schon wären. Denn Rentner sind Boning die liebsten Opfer; nicht nur, weil sie in ihren Quelle-Klamotten so *megascheiße* aussehen, sondern weil die Kids, auf die »Samstag Nacht« spitzt, gar nicht erst auf den Gedanken kommen sollen, daß die Erniedrigung, die den alten Säcken widerfährt, auch ihnen jederzeit droht. Kurz vor der Sommerpause drangsalierte Boning sein Stimmvieh mit der Frage, ob, wie »Forscher« neulich herausgefunden hätten, der Mensch denn wirklich »vom Elefanten abstammt«. Und wiewohl keins seiner Opfer auf diese Albernheit hereinfiel, kriegte das gutdressierte Publikum im Off sich schier nicht mehr ein vor Schadenfreude. Daß »Samstag Nacht« fortwährend mit Vorurteilen operiert – hier mit dem vom »blöden Spießer« – , besagt zunächst zwar nichts über die konservative Haltung der Show; ohne Klischee kommt

schließlich kein Witz aus. Komik jedoch, die das Stereotyp nicht desavouiert, sondern zementiert, hat den anarchischen Impuls, aus dem sie mal entstand, gründlich verraten und durch konforme Häme ersetzt.

Nicht zufällig bestehen die »Samstag Nacht Nachrichten« zu einem satten Teil aus Zoten der plattesten Sorte. »Milliardenloch immer größer«, verliest, am 18.5., Stefan Jürgens. »Die Popsängerin Madonna dazu beleidigt: ›Das ist doch normal nach einer Geburt.‹« Und gleich darauf Esther Schweins: »In Berlin ist jetzt das erste Handy für Schwule vorgestellt worden. Die Neuerung: Das Akku kommt nicht hinten rein, sondern unten.« Kann einen schon das Brechen ankommen bei Gagschreibern, die mit »Loch« automatisch Vagina und mit »schwul« sofort Analverkehr assoziieren, so bleibt einem nur mehr blankes Entsetzen über die Klientel, auf die solche Pointen spekulieren.

Den Alois-Brummer-Film, der wenig später von Sat.1 gezeigt wird, als Philister-Trash zu erkennen, dürfte dies Publikum sehr wohl in der Lage sein. Daß die Komik-Schablonen der Sexklamotte unverändert Eingang fanden in die »Samstag Nacht«, merkt es freilich nicht. Eine Jugend, die »Gaudimax« verachtet, weil die (inzwischen eingestellte) Veranstaltung so heftig nach eingenäßtem Stammtisch stank, sich aber in die Hose macht, wenn »Comedians« dieselben Witze reißen – diese Jugend betreibt den Haß auf die Alten, der ihr sehr wohl zusteht, nur noch der Form halber. Eine der neueren Rubriken der Show heißt »Samstag Nacht Senior«; doch der Spott, der da verteilt wird, hat so gut wie nie mit der unvergleichlichen Selbstgerechtigkeit deutscher Greise, sondern durchweg mit deren Altersgebrechen zu tun. Nicht die Unverfrorenheit, mit der in die Neunziger gekommene Völkermörder sich aufblasen und ihren Nachfahren moralische Imperative erteilen, ist Anlaß zur Satire, sondern Alzheimer und Inkontinenz.

Die »Samstag Nacht« wird mit Recht eine »Kult«-Sendung genannt. Gleichwie ihre Fans allen über 30 nur darum mißtrauen, weil dergleichen nun mal zu den Riten einer ordnungsgemäßen Pubertät gehört, entleert die Show jede komische Form, die sie kopiert, im Nu zum bloßen Ritual. Legitimiert als »running gags«, wiederholen sich die Witze des Programms ad infinitum. Nicht die Pointe ist wichtig, sondern ihre serielle Fabrikation. Darum nimmt die »Tagesthemen«-Parodie, die in der ersten Folge kaum eine Viertelstunde dauerte, heute mehr als die Hälfte der Sendezeit in Anspruch: Nichts leichter zu treffen als der hohle Ton der Nachrichten, nichts schneller geschrieben als eine dämliche Schlagzeile. »Es ist ‘ne Fließbandnummer, die wir hier machen«, sagt Balder ohne eine Spur von Scham.

Höllisches Gejohle rast durchs Atelier, wenn Stefan Jürgens ansagt: »Karl Ransayer ist tot«, denn er wird jetzt zum etwa fünfzigsten Mal die Vita eines Vollidioten variieren; rasend witzarm wie immer (»schoß seinem Sohn die Birne unterm Apfel weg«). Die Travestie eines Nachrufs, um die es hier einst ging, hat ihre, bescheidene, Komik längst verloren; und gerade darum findet’s die Kundschaft saukomisch. Im ritualisierten Humor der »Samstag Nacht« muß niemand eine Überraschung befürchten. Es geht da so vorhersehbar zu wie in Ostfriesen- und Blondinenwitzen; und ebenso dumpf.

Olli Dittrich, der Mann mit den tausend Masken und Stimmen, die leider stets aussehen und klingen wie Olli Dittrich, verwaltet seit einiger Zeit im »Nachrichten«-Block der Show die Abteilung »Spocht«, die ihm freilich bloß als Vorwand dient für Kalauer, von denen empfindende Menschen schier seekrank werden möchten: »Zum Schluß noch ein Ergebnis vom Rechnen: Sieben.« In der Wortspielhölle der »Samstag Nacht« ist Dittrich der Oberteufel, und kommt er einmal in Schwung, passiert ihm schnell ein Satz wie dieser: »Umpolen. Immer mehr Mercedesfahrer machen einen großen Bogen um Polen.« Begleitmusik von Stefan Jürgens: »Opel will in Polen eine Autofabrik errichten. Mit dem Klauen der Werkseinrichtung soll im Sommer begonnen werden.« Und Harald Schmidt, der im kleinen Finger soviel Talent hat wie alle Chargen der »Samstag Nacht« zusammen, aber gleichfalls keine Sekunde lang nachdenkt über die Instinkte, die er befriedigt, rasselt in seiner Show die Polackenwitze wie besessen herunter. Der Fabrikhumor hat eine neue Serie auf dem Markt; und die ist endlich so offen reaktionär, wie diese aufgeschwemmte Nation ihre Lachware längst schon haben wollte.

In Deutschland macht sich eine neue Generation von Spaßverliebten breit, deren Sinn für Nonsens, Blödelei, Parodie, Sarkasmus, Ironie, überhaupt für intelligente Unterhaltung ohne metaphysischen Hintersinn das bewährte Humor-Elend überraschend aufhellt.
(»Spiegel«, 8/96)

Die Lieblingskomiker der Generation, die intelligente Unterhaltung überhaupt zu schätzen weiß und für ihre Lachlust durchaus auf die metaphysischen Hintersinnigkeiten von Fips Asmussen, Rudi Carrell und Otto Waalkes verzichten kann – die Lieblingsclowns der Deutschen heißen derzeit: Die Doofen. Der anonyme »Spiegel«-Redakteur, der Anfang des Jahres eine bemerkenswert verqualmte Titelgeschichte zur »deutschen Spaßkultur« ausdampfte, wußte das, und vielleicht ahnte er sogar, daß der Humor, der sich derzeit so prächtig verkauft, nichts als die verschlechterte Neuauflage der »Blödelwelle« in den 70ern ist. Die Botschaft aber, mit der die Chefetage ihn beauftragt hatte, hieß: »Von jeher wirken die Deutschen nicht besonders komisch auf die Welt. Doch nun ändert sich das Bild.«

Das ist pure Projektion: Boning und Dittrich sind außerhalb der Nation etwa so bekannt wie Durs Grünbein; und wie ausgerechnet die neudeutsche Beziehungskomödie, die als Exportgut nicht mal unter ferner läuft, die »nichts von der Welt

sehen will außer sich selbst« (Georg Seeßlen), es geschafft hat, das Ausland von der »ungeahnt selbstironisch wirkenden Leichtigkeit« (»Spiegel«) zu überzeugen, mit der es sich hier neuerdings leben läßt – stellt ein Rätsel, das vier Millionen Arbeitslose zusammen nicht lösen könnten. Die Deutschen amüsieren sich heute weder lauter noch unbeschwerter als, sagen wir, vor sechzig Jahren; und daß »Kraft durch Freude« entsteht, wissen sie seither sowieso. An ihrem trüben Bild in der Fremde wird Katja Riemann, die legitime Erbin Ilse Werners, eher gar nichts ändern; und allzu viel Hoffnung sollten sie nicht mal in Helge Schneider setzen, mag der auch das größte Mißverständnis sein, das sie seit Karl Valentin je mit einem Komiker hatten. Aber zur »neuen Rolle in der Welt«, die Deutschland sich verordnet hat, fehlt immer noch ein neues Image; und wenn schon kein Mensch dran glaubt, muß es eben herbeigefaselt werden.

Die Doofen bleiben unter sich, und dieses exportabhängige Land sollte bloß froh sein, daß keiner seiner Handelspartner mitbekommt, was die Eingeborenen zum Lachen finden. Der Triumph der »Samstag Nacht« und ihrer freien Mitarbeiter verdankt sich einer gleichsam explodierten Begeisterung für das Vulgäre. Tom Gerhardts Kunstfigur »Tommy« wird nicht etwa für abscheulich, sondern für »voll normaaal« gehalten; die Halbbildung, mit der Boning sich bei jeder Gelegenheit, z.B. im Fragebogen der »FAZ«, brüstet, gilt schon als intellektuell; und der erste große Hit, den er mit Dittrich hatte, mußte einfach »Mief« heißen. Der Fan der »Samstag Nacht« hat sich mit der Ohnmacht, in der er gehalten wird, abgefunden, weil er sich einredet, daß er, wie Boning oder Schmidt, auf alles pfeifen könne. »Wir«, sagt Jacky Dreksler, Balders Kompagnon, »haben keine weltanschauliche Ausrichtung, wir haben keine moralische Philosophie, keine politische, und wir haben auch keine religiöse Philosophie. Wir machen einfach nur Quatsch.« Doch keinen guten.

Die Doofen bleiben unter sich; warum das so ist und wer uns dieses Surrogat von Humor eingebrockt hat, erklärt Marc Conrad, Thomas rechte Hand, pfeilgrad so: »In den KZ seien eben zu viele Juden vergast worden. ... ›wir kriegen das einfach nicht hin‹« (»Spiegel«, 35/95). Er meint das Komische, nicht das Vergasen.

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 6/96 über Harry Mulisch

Konkret 08/96, S. 49

Cristina Fischer

Wer ist bloß Ernst Jünger?

Wie ein oberbayrischer Lehrer sich müht, einige Ungerechtigkeiten der deutschen Literaturgeschichtsschreibung zu korrigieren

In einer seltenen Anwandlung politischer Rigorosität hat Thomas Mann nach dem Ende des 2. Weltkriegs erklärt, die Bücher, die im nationalsozialistischen Deutschland erschienen seien, gehörten samt und sonders auf den Müll. Friedrich Denk, Deutschlehrer am Gymnasium des oberbayrischen Städtchens Weilheim, ist ganz anderer Meinung, und auch der Berliner »Tagesspiegel«, der in einer fast ganzseitigen Hymne auf Denks Buch *Die Zensur der Nachgeborenen* (Weilheim 1995, Selbstverlag) behauptete, die Öffentlichkeit habe »keine Ahnung davon, daß es im sogenannten tausendjährigen Reich, das ja Gott sei Dank im Vergleich zu anderen Diktaturen, die wir kennen, eben doch nur 12 Jahre dauerte, eine regimekritische Literatur von beträchtlichem Umfang gegeben hat ... Sozialistische Nazigegner wie Bredel, Becher und Co. werden seitenlang abgehandelt. Aber wenn es sich um liberale oder konservative Nichtnazis handelt, verwechselt man ihre Werke, handelt sie summarisch ab oder übergeht sie schlicht, alles nach dem Motto: Es sind ja nur die Rechten, da muß man nicht so genau hingucken.«

Das Titelbild des Denk-Buches hat der »Tagesspiegel« abgebildet und mit der Unterschrift versehen: »Zu Unrecht Vergessene sehen dich an.« Aus der Mitte dieser Vergessenen blickt das gütige Gesicht der alten Ricarda Huch. Daneben Ernst Jünger, Gertrud Fussenegger, Werner Bergengruen und andere.

Als einen der besonders tragischen Fälle vergessener Schriftsteller muß man in der Tat Ernst Jünger hervorheben, der im letzten Jahr in aller Stille und unbemerkt von der Öffentlichkeit seinen 100. Geburtstag beging. Gerüchten zufolge wurde ein Redakteur des »Tagesspiegel«, der zu diesem Anlaß heimlich auf einer Handpresse ein Flugblatt drucken wollte, im Keller seines Hauses dabei überrascht und sofort erschossen. Autoren wie Heiner Müller und Rolf Hochhuth, die sich öffentlich zu Jünger bekannten, sind, obwohl als Linke getarnt, kurz darauf mit Schreibverbot belegt (Hochhuth) bzw. ums Leben gebracht worden (Müller).

Dabei ist Jünger nicht nur ein Beispiel für die innere Emigration der Schriftsteller im Dritten Reich. Aus Protest gegen das faschistische Regime hatte er 1941 seinen Beruf an den Nagel gehängt und war als Hauptmann im Stab des deutschen Militärbefehlshabers nach Paris ins Exil gegangen. Dennoch wurde er seit 1945 nach allen Regeln der Literaturkritik und der öffentlichen Bloßstellung gequält. Er erlitt nach 1955 mindestens sechs Literaturpreise, darunter den Schiller-Preis (1974) und den Goethe-Preis (1982) sowie das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband (1985). Zum Vergleich: Gottfried Benn, der nur bis 1934 Nazi gewesen war, kam mit dem Büchner-Preis (1951) davon. Der Pfarrer und Lazarettgeistliche Albrecht Goes, der von 1933 bis 1945 vierzehn Bücher publiziert und drei weitere herausgegeben hatte, mußte hingegen neben dem Lessing-Preis (1953) das Große Bundesverdienstkreuz (1959) und andere Auszeichnungen sowie den Ehrendoktor (1974) und den Titularprofessor (1979) einstecken.

Daß Ernst Jünger, anders als Heiner Müller, noch lebt, ist ein Zeichen und eine Fügung. Das beweist der Fall Gerhart Hauptmann. Seines Namens, gänzlich im roten Duster der Ignoranz versunken, werden sich nur wenige überhaupt erinnern. Der 84jährige, der im letzten November seinen 133. Geburtstag hätte feiern können, fiel einer Intrige des späteren DDR-Kulturministers Johannes R. Becher zum Opfer, der den Schlesier kurz nach dem Krieg unter dem Vorwand, ihn retten zu wollen, umbrachte und auf einer einsamen Insel (Hiddensee) vergraben ließ.

Ähnlich grausam endete das Leben Ricarda Huchs. Dazu ein Lexikoneintrag (Brauneck): »Nach dem Zusammenbruch 1945 suchten Vertreter der russischen Besatzungsmacht sie für die Mitarbeit am kulturellen Wiederaufbau zu gewinnen; sie verhielt sich jedoch zögernd und übersiedelte 1947 mit der Familie in den Westen, wo sie wenige Monate später starb.« Selbst die Flucht in den Westen hatte die große Dichterin also nicht retten können. Was Wunder, denn die »Zensur der Nachgeborenen« wurde gerade in der BRD besonders scharf geübt.

Friedrich Denk verweist mehrmals darauf, daß es DDR-Germanisten waren, die den »inneren Emigranten«, Schriftstellern wie Huch und Hauptmann, Nachsicht und gerechte Bewertung angedeihen ließen – offensichtlich eine arglistige Verstellung, die der DDR-Wissenschaft den Anschein der Objektivität geben sollte.

Der »Tagesspiegel« zumindest hat es so verstanden: »Ist uns bekannt, daß es in Nazi-Deutschland, anders als in der DDR, keine amtliche Vorzensur gab? Daß die nachträgliche Prüfung belletristischer Bücher durch das Amt Rosenberg nur ungefähr 15 Prozent erfaßte?« Das »Dritte Reich« war eben vor allem ein Reich der Freiheit.

Besonders engagiert sich Denk für die österreichische Schriftstellerin Gertrud Fussenegger. Ihr sind die ersten 127 Seiten und viele weitere Passagen seines umfangreichen Werkes gewidmet. Das ist verständlich. Ein Blick auf ihre Bibliographie weist sie als eine nach dem Krieg mundtot gemachte und unterdrückte Schriftstellerin aus: Von 1948 bis 1987 hat sie lediglich 43 eigene Bücher veröffentlichen und einige andere herausgeben dürfen. Auch sie ist der Infamie der

Preisverleihungen nicht entgangen. Nur einmal konnte sie sich erfolgreich zur Wehr setzen: Den Adenauer-Preis der als rechtsextrem geltenden Deutschlandstiftung lehnte sie 1983 ab, um weiterem linken Terror – der sich dann besonders vor und nach der Auszeichnung mit dem Jean-Paul-Preis 1993 gegen sie richten sollte – vorzubeugen.

»Alle reden vom Nationalsozialismus. Aber wieviel wissen wir tatsächlich vom Dritten Reich?« fragt der »Tagesspiegel« zu Beginn seiner Rezension. Da drängt sich die Gegenfrage förmlich auf. Alle reden vom Nationalsozialismus. Aber wohin treibt die Bundesrepublik?

Eine Frage, die sich dank der Arbeit eines oberbayrischen Oberlehrers, der den »Völkischen Beobachter« und die bundesdeutsche Presse – besonders aus der Zeit nach dem »Anschluß« der DDR – pedantisch auf linke Akzente untersucht hat, nun endlich beantworten läßt.

Friedrich Denk: *Die Zensur der Nachgeborenen. Zur regimekritischen Literatur im Dritten Reich.* Denk-Verlag. Weilheim i. O. 1995, 480 S., 29,80 Mark

Cristina Fischer studiert Romanistik und lebt in Greifswald

Konkret 08/96, S. 50

Nanni Dandorfer

Buch & Deckel

Antifaschistisches Autorenkollektiv: Drahtzieher im braunen Netz, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1996, 270 S., 34 Mark

Drahtzieher im braunen Netz, herausgegeben von einem antifaschistischen Autorenkollektiv, unterscheidet sich von der 1992 in der edition ID Archiv erschienenen gleichnamigen Ausgabe in mehrfacher Hinsicht. Die Verbindungslinien zwischen verbotenen Organisationen der Neonazis und legal operierenden rechten Kreisen, die bis in den rechten Rand der bürgerlichen Justiz und Politik hineinreichen, sind umfassender und sorgfältiger strukturiert dargestellt. Das Register zu Personen und Organisationen ist ausführlicher geworden und macht das Buch als Nachschlagewerk über die für Außenstehende diffuse Organisationsstruktur der Neofaschisten sehr brauchbar. Weggefallen ist eine Analyse der gesellschaftlichen Bedeutung der sich neu formierenden Rechten und eine politische Bewertung der Antifa-Arbeit, die in der alten Ausgabe ein ganzes Kapitel einnahm.

Um der engen Verflechtung österreichischer und deutscher Neofaschisten gerecht zu werden, bezieht der Band beide mit ein. In Österreich ist das Zusammenspiel von neonazistischer Militanz und in die bürgerliche »Mitte« integrierter Politik noch weitaus offensichtlicher als in der BRD. Die Reaktion der österreichischen Öffentlichkeit auf die Briefbombenattentate und die staatliche Verschleppungs- und Verschleierungstaktik bei ihrer Aufklärung ist allerdings durchaus vergleichbar mit dem Vorgehen der deutschen Ermittlungsbehörden im Falle des Lübecker Brandanschlags.

Das Verbot mehrerer neonazistischer Gruppen in den letzten Jahren sollte den Eindruck erwecken, daß gegen Rechtsextreme wirkungsvoll vorgegangen werde. Die Recherchen des Autorenkollektivs belegen dagegen, daß Gruppen wie die Nationalistische Front in leicht veränderter Form ungehindert weiteroperieren. Nicht wenige der mordenden und brandstiftenden »Einzeltäter« der letzten Jahre waren übrigens in der Nationalistischen Front organisiert. Die Fakten, die das Handbuch zum deutsch-österreichen Netzwerk der Neonazis zusammenträgt, machen deutlich, daß die anhaltende Verharmlosung der neofaschistischen Aktivitäten sachlich nicht gerechtfertigt, sondern politisch gewollt ist.

Konkret 08/96, S. 50

Peter Nowak

Buch & Deckel

Wolfgang Purtscheller (Hg.): Die Rechte in Bewegung. Seilschaften und Vernetzungen der »Neuen Rechten«. Picus-Verlag, Wien 1995, 201 Seiten, 34 Mark

Noch Ende letzten Jahres waren Jörg Haider und seine Partei fast täglich in den Schlagzeilen. Doch nach den letzten Bundesratswahlen in Österreich, bei der die erwarteten Stimmenzuwächse für die FPÖ ausblieben, verschwand er aus den Medien. Sehr zur Zufriedenheit jener politischen Kräfte, für die Haider und seine Bewegung weiterhin auch in der BRD Vorbildfunktion haben.

Die Journalisten Peter Mayer und Klaus Zellhofer zeichnen in dem von Wolfgang Purtscheller herausgegebenen Buch *Die Rechte in Bewegung* nach, wie der Aufstieg des Chefs der Freiheitlichen in den unterschiedlichsten Spektren des Rechtskonservatismus und des Neonazismus der BRD zum Modell wurde. Der langjährige NPD-Funktionär und Redakteur der neonazistischen Zeitschrift »Nation/Europa«, Peter Dehoust, brachte es auf den Punkt: »Jörg Haider ist für alle Rechten, die ich kenne, das Optimum einer Lösung; auch hier für Deutschland.« Allerdings ist die rechte Szene über die Umsetzung dieser Strategie zerstritten. Einige setzen auf Kleinstparteien wie den vom ehemaligen EG-Kommissar Brunner gegründeten »Bund freier Bürger«, für den Haider persönlich, aber erfolglos auf Wahlkampftournee ging. Andere wollen Haider direkt kopieren und die marode FDP von innen übernehmen.

Zu ihnen zählt Hans Ulrich Pieper, dessen bewegte politische Vita über NPD und Republikaner nun in die Berliner FDP geführt hat. Pieper sorgte Ende 1994 mit seinen Dienstagskreisen für Schlagzeilen. Hier traf sich eine Runde, die selbst der Berliner Verfassungsschutz als »schmissig-rechts bis rechtsradikal« einstufte. Einer der Referenten dieser über die »Junge Freiheit« annoncierten Veranstaltungen war Jörg Haider. Seinen Job beim Berliner Innensenat war Pieper zwar bald los. Doch die Parole »Von Haider lernen heißt siegen lernen« ist weiterhin sein Leitmotiv.

Weitere Beiträge des Buches setzen sich mit der Kulturpolitik der Freiheitlichen, ihren eng mit militanten Neonazis verbundenen Studentenorganisationen sowie mit der bisher kaum beachteten Stellung von Frauen in deren Organisationen auseinander. Im letzten Kapitel wird der österreichische Zweig des Vereins zur Förderung psychologischer Menschenkenntnis (VPM) und dessen Zusammenarbeit mit konservativ-katholischen Kreisen untersucht. Auch der VPM ist hierzulande kein Unbekannter. Als er 1993 von der Bundesregierung in eine Sektenbroschüre aufgenommen werden sollte, schaltete in der »FAZ« eine illustre Runde eine Solidaritätsanzeige. Neben verschiedenen Haiderparteigängern bekundete der Berliner CDU-Rechtsaußen Lummer seine Solidarität.

Konkret 08/96, S. 50

Kay Sokolowsky

Buch & Deckel

Orson Welles: Mr. Arkadin. Übersetzt von Michael Farin und Hans Schmid. Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins, Hamburg 1996, 380 S., 27 Mark

Zeit seines erstaunlichen Lebens ist Orson Welles ein begnadeter Taschenspieler und Aufschneider gewesen. Sehr wohl wissend, daß an einer Biographie vor allem ihre Rätsel faszinieren, hat er falsche Fährten gelegt, wo er nur konnte. Die größte Filmfigur, die er sich je auf den mächtigen Leib schrieb, Charles Foster Kane, ist groß dank ihrer Undurchsichtigkeit; und die Reporter, die dem Geheimnis von »Rosebud« nachspüren, stehen schließlich so ratlos vor dem monströsen Nachlaß des Bürgers Kane wie Orson Welles' Biographen vor dem Trümmerfeld seiner Karriere.

Es läßt sich z.B. nur annehmen, nicht aber beweisen, daß der Roman *Mr. Arkadin*, der im gleichen Jahr, 1955, wie Welles' gleichnamiger Film erschien, tatsächlich auch von ihm geschrieben worden ist. »Nicht ein Wort« in dem Buch habe er verfaßt, deklamierte er einmal; doch als man ihn auf Kritiken hinwies, die den »wunderbaren Stil« gelobt hatten, raunte Welles: »Na, vielleicht habe ich's ja doch geschrieben.« Er mußte sich bestimmt nicht dafür schämen. Die Geschichte des Milliardärs Arkadin wirkt, obschon eher routiniert als »wunderbar« erzählt, gerade so bizarr und verwirrend, wie man es von Welles erwarten darf.

Der Nabob hat eine Vergangenheit, die so dunkel ist, daß selbst er sich nicht an das erinnern kann, was vor 1927 geschah. In seinem Auftrag sucht Guy van Stratten, ein charmanter Ganove, in der halben Welt nach Zeugen für Arkadins junge Jahre. Und merkt erst, als sich die Leichen um ihn stapeln, daß er für eine ganz andere Rolle als die des Detektivs engagiert wurde.

Mr. Arkadin ist ein Thriller, den man wegfrißt wie Erdnüsse, ein morbides Märchen aus der Hochfinanz und eine hellsichtige Parabel auf die Paranoia des Eiskalten Krieges. Was für ein Film daraus geworden wäre!, wenn nicht, wie so oft bei Welles, der Produzent das Werk verstümmelt hätte – wie tief »Der dritte Mann« in die Geschichte verwickelt ist – : Darüber klären Michael Farin und Hans Schmid in einem vorzüglichen Nachwort auf. Vorzüglich auch darum, weil es die Mystifikation, die der Meister mit dem Buch betrieb, gründlich, aber respektvoll zerlegt.

Konkret 08/96, S. 51

Jürgen Roth

Buch & Deckel

Philip Kerr: Das Wittgenstein-Programm. Rowohlt Taschenbuch, 412 S., 14,90 Mark

Der Eindruck wäre nicht ganz falsch, die Lektüre des Kriminalromans *Das Wittgenstein-Programm* verlange nach dem begleitenden Besuch einer Vorlesung über die Geschichte der Philosophie, zumindest ein Curriculum in Sachen Ludwig Wittgenstein. Zwar kennt beinahe jeder das aus dem *Tractatus logico-philosophicus* (1922) stammende Axiom: »Worüber man nicht sprechen kann, darüber soll man schweigen«, weniger gegenwärtig aber dürfte Wittgensteins – später widerrufener – Versuch sein, mit jenem Werk streng analytisch den Positivismus des Wiener Kreises auf dessen eigenem Terrain zu überbieten. »Die Welt ist alles, was der Fall ist«, somit alles, was nicht der Fall ist, nicht zur Welt gehörig. Ein Ausschließungskriterium wie dieses, das im Vollzug der Logik paradoxerweise auch die vermeintlich ad acta gelegten Fragen der Ethik, Ästhetik und Metaphysik der begrifflichen Beherrschung zu unterwerfen versucht, führt jedoch schließlich zur Sprengung der positivistischen Glaubenslehre, es sei nur real, was real sei. »In der Logik ist nichts zufällig«, lautet noch Satz 2.012. Später gilt folgerichtig die »Ethik«, das systematisierte schlechte Gewissen der herrschenden Klasse, als »unaussprechbar« – es »kann keine ethischen Sätze geben«, und an dieser Grenze zur Uneinholbarkeit klassischer Wertorientierung, die dem Subjekt im positivistischen Programm zuvor von den Schultern genommen worden war, steht gleichwohl jene Reflexion auf die Endlichkeit, von der bürgerliche Philosophie seit jeher ihren Grund bezog: »Der Tod ist kein Ereignis des Lebens. Den Tod erlebt man nicht« (6.4311).

Die vom Logischen Positivismus und der Ordinary Language Philosophy im sog. »linguistic turn« angestrebte Befreiung von Sinnkriterien und Subjektkohärenz, der Abschied von den Evidenzen und Wesensbestimmungen der Bewußtseinsphilosophie mündeten in die Auffassung, »daß alle übrigbleibenden philosophischen Fragen logische Fragen sind« (Rudolf Carnap). Wittgenstein aber greift, wo ihm die ethische Existenz nurmehr als ästhetische zu rechtfertigen ist, auf Moti-ve des Fin de siècle zurück. »Ethik und Ästhetik sind eins«, und jene Daseinsanalytik, die der *Tractatus* nicht verfolgen sollte, wird dort wieder eingeholt, wo sich Erkenntnis als Abfolge alle Fragen ein für allemal beantwortender Konklusionen darstellt.

Der Austreibung der Geschichte aus der Philosophie entsprach auf wissenschaftlichem Terrain das Ausstreichen jedweder gesellschaftlicher Erfahrungen: Verstand sich der Logische Positivismus als radikale Philosophiekritik, so stellte er schließlich doch nur die Begriffsstrukturen der instrumentellen Vernunft bereit. Logische Verfahren zielen auf Klassifikation, Registrierung und schematische Behandlung ihrer Gegenstände. Im Jahr 2013 nun hat, erzählt Philip Kerr, ein solches Denkverfahren längst Eingang in den Polizeiapparat gefunden. Mit Hilfe des computergestützten Lombrosoprogramms werden genetisch auf Aggression geeichte und deshalb potentielle Gewalttäter erfaßt und einer, wie es heißt, freiwilligen Hormontherapie unterzogen – natürlich unter Wahrung des Datenschutzes. Einige der Erfaßten tragen als Codes die leuchtenden Namen von Philosophen. Unter ihnen befindet sich auch ein »Wittgenstein«, dem es aber durch Zufall gelingt, in das Lombrosoprogramm einzudringen und die ihn betreffende Datei zu löschen. Daraufhin macht er sich daran, seine erfaßten »Brüder« aus der Welt zu schaffen. Zunächst wird über diesen systematischen Zusammenhang einer Reihe von Morden in London nichts bekannt, bis Chief Inspector Jakowicz mit Hilfe eines Computerspezialisten und eines Philosophieprofessors dem Täter nach und nach auf die Spur kommt, indem man sein scheint□s streng logisches Vorgehen rekonstruiert.

»Wittgensteins« modus operandi als Serienkiller gleicht sich in den von Kerr parallel zur Ermittlungsgeschichte wiedergegebenen methodischen Selbstreflexionen dem Entwicklungsgang des *Tractatus* an; gegen Ende brilliert er durch eine an de Quincey geschulte ästhetische Rechtfertigung des Mordes, die er der Kommissarin via Teletelephon zur Kenntnis bringt, wie ja deren zum Serienmord äquivalente Tätigkeit der Aufklärung von Ereignisreihen schon Brecht zufolge den sprachanalytisch-philosophischen Verfahren sehr ähnlich ist. Bezeichnenderweise nennt der Killer »Wittgenstein« seine Notizbücher nach den posthum publizierten Schreibheften des Philosophen »Braunes Buch« und »Blaues Buch«. Doch »Wittgenstein«, so sehr er am Verhältnis von Sprache, Denken und Wirklichkeit herumlaboriert, um sich sein Vorgehen selbst verständlich zu machen, handelt strikt nach der vom Staatsapparat vorgegebenen Methode des »Logischen«. Philosophische Meditationen, die er als »Dienst an der Gesellschaft« begreift, weil sie zur Auslöschung von potentiellen Schwerverbrechern führen, exekutieren bloß *Tractatus*-Sätze in strenger Einhaltung ihrer von der Vorlage geforderten Reihenfolge. Erst als es zur Kontaktaufnahme zwischen ihm und der Kommissarin kommt, wird sein Selbstbildnis brüchig in dem Maße, wie auch der Ermittlungsapparat auseinanderfällt. Auf eigene Faust versucht Jakowicz, »Wittgenstein« zu fassen – und begibt sich damit in eine stetig größer werdende Nähe zum Objekt ihrer kriminalistischen Begierde, die schließlich im Moment der Vollstreckung des Urteils am Delinquenten zur Entdeckung des Ethos einer ästhetisch konnotierten wenn nicht Liebes-, so doch freundschaftlichen Beziehung führt.

Für diesen letzten im *Tractatus* vorgesehenen Fall des philosophischen Exerzitiums außerhalb der reinen Sphäre des Logischen hat der Staat bei Kerr allerdings als zu verhängendes Strafmaß nicht die Todesstrafe, sondern das »Schlafkoma«

vorgesehen, den jämmerlichen, perfiden Triumph einer scheinhaften Humanität, wo doch nur triumphiert, was dem System Stabilität verleiht: die schlechte Unendlichkeit der instrumentellen Vernunft als »Unzeitlichkeit«, denn »Gott offenbart sich nicht in der Welt« (*Tractatus*, 6.432), und wäre es jener, der die Verhältnisse umkehrte.

Konkret 08/96, S. 52

Gabriele Werner

Neue Fronten

Warum eigentlich, so fragte eine Kunstgeschichtsstudentin aus Oldenburg, heißt die zur Zeit in Berlin zu sehende Ausstellung des Europarats »Kunst und Macht«? Gute Frage

Eine mögliche Antwort gibt die »Einführung« zur Ausstellung im Deutschen Historischen Museum/Berlin (DHM) »Kunst und Macht im Europa der Diktaturen 1930-1945«: »In diesem Ländern (Sowjetunion, NS-Deutschland, Italien und Spanien, G.W.) werden die Trennlinien zwischen Kunst und Politik verwischt und die Künstler gezwungen, Partei zu ergreifen.« Eine interessante Aussage, wenn man überlegt, welche Auffassung von Kunst diesem Satz vorausgeht. Wird doch mit ihm behauptet, es gebe Kunst, die außerhalb von Politik stehen könne. Oder mit des Kanzlers Worten: »Kunst ist frei ... Verkauft ein Künstler seine Seele an ein politisches Sytem, so endet im eigentlichen Sinne seine Existenz als Künstler.«

»Freie Kunst« wird im Katalog zur Ausstellung gleichgesetzt mit »Moderne« und»Avantgarde«. Als ihr Antagonismus wird eine »Kunst der Diktatoren« behauptet. Daß bei einer solchen Zweiteilung Vorsicht geboten ist, wissen die Ausstellungsmacher. Also verfängt sich das DHM in feinsinnig klausulierten Sätzen wie: »Es gibt keine einfache Kongruenz von Radikalismus oder Konservativismus in der Kunst und in der Politik. In manchen Fällen kann die historische Bedeutung eines Werkes durchaus seinem künstlerischen Wert entgegenstehen.« Es gibt also etwas, das historisch von Bedeutung, aber künstlerisch wertlos ist, und es gibt künstlerisch Wertvolles, das historisch ohne Belang ist? Diese leicht verworrene Argumentation zeigt schon das größte Problem der Ausstellung: Sie kollidiert immer wieder mit dem eigenen Anspruch, einen Kunstbegriff zu retten, der Kunst und Künstler als autonom und das Ergebnis »schöpferischer Begabung« als individuelle Meisterleistung feiern möchte.

Nun ist »Kunst und Macht« aber eine Ausstellung über politische Propagandakunst, womit beides gemeint ist: Staatskunst und die des aktiven und passiven Widerstands. Kunst also, die Stellung bezog, sich in den Dienst nehmen ließ, die für oder gegen etwas argumentierte, die sich verweigerte. Mithin also nicht frei war? Die Beantwortung dieser Frage wird dort umgangen, wo es um die politisch korrekte Kunst des aktiven und passiven Widerstands geht. Diese sei nämlich entweder »der (modernen) Kunst verpflichtet« – man beachte die Klammer! – oder aber dem »kulturellen Erbe« des Landes. Die Rede von »der Kunst« wird also dahingehend präzisiert, daß es neben den vielfältigen Bilderzeugnissen in der Ausstellung noch eine Kunst außerhalb ihrer gibt. Bestehen bleibt aber die dem Ausstellungskonzept inhärente Behauptung, man könne Macht an Kunst ablesen.

Seit geraumer Zeit ist man sich darüber einig, daß die Behauptung, »braun« sei gleich »rot«, eine Bequemlichkeit des Kalten Kriegs gewesen sei. Man könne, so die Ausstellungsmacher von »Kunst und Macht«, den sozialistischen Realismus nicht einfach mit der faschistischen Kunst der dreißiger Jahre in Deutschland und Italien in einen Topf werfen. Einerseits also wird damit die Möglichkeit angeboten, endlich genauer hinzusehen. Andererseits aber gibt es natürlich nicht eine bzw. gar *die* faschistische Kunst in Italien und Deutschland. Und Eric Hobsbawms Versuch, in seinem Katalogbeitrag Kriterien zu benennen, die alle Kunst der Diktaturen als solche kenntlich machten: anti-avantgardistisch, pompös, populistisch, vergangenheitsorientiert, langt nicht hin, um für jedes Land anzugeben, was 1987 die Ausstellung »Inszenierung der Macht« der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK) in Berlin für den Nationalsozialismus zu zeigen versucht hat, nämlich »wie in der Inszenierung der faschistischen Macht verschiedenste Faszinationen gebündelt und ästhetische Formen ... ihre Wirkung tun konnten – und so noch können«. So tut sich »Kunst und Macht« etwas schwer mit dem eigenen Begriff von »Kunst« – und damit auch mit der Behauptung, Kunst, gar noch eine bestimmte, spiegele Macht(verhältnisse).

Die Aufweichung der Fronten zwischen einer nicht nur künstlerischen, sondern zumeist auch linken Avantgarde und einem rechten Populismus beginnt schon in der spanischen, der ersten nationalen Abteilung. Im Katalog übermächtig präsent, in der Ausstellung nur als Fotokopie gezeigt, ist Picassos Wandbild »Guernica« von 1937. Und es scheint, als würde sich die Mächtigkeit dieses Bildes wie eine Schranke durch den Raum ziehen. Hüben die »Künstler« Joan Miró, Julio Gonzalez, Alberto Sanchez – drüben die Agit-Prop-»Kultur«. Wenn es noch politische Widerstände gibt gegen die Behauptung, man könne »die« Herrschaftsform nicht an »der« Kunst ablesen, dann müßte man sich die Frage stellen, ob man mehr oder weniger über das republikanische Spanien und seinen Kampf gegen Franco erfährt, je nachdem man »Guernica« oder z.B. Horacio Ferres »Madrid 1937 (Die schwarzen Bomben)« betrachtet. Man müßte sich auch fragen, wo und wie »Mutter mit Kind« oder der weibliche Akt zum Einsatz kommen, denn damit verwischten sich die klaren politischen Zuordnungen nach rechts und links. Die Mutter-Kind-Dyade als ein Bild für Bedrohung, der weibliche Akt als Bild für den Mutter-Körper, der auch den bedrohten Staatskörper konnotiert, findet sich in den Bildsprachen beider Lager. Es liegt am Besucher selbst, die unterschiedlichen Ästhetiken, Bildsprachen und visuellen Strategien zu erkunden, mit denen sich die politischen Systeme Spaniens, Italiens, der Sowjetunion und Deutschlands präsentiert haben und repräsentiert wurden. Dies gilt auch für die antifaschistische Kunst, für die des aktiven und passiven Widerstands.

Eingeleitet wird die Ausstellung mit Hinweisen auf ihren Anlaß, die Weltausstellung in Paris 1937, und schon das hier zusammengetragene Material bietet reichlich Stoff zum Thema Diktaturen und Moderne. Natürlich wird dieser erste Raum mit den Modellen von Vera Muchinas Figurenpaar »Industriearbeiter und Kolchosbäuerin« linkerhand und dem Reichsadler mit Hakenkreuz auf der rechten Seite eröffnet. All die Fotos, die den Sowjetpavillon und das »Deutsche Haus« zeigen, können heute ja kaum mehr anders denn als Symbol für zwei politische Systeme gelesen werden, die in tödlichem Haß aufeinander losgehen. Die Gewichtung der Ausstellungsabteilungen folgt dieser Geschichte. Die Räume mit Exponaten zur Sowjetunion und zum Deutschen Reich sind deutlich größer als die zu Italien und Spanien.

Eine Überraschung ist die Bildunterschrift zu Adolf Zieglers »Vier Elemente« (1936). Zu lesen ist, daß der rechte Flügel des Triptychons mit der Darstellung des Windes verschollen war, nun aber erstmals die gesamte Arbeit ausgestellt werden könne. Es ist noch gar nicht so lange her, da galt NS-Kunst als Kitsch und Plunder und lud allenfalls zu obszönen Reden ein, zumal die Zieglerschen Arbeiten. Nun aber wird mit kunsthistorischer Ernsthaftigkeit »Sachliches« vermittelt. Und in diesem Fall kann man durchaus zu dem Schluß kommen, daß die kunsthistorische Rede dem Hinsehen förderlich ist. Bereits einige Zeit vor der Ausstellung hatte Kathrin Hoffmann-Curtius zu Zieglers Modernismus festgestellt: »Die eigentlich sich ausschließenden Kunstmaximen des NS, nämlich zeitlos und zeitgemäß zu sein, verband Ziegler miteinander, indem er die scharf eingestellten Momentaufnahmen einer Bewegung, die erst die Fotografie ermöglicht hatte, in Öl und naturalistischer Manier zu verewigen suchte. Das allegorische Thema kam ihm dabei zur Hilfe. Ziegler konnte hier aus Paris Anregungen beziehen und sich ihnen anpassen, denn auch dort zählten allegorische weibliche Akte zu den bevorzugten Themen.« Gemeint ist, daß sich Ziegler die Ergebnisse des Arbeitsbeschaffungsprogramms des ersten sozialistischen Premiers Léon Blum hatte ansehen können.

Neben Zieglers Triptychon hängt José Maria Serts Beitrag zur Präsentation des nationalistischen Spaniens von 1935/36, die Franco im Pavillon des Vatikan zelebrieren durfte. In der Manier des italienischen Barock-Illusionismus schwebt die Schutzpatronin Spaniens, die hl. Theresa, dem Gekreuzigten entgegen. 1933 noch hatte Sert mit Diego Rivera in New York an einem rund 70 m2 großen Fresko zur Bedeutung von Technik und Naturwissenschaft im 20. Jahrhundert für das Rockefeller Center gearbeitet. Eine zentrale Aussage des Wandbildes war, daß Technik zum Wohle der Menschen nur dann wirken könne, wenn ihr Einsatz von einer fortschrittlichen Ethik begleitet wird, befreit von nationalistischer und faschistischer Tyrannei. Als Rivera auf die Idee kam, ein Porträt Lenins in das Fresko einzuarbeiten, entzog man ihm den Auftrag und zerstörte 1934 das Wandbild. Doch Serts quer durch den Raum gleitender Christus weist nicht nur zurück. 1951 fand Salvador Dali dieses Motiv immer noch bildwürdig.

Wie paßt die Sowjetunion, die in diesem Raum mit A. Samochwalows »Kirow nimmt die Sportparade ab« (1935) vertreten ist, in diese überhaupt nicht einfachen und keineswegs eindeutigen Auseinandersetzungen mit der Moderne? Eine orange-weiße Körperformation lachender Sportlerinnen und Sportler löst sich in hüpfende frohe junge Mädchen auf, die Blumen zur Tribüne reichen. Nicht, wie bei Ziegler, in fotorealistischer Manier, sondern impressionistisch flach wird hier ein Körperbild vorgestellt, das zwar auch »ganz« ist, aber mitnichten rassisch. Samochwalow ist kein Einzelbeispiel. Auch Isaak Brodskijs »Demonstration auf dem Prospekt des 25. Oktober« (1934), später zu sehen in der Sowjetabteilung, imitiert den impressionistischen Blick in eine Straßenflucht. Aber statt, wie z.B. Monet, die dort gehenden Menschen zu Schraffuren zu verallgemeinern, ist jeder einzelne Körper kenntlich gemacht. Statt einer Volksgemeinschaft, die sich in eine aus Körpern geformte Architektur reiht, steht das Kollektiv und ein sozialhygienisches Menschenideal auf dem Programm, daß seine Wurzeln in der Lebensreformbewegung von 1922 hat. Es ist nicht möglich, ein Rasseideal, die Vorstellungen von physischer Vollkommenheit und die Überhöhung von Gemeinschaft und Kollektiv als durchgängig gleichgeartete Motive totalitärer Repräsentationen zu lesen.

Samochwalows Gemälde gegenüber, am Ende eines langen Ganges, hängt allein, wie eine Ikone, G.I. Rubljows »Stalin« (1935). Ein Jahr vor den ersten großen Schauprozessen von Moskau wird Stalin mit dünnen, untergeschlagenen Spargelbeinen und zeitunglesend als Privatmann gezeigt. Und das in einem Stil, der schon die Surrealisten am Zöllner Henri Rousseau begeistert hatte. In der Ausstellung »Berlin-Moskau« (1995 im Martin-Gropius-Bau) konnte man Hitler als proletarischen Agitator sehen, als »mittelalterlichen« Ritter zu Pferde – »Kunst und Macht« zeigt ihn als konzentrierten Staatssouverän. Ein Korbsessel als Thron für den pater patriae! Undenkbar, Mussolini in diesem paternalistischen Gestus zu zeigen. Der »Duce« ist oberster Feldherr, und sein Konterfei erhebt sich wie ein Sinnbild der italienischen Aeropittura in sphärische Regionen. Gerardo Dottoris »Il Duce« von 1933 ist nicht nur die Idolisierung eines faschistischen Diktators als Denker. Der in kubo-futuristische Segmente facettierte, körperlose Kopf, die ihn umbrausenden Flugzeuge über einer irrealen Landschaft sind die Summe einer Gleichung: Mussolini ist die italienische Avantgarde. Es zeigt sich, daß nationalsozialistische, faschistische und stalinistische Heldenmythen ihre je eigene Bildsprache und ihre je eigenen Anteile an der Moderne haben.

Italien, die zweite nationale Station, ist sowieso ein Problem. Zwar flüchtet sich der Katalog in Behauptungen über die »Provinzialität«, über mangelnde »schöpferische Glanzzeiten« der italienischen Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts – und damit raus aus dem Problem, wie und ob der Futurismus der ersten und zweiten Generation zur »Avantgarde« zu rechnen sei. So bleibt unerörtert, was eine diesbezügliche Festlegung z.B. für Lucio Fontana bedeuten würde, der 1934 die

Ganzkörper-Skulptur »Der Harpunier« herstellte und die Drahtkonstruktion »Abstrakte Skulptur«. Nicht erklärt werden kann auch, warum Fontana sowohl an nationalen Schauen des faschistischen Italiens teilnehmen konnte als auch 1939 an einer Ausstellung der antifaschistischen Künstler des »Corrente«. Zu dieser Gruppe gehörte auch Renato Guttuso, der mit einer Ölskizze zu »Flucht vor dem Ätna« (1938), einem Wettbewerbsbeitrag zum »Primo Bergamo« (1939), vertreten ist. Über ihn heißt es, er habe für eine figurative Kunst eingestanden, in der sich »das unmittelbare Erleben des ›Dramas‹ der realen Welt mitteilen soll«. Die Kategorien geraten in Bewegung.

Das Unvermögen, mit der italienischen Avantgarde und ihren Diensten für den Faschismus umzugehen, wird in der Irritation deutlich, die sich notwendig aus der (Kunst-)Geschichtskonstruktion der Ausstellung ergibt. Die im Katalog problematisierte Polarisierung von »guter« und »böser« Kunst funktioniert weder im Hinblick auf »die Avantgarde« noch taugen die Kategorien von »gut« und »schlecht« dazu, Historisches und Künstlerisches gegeneinander aufzuwiegen.

Zwar ist das Hauptthema von »Kunst und Macht« die Konfrontation UdSSR – Deutschland, doch mit den Abteilungen zu Spanien und Italien wird endlich auch eine Auseinandersetzung über die europäische Dimension rechtsdiktatorischer Regime popularisiert. »Europa, ja der Großteil der Welt, rückte (nach dem Ersten Weltkrieg) vom politischen Liberalismus ab.« Mit diesem Satz im Katalog wird nicht der Nationalsozialismus relativiert, sondern zu einer historischen Analyse der Zusammenhänge von Nationalismus, Chauvinismus und Faschismus und ihren Inszenierungsformen aufgerufen. Die gilt auch für die Chance, die ästhetischen Mittel des aktiven und passiven Widerstands in einer ganz anderen Weise mit der Propagandakunst zu vergleichen. So zeigt die spanische Abteilung z.B., daß sich beide, die Francisten und die Republikaner, in ihren Plakatästhetiken auf eine linke Agit-Prop-Tradition bezogen haben, auch, daß ihrer beider nationale Besonderheit womöglich in der farblichen Nähe zur Wandmalerei liegt. Deutliche Unterschiede wiederum lassen sich feststellen im Umgang mit dem Superthema der damaligen Zeit, der Luftfahrt. Während die Futuristen das Flugzeug als Höhepunkt und eigentliche Aeropittura feierten, als Vision eines entkörperlichten, entmaterialisierten Emporsteigens, blieben die Sowjets mit beiden Beinen auf dem Boden. Alexander Dejnekas »Zukünftige Piloten« (1938) sind drei Jungen in Badehose, die am Strand sitzen und die Flugbahn eines Sportfliegers studieren. Während in Tullio Cralis »Sturzflug auf die Stadt« (1939) der heldische, einsame Pilot in seiner Maschine gefeiert und sein mörderisches Wirken ausgeblendet wird, indem sein »Feind« aus hochschießenden menschenleeren Wolkenkratzern besteht, reckt das revolutionäre Spanien seine Fäuste gegen die fallenden Bomben und schreit »Mörder« (Lleó, ohne Jahr).

Vielleicht hat der europäische Blick der Ausstellung eine nationale Leistungsschau anderer Art verhindert: das in deutschen Ausstellungen so beliebte Nebeneinander von »entarteter« und NS-Kunst. In Berlin werden nur Werke gezeigt, die auch tatsächlich zwischen 1933 und 1945 entstanden sind.

So bleibt zu guter Letzt der Weg die Treppe hinunter. Nach den Protesten aus London gibt es im DHM keinen gemeinsamen Raum, in dem Kunstwerke der Zeit von 1933 bis 1945 nebeneinander gezeigt werden. Statt dessen hat man zwei Gänge gebaut, die es ermöglichen sollen, Staatskunst von »unabhängiger« zu unterscheiden. Ein besonders gewundener Satz steht im Begleittext zu letzterer: »Der unabhängige Glaube an die Autonomie des Künstlers und des Kunstwerkes wiederum konnte von den Nationalsozialisten, die die Kunst dem Willen des Staates untergeordnet sehen wollten, unter keinen Umständen geduldet werden.«

Ganz ohne Obzönitäten ist es schließlich doch nicht abgegangen. Am Ende des Ganges zur NS-Kunst steht Arno Brekers »Prometheus« (1937) mit einer gewaltigen schwarzen Schattenhand über seinem Gemächt – das voll im Licht hängt. Diese Ausleuchtung betreibt nicht nur an einem Bild des Männlichen, was sonst an Bildern des Weiblichen im NS als pornographische Rede beschrieben wurde. Diese Schattenhand kann in ihrer politischen Ikonographie nicht mehr ohne all jene Hände gesehen werden, die vorzugsweise rot gefärbt nach ganzen Nationen greifen und in den politischen Plakaten ein Stockwerk darüber zu sehen sind. Es gibt eben Faszinationen, die ihre »Wirkungen so noch (tun) können«. Gleich neben Breker hängt als Entree für die »Unabhängigen« eine der Zeichnungen von Carl Weinmair, die »meist abends bei der Rundfunkübertragung von Propagandareden« entstanden. Sie wiederholt die alte These von den verführten Frauen: zweimal Hitler, umgeben von kreischenden Frauenköpfen mit wirrem Haar und aufgerissenen Mündern. Diese Feminisierung des Faschismus ist ein Mittel der Entschuldung; sie folgt noch immer der Verführungstheorie.

Das Ende dieser Abteilung aber zeigt den Fortschritt in der deutschen NS-Forschung. Hier stehen zwei Kleinskulpturen von Georg Kolbe und Fritz Koelle. Silke Wenk hat in einer umfangreichen Untersuchung Kolbe als Beispiel für jene Künstler vorgestellt, die im faschistischen Deutschland staatliche Aufträge angenommen haben und in den fünfziger Jahren von der Kunstgeschichte als Märtyrer durchgesetzt werden konnten – indem man etwa Kolbe mit Lembruck verknüpfte. Wenn man nun Kolbes schamgebeutelten »Befreiten« betrachtet, kann die Erinnerung an Lembrucks »Sitzender Jüngling« von 1916/17 durchaus hochkommen – und die Frage nach den Strategien, mit denen Künstler wie Kolbe sich nach 45 in den neuen nationalen Kunstdiskurs einfädelten. Ein vergleichendes Besehen dessen, was da nach 45 als Neues angeboten wurde, macht die Ausstellung möglich, weil Kolbes »Menschenpaar« (1936) in der Abteilung »Staatskunst« steht. In unmittelbarer Nähe ist Koelles Bergmann aufgestellt, als ein Beispiel für die diversen Arbeiter-Bronzen, die dieser Bildhauer im NS angefertigt hatte. 1946 allerdings »verdankt er dem Umstand«, als Verfolgter des NS anerkannt worden zu

sein, den Auftrag für das Ehrenmal vor dem Krematorium im KZ Dachau. »Inferno«, mit dem der Ausstellungsteil der »unabhängigen Kunst« beendet wird, ist eine Studie dazu.

»Kunst und Macht« zeigt, daß in der Kunstgeschichtsschreibung einiges in Bewegung geraten ist und daß die spezifischen Repräsentationsformen der unterschiedlichen Faschismen endlich einer ernsthafteren Analyse unterzogen werden.

Die Ausstellung läuft bis zum 20. August.

Ich danke dem Oldenburger Seminar, Silke Wenk, Gabriele Huber und Kathrin Hoffmann-Curtius für ihre Anregungen.

Gabriele Werner ist Kunsthistorikerin und lebt in Berlin

Konkret 08/96, S. 55

Martin Braun

Anmerkungen zu Haffner

Über die Konjunktur eines nationalrevolutionären Historikers in der deutschen Linken

Was passieren kann, wenn deutsche Linke die Ehre des revolutionären Subjekts retten wollen, anstatt dessen Verkommenheit ins Zentrum der Überlegungen zu stellen, konnte kürzlich exemplarisch im Kontext der Goldhagen-Debatte besichtigt werden. Weil es ihm unerträglich ist, daß manche Leute »Polen am liebsten direkt an Frankreich grenzen sähen«, klammerte sich Uwe Soukup in der »jungen Welt« (20.5.96) an einen Historiker, der ihm seine Argumente zur Verfügung stellt, um bei der Erklärung des Nationalsozialismus »die unterschiedlichen Klasseninteressen zu berücksichtigen«, statt »unterschiedslos von ›den Deutschen‹« zu sprechen.

Dieser Historiker ist der Ansicht, daß es dem revolutionären Subjekt um »Arbeit und Brot« gegangen sei, als es bei den Nazis unterkroch. Zwar konzediert er: »Man kann den Deutschen – einschließlich den deutschen Arbeitern – einen gewissen Vorwurf daraus machen, daß sie vieles Häßliche dabei in Kauf nahmen.« Adolf Hitler sei jedoch allein persönlich verantwortlich für den Holocaust gewesen. Und: »Bei weitem am meisten aber hat Hitler ... Deutschland geschädigt. Auch die Deutschen haben Hitler furchtbare Menschenopfer gebracht, über sieben Millionen, mehr als die Juden und Polen« – so also Sebastian Haffner in seinen *Anmerkungen zu Hitler*, über die Soukup an anderer Stelle nur Positives zu berichten wußte.

Wohlwollend gesprochen: Es zeugt von beachtlicher Oberflächlichkeit, daß die Linke Haffner, wohl in erster Linie wegen seines Buches über die Novemberrevolution (*Der Verrat*), in ihre Reihen aufgenommen hat. Denn er steht deutlich genug in einer nationalrevolutionären Tradition und damit auf der Gegenseite. Hitlers »Versuch, zwei große, damals ungeheuer schlagkräftige Ideen – den Nationalismus und den Sozialismus – miteinander zu fusionieren, das war eine große Sache!«, schwärmte Haffner Ende der 70er Jahre in einer Fernsehdiskussion. »Und das zeigt, daß Hitler kein verächtlicher Politiker war, solange er sich noch Mühe gab, einer zu sein.« Ausgerechnet Hellmut Diwald, der später die Präambel des REP-Programms schreiben sollte, mußte ihn damals darauf hinweisen, daß als »drittes Moment ... dazu der ganz brutale Rassenantisemitismus gekommen« sei. Haffners Erwiderung: »Ja, das stimmt schon, und ich mach' es auch den Deutschen etwas zum Vorwurf, daß sie da nicht genauer hingehört haben, daß sie das sozusagen in Kauf genommen haben.«

Im Mittelpunkt des Interesses steht für Haffner – wie für alle Rechtsradikalen – ganz allgemein die (deutsche) Nation. »Man hat schon ein besonderes Gefühl für die Geschichte des eigenen Volkes, und ich finde, man sollte es auch ruhig haben!« Aus der deutschen Geschichte darf man, wie er betonte, »keinen Gegenstand der ewigen Reue und des Sich-an-die-Brust-Schlagens« machen. Die Deutschen sind ja auch schon genug gestraft: »Heute lebt das deutsche Volk in drei Staaten – wenn Sie Österreich mitrechnen, was ich ja wohl doch sollte. ... Was man bedauern muß, ist, ... daß immer noch der ideologische Gegensatz ... so viel höher bewertet wird als die unvergeßliche und unabschaffbare Gemeinsamkeit!«

Den Nachkriegsdeutschen warf Haffner in seinem Buch *Der Selbstmord des Deutschen Reiches* vor, sie hätten keinen »nationalen Zusammengehörigkeitswillen« gehabt – »ganz so leicht wäre die Teilung vielleicht doch nicht vonstatten gegangen, wenn die Deutschen sich anders verhalten hätten«. Sie hätten mutiger und opferbereiter sein müssen. Aber alle »Härten als ›ein einzig Volk von Brüdern‹ auf sich zu nehmen und gemeinsam zu tragen, daran lag den meisten Deutschen nichts ... Sie flohen vor der Niederlage im Osten direkt in die Identifizierung mit dem Westen« und »vollendeten damit den Selbstmord des Deutschen Reiches«.

Da wären die Reichsdeutschen wohl besser dem Rat von Ernst Niekisch gefolgt – »ausrotten, was ... mit dem Westen verbündet ist«. Genau des Ernst Niekisch, der, wie Sebastian Haffner in seinem »linken« Buch *Der Verrat* schreibt, »als Publizist einen großen Ruf und als Märtyrer des Dritten Reichs Ruhm erlangen sollte«. Wie weit ist es mit einem Märtyrer her, an dessen nationalrevolutionärer Zeitschrift »Widerstand« Ernst und Friedrich Georg Jünger mitarbeiteten, der sich als Nationalbolschewist mit den Nationalsozialisten überwarf, sechs Jahre in Haft saß und 22 Jahre nach dem Ende ihres Regimes starb?

An der Novemberrevolution interessiert Haffner vor allem der eigene deutsche Weg, den die Revolutionsregierung hätte gehen können – gegen den Versailler Vertrag und gegen den Westen, mit dem später zu kollaborieren er auch Hitler vorwirft. »Das Reich ging unter, als es ... sich darauf verlegte, Front gegen den Osten zu machen.« Hätte Deutschland den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet, »wäre wenigstens *eine* Sache gerettet worden: nämlich eine gewisse nationale Einigkeit!«. Schließlich seien die Deutschen nicht schuld gewesen am Ersten Weltkrieg – schon deshalb nicht, weil Krieg damals »ein legitimes Mittel der Politik« gewesen sei. Aufgrund seiner geographischen Lage und Größe sei Deutschland geradezu gezwungen gewesen, Koalitionen anderer Großmächte »notfalls mit Gewalt« zu verhindern.

Zu dieser klassisch geopolitischen Argumentation paßt Haffners wehmütige Erinnerung an eine Zeit, in der »Mitteleuropa« noch »Eigenwürde« besaß, noch nicht »überrannt, überschwemmt, überfremdet« war. Dagegen mußte er es 1982 (in

seinem Buch *Zur Zeitgeschichte*) »beherrscht und überlagert von fremden Mächten, Amerika im Westen, Rußland im Osten« vorfinden.

Zu Klaus Rainer Röhls Zeiten durfte sich Haffner in KONKRET darüber beklagen, es gebe einen angelsächsischen »Zug von missionarischem Universalismus ... der ... die eigenen Werte als allgemeinverbindlich betrachtet und am liebsten die ganze Welt nach dem eigenen Bilde gestalten würde«. Imperialismus gilt ihm als das Gegenteil von Nationalismus. »Imperialismus ist eine ›rechte‹ Idee, Nationalismus eine ›linke‹ ... nur in einem vorgegebenen Volksboden kann eine revolutionäre Idee Wurzel schlagen.« Was ihn am deutschen Nationalismus stört, ist, daß die »nationalrevolutionäre Leistung im Innern« fehlt, der »grundrevolutionäre Gedanke, daß nationaler Widerstand ..., daß ein zum Widerstand mobilisiertes Volk auf Dauer stärker sein kann – stärker sein muß – als der ins Land gedrungene Fremdkörper«.

Haffner geht es nicht um den sozialen Inhalt von Revolutionen, sondern ausschließlich um die Stabilität des eigenen Staates. Dafür hat er historische Vorbilder: Luther, Metternich, Bismarck. »Ich bin ein großer Bewunderer und – ich möchte fast sagen – ein Liebhaber Bismarcks!« Dessen Sozialistengesetz sei allerdings ein Irrtum gewesen: Wilhelm II. »hat die Sozialdemokraten anständig behandelt; mit gutem Effekt. Sie wurden schließlich loyale Staatsbürger. Unter Bismarck wären sie vielleicht Bolschewisten geworden.«

Hier ist der Grund dafür zu suchen, daß Haffner die Morde an den Revolutionären 1918/19 beklagt: Sie hätten der radikalen Linken Auftrieb gegeben. Und Sebastian Haffner ist nichts weniger als ein Marxist, wie er nicht müde wird zu betonen. »Basis und Überbau. Ich glaube nicht recht daran.« Es geht ihm hier tatsächlich um eine Glaubensfrage. Der dialektische Materialismus ist für ihn »eine Religion, die ... um so mehr abstößt, als sie sich wissenschaftlich drapiert, während sie doch genauso mit suggestiven Unabweisbarkeiten hantiert und der ›anthropozentrischen Illusion‹ erliegt wie jede andere«.

Für Diwalds Interpretation von Revolution als Ausdruck »des Strebens nach einer Daseinsform, die dem Menschen gemäß ist«, hat Haffner nichts als Spott übrig: »Irgendwann wird die Welt gut werden! Eine zweifelhafte Erwartung. Die Welt wird vielleicht immer schlecht bleiben.« Besser wird sie jedenfalls nicht durch eine Linke, die sich in der Gesellschaft eines Mannes wohlfühlt, der sich in Werner Höfers »Frühschoppen« immer »so vehement für das Recht auf deutsche Einheit und Neutralität einsetzte« (Munzinger-Archiv) und der sich beim Abfassen seines Alterswerks von dem neurechten Historiker Arnulf Baring helfen läßt.

Die Haffner-Zitate stammen aus: W. Venohr: *Dokumente deutschen Daseins*. Königstein 1980, darin die Ausschrift der »Disputationen« zwischen Haffner, Diwald und Venohr in der von 1977 bis 1979 ausgestrahlten gleichnamigen Sendereihe; S. Haffner: *Von Bismarck zu Hitler*. München 1987; ders.: *Anmerkungen zu Hitler*. München 1978; ders.: *Der Verrat. 1918/1919 – als Deutschland wurde, wie es ist*. Berlin 1993, mit einem Nachwort von U. Soukup; ders.: *Der Selbstmord des Deutschen Reiches*. Bern u.a. 1970; ders.: *Zur Zeitgeschichte*. München 1982.

Martin Braun ist Soziologiestudent in Konstanz und schreibt eine Magisterarbeit über die Neue Rechte

Konkret 08/96, S. 56

Stephan D□ fel

Melodie & Rhythmus

Diverse: Songs For Political Action □ Folkmusic. Topical Songs And The American Left 1926 □ 1953; Bear Family Records

Die USA – Land der Arbeiterlieder und Gewerkschaftshymnen? Heutzutage nur schwer vorstellbar, doch bevor McCarthy und sein kommunistenhassendes Gefolge in den fünfziger Jahren versuchten, das Land von »unamerikanischen« Umtrieben zu säubern, existierten in Großstädten wie New York prosperierende linke Musikszenen. Die CD-Box »Songs For Political Action« ruft diese Ära auf zehn CDs mit stattlichen zwölf Stunden Spielzeit und einem ausführlichen, 210 Seiten starken, englischen Begleitbuch in Erinnerung.

Die linke US-Musikgeschichte begann mit Avantgarde-Komponisten wie Elie Siegmeister, hier mit »The Strange Funeral At Braddock« von 1936 vertreten. Sie forderten bereits in den zwanziger Jahren, revolutionäre Ideen in revolutionäre Musik zu verpacken. Die Basis jedoch war nur schwer zu überreden, den ungewohnten Harmonien zu folgen. Folk, traditionell die Musik der Arbeiter und Farmer, fand eher Zuspruch.

Neben einigen in Folk-Kreisen ehrfürchtig geraunten Namen wie Pete Seeger oder Woody Guthrie dominieren auf »Songs For Political Action« längst vergessene Lokalmatadore. 296 Songs lassen viel Platz für Obskuritäten. Ein paar Beispiele: Da schmettern die New Yorker New Singers pathetisch die Internationale, flehen die Jewish Young Folksingers mit »We Shall Overcome« a capella für den Frieden und singt die Folk-Blueserin Laura Duncan 1952 stolz »Boss Tells Me I’ve Got To Stay Down Where I Belong... But I’ve Got A Right To Lift My Head Up«.

Die Songs berichten von aktuellen Ereignissen, seien es die neuesten fiesen Tricks der »Big Bosses« oder von einem Gewerkschaftspicknick anno 1949 in Peekskill, nördlich von New York, bei dem eine Horde Faschisten mit Duldung der Polizei über die Gewerkschaftler herfiel. Um die gesungenen Nachrichten an ihr Publikum zu bringen, reisten die hemdsärmeligen Intellektuellen unermüdlich von einer Gewerkschaftsdemonstration zur nächsten. Dementsprechend reisefreundlich die musikalische Begleitung: eine Gitarre mußte reichen. Ein nostalgisches Knistern mischt sich heute unter die Lieder und erinnert daran: Die Ära der fäusteschwingenden Politbarden, die an einem guten Tag mal eben 20.000 Menschen motivierten, ist in den USA, allen zeitgenössischen sensibel klampfenden Folksingern zum Trotz, Vergangenheit.

Konkret 08/96, S. 56

Harald Peters

Melodie & Rhythmus

De La Soul: Stakes Is High; Tommy Boy/east

Eigentlich hatte niemand auf diese Platte gewartet, und mit ihr gerechnet hatten noch wenigere. Doch jetzt, da das mittlerweile vierte De-La-Soul-Album »Stakes Is High« erschienen ist, bietet es besonders Musikschreibern eine prächtige Gelegenheit, ihr gesamtes Wissen aus dem Regal zu ziehen und wenigstens in Kurzform darzubieten. Ein Blick zurück: Mit bunten Pullis, charmanten Witzen und cleveren Samples wurde De La Souls Debüt »3 Feet High And Rising« 1989 zu jedermanns Lieblings-HipHop-Party-Platte und bescherte der Gruppe ein Image, das sie dank einer Überdosis Gänseblümchen und Peace-Zeichen nicht so schnell wieder loswerden sollte: freundlich, fröhlich und trotzdem schlau. Da konnte die Öffentlichkeit in dem Titel des programmatischen Nachfolgealbums »De La Soul Is Dead« auch nur einen erfrischend postmodernen Kalauer erkennen. Doch De La Soul ließen nicht locker und reichten 1993 mit »Buhloone Mindstate« schnell eine Platte nach, die genauso klang, wie die zweite hieß □ geschafft. Danach: Sendepause.

Und jetzt »Stakes Is High«. Drei Jahre haben sie über ihre Fehler gegrübelt, waren wild entschlossen, der wahren Bestimmung von HipHop auf die Spur zu kommen, haben nebenbei Pfunde an- und Kinder in die Welt gesetzt und sind außerdem älter geworden. Das Resultat ist überraschend ernst, geradlinig, und, äh, erwachsen. Der Beat rumpelt entspannt und zurückgelehnt, hier und da sind ein paar spärliche Samples eingestreut, während sich die drei wortreich Gedanken zur Situation von HipHop heute machen: zuviel Geschäft, zuwenig Qualität. Das ist weder □ wie mancherorts behauptet □ bahnbrechend noch neu, und von Busta Rhymes und den Fugees hat man dieses Jahr schon inhaltlich Vergleichbares gehört. Auch musikalisch ist »Stakes Is High« irgendwo zwischen den letzten Platten von Pete Rock und Nas einzuordnen. Da diese Platte allerdings ein De-La-Soul-Produkt ist, wirkt sie nicht nur ordentlich, sondern einigermaßen erstaunlich. Und ist gleichwohl wahrscheinlich nur für Leute interessant, die darüber schreiben müssen.

Konkret 08/96, S. 56

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

Metallica: Load; Vertigo

Lange Zeit galten Metallica als die Protagonisten ihres Subgenres und machten auch viel Gewese um die Metalgenese: als Trashpioniere mit bügeleisernen Gitarrenschwaden und Getrommel in Breakneckspeed. Doch Metallica wären nicht Metallica, wenn sie nicht die kolludierende Attitüde, die sich der Metal zuschreibt, »glaubhaft« verkörpert und ohnedies mit dem Singen über freie Wahlen und Meinungsfreiheit eine gewisse »Intelligenz« ins Spiel gebracht hätten. So weit unter die Theke ist die Fachpresse jedenfalls bereit zu greifen, um diesen Begriff und Metallmusik in Kongruenz zu bringen. Mehr noch, ein Rezensent sieht sich veranlaßt, anläßlich »Load« zweimal das Verb »diversifizieren« zu verwenden, und ein anderer konzediert nach diversen kritischen Anmerkungen sogleich spitzbübisch mögliche Morddrohungen seiner Leserschaft.

Neuerdings, das heißt exakt seit Veröffentlichung der letzten Platte, 1991, ist im Zusammenhang mit besagter Combo viel von Verrat und Ausverkauf die Rede, nur weil Metallica in die Charts Einzug hielt. Schwer nur ist in den Stretchhosenkreisen kognitive Aktivitätzu stimulieren. Es ist einfach eine Tatsache, daß Tonträger in erster Linie zum Zwecke des Verkaufs hergestellt werden. Noch größeres Mißtrauen erreg-te das Faktum, daß die nunmehr bekannteste Metallcombo der Welt die theatralische Bösewichtelei leid ist und nicht mehr jeden Tag schwarze Leibchen tragen mag. Darüber hinaus dürfen sich die Bandmitglieder vor Interviewern, die nur selten mit Einsicht in Verbindung gebracht werden können, für ihre Kurzhaarfrisuren rechtfertigen.

Es scheint der letzte Hort des Rebellentums und der ewig Aufrechten im Kollaps begriffen zu sein. Die kleine Welt, die mit Brusthaartoupet und Silikonbizeps der großen Welt die Stirn bietet, ist aus den Fugen. Im sinistren Seniorenklub, wo jeder Song »killt«, gilt es als Sakrileg, wenn Metallica mit der 1996er »Load« Presse und Fans wiederholt nicht so überrascht, wie sie überrascht werden wollen, nämlich gar nicht. Selbst Musiker können erwachsen werden. Wer hätte das gedacht? Alle, nur jene nicht, die das Buchstabieren in den Leserbriefrubriken ihrer Metallzirkulare erlernt haben. Die sich links bis liberal gebenden Klatschblättchen amüsieren ja allenfalls durch die mehr oder weniger gelungene Selbstinszenierung der Redakteure – trotz steigender Bauchspeckeinwaage und progressiven Haarverlusts, oder gerade deshalb. Höchste Zeit, daß die vorgeblich »intelligenteren« Metallica Fluchtgedanken ankommen, und sei es in Form uninspirierter Grunge- und Countryanleihen.

So ventiliert das Metal-Milieu sein rumpfrebellisches Potential wider die Renegaten, hagelt es verbitterte Pop-Vorwürfe. Doch nur die wenigsten memorieren die Kriterien eines guten Songs, und Metallica, das ist die größte Langeweile dabei, auf ihrer neuen CD am allerwenigsten. Dann doch lieber Trashmetal.

Konkret 08/96, S. 57

Wiglaf Droste

Melodie & Rhythmus

Funny van Dannen: Basics; Trikont

»Basics«, nach »Clubsongs« Funny van Dannens zweite CD innerhalb eines knappen Jahres, muß jeden Dichter und Sänger neidisch machen: Funny van Dannen scheint die Songs nur so rauszuhauen, flitsch-flatsch, wie hingeworfenes Material, ganz direkt, ohne kunstgewerblerische Nervosipopeleien mit den Arrangements, und jedes Lied ist ein Treffer. Diese Chuzpe beim Reimen: »Und ich ritzte in die Schulbank deine Initialen / das war die Liebe in Nordrhein-Westfalen«, doch, genauso war das in den 70ern beim Großwerden mit T-Rex undsoweiter, und gerade bei so einem Modethema zeigt Funny van Dannen seine Klasse: Seine Lieder haben Schmelz, nicht Schmalz.

Selbst der ihn umgebenden Kreuzberger Fertigen-Tristesse trotzt er Humor ab: »Doch das beste ist immer noch: saufen saufen saufen, saufen saufen saufen saufen, saufen fressen und ficken / saufen saufen saufen saufen und die Kinder Bierholen schicken.« Die Säulenheiligen der deutschen Spießer, die auf schrill getrimmten und je schriller, desto spießigeren Minderheiten, werden fröhlich hymnisiert (»Weil er ein Vorbild für die Jugend ist / ja das ist Ingo, der liebe Gummifetischist«), und seine eigene Rolle als Bühnen-Sunnyboy ironisiert er entweder federleicht (»Meistens bin ich richtig ausgeglichen, überglücklich und charmant / Und dann hol ich aus der Truhe meine Eurythmieschuhe und bewege mich sehr elegant«) oder gibt ihr, nicht ohne Haß auf einen Kulturbetrieb, der den Maler, Schriftsteller und Sänger Funny van Dannen gut zehn Jahre lang komplett ignoriert hat, die Sporen: »Mach es bitte nochmal, aber anders / Nimm vielleicht mal ein kräftiges Blau / Sehn wir uns im April in Mailand? / Beweg dich, du fette Sau!«

Zu rühmen ist sein spielerischer, zutiefst antiautoritärer Umgang mit der Wirklichkeit; hier ist nicht ein weiterer Langweiler, der Regeln à la »Du darfst!« aufstellen will, sondern einer, der ganz nebenbei auch noch die Demarkationslinien durcheinanderwirbelt, ohne die die Angeber des Betriebs nicht auskommen können. Wenn van Dannen live »ein Lied über die braune Pest« ankündigt und dann singt: »Fruchtfliegen, hört her, ihr Fruchtfliegen, wir werden euch alle kriegen, ihr verdammten Fruchtfliegen«, dann ist das nicht nur ein mitreißender Sommer-Hit, sondern läßt en passant auch noch dem präpotenten linksautonomen Jargon die Luft raus.

Und die richtigen Fragen stellt Funny van Dannen auch noch: »Warum sind die Deutschen im Fußball so gut, trotz erheblicher Schwächen am Ball? / Wo gibt es so schöne Wörter wie Möse und Hosenstall? / Warum sagen die Deutschen Mutti, von München bis Helgoland? / Ach Mutti, Mutti, Mutti, was ist Vaterland?«

»Nimm deine traurigen Lieder und schmeiß sie in den Mülleimer!« verlangte van Dannen auf »Clubsongs« polemisch; mittlerweile ist das professionelle Heulsusentum der letzten zehn Jahre durch eine andere Pest ergänzt worden: die geistfreie Lustisch- und Witzischkeit von Heinis wie Wigald Boning, Dieter Thomas Kuhn, Guildo Horn u.ä. Ohrensausern. Für die nächste Stoppok-CD hat Danny Dziuk daher einen Song mit dem Titel »Nimm deine lustigen Lieder und steck sie dir in den Arsch« geschrieben, der aber, wie Dziuk betont, nicht auf den auch von ihm geschätzten van Dannen rekurriert, sondern eben auf »Die Doofen« u.ä. □ man muß das dazusagen, weil es Leute wie den Hamburger Szeneschreiber Günther Jacob gibt, der Listen kursieren läßt, auf denen so verschiedene Leute wie van Dannen, Helge Schneider, Ernst Kahl und ich egalweg als Teil des Deutschrock-Elendsmilieus (Pur, BAP, Kunze usw.) denunziert werden: Angesichts solch erbsenzählerischer Listenanfertigung fragt man sich dann bloß, warum Jacob nicht direkt bei der Polizei anheuert, statt Klügeren mit linker Wachtmeisterei und Linienschupo-Genöcke auf die Nerven zu fallen.

Konkret 08/96, S. 57

René Martens

Melodie & Rhythmus

Die Goldenen Zitronen: Economy Class; Sub Up/EFA

Die Goldenen Zitronen sind eine Band, aber keine Rockband. Die Gefahr, daß man sie mit einer verwechseln könnte, hatten sie schon mit »Das Bißchen Totschlag«, ihrer letzten Platte, ausgeräumt, doch »Economy Class« ist noch ein weiterer Schritt in Richtung »unschematische« Musik. Vereinfacht gesagt: Die Goldenen Zitronen klingen hier wie eine experimentelle New-Wave-Gruppe. »Wir hatten uns entschlossen«, erläutert Gitarrist Ted Gaier, »keine Songs zu schreiben, sondern eine freie, in möglichst hohem Maße improvisierte Platte zu machen, und da gibt es nun mal nur zwei Modelle, nämlich Free Jazz und radikalen New Wave der frühen 80er Jahre.« Doch wer glaubt, die Band versuche, Sounds und Stimmungen zu rekonstruieren, irrt. Freie Musik läßt sich eben nicht imitieren.

Auch bei der Textverarbeitung hat sich die Band noch weniger an Regeln gehalten als bisher. Sänger Schorsch Kamerun reimt fast nie und ignoriert das Versmaß, damit alles gesagt werden kann, was gesagt werden muß. Das beste Beispiel dafür ist »Fin De Millénaire«, eine im Präteritum verfaßte Beschreibung der spätkapitalistischen Welt. Auf »Das Bißchen Totschlag« behandelten die Texte noch vorwiegend die neudeutschen Verhältnisse im Zeichen der Pogrome von Hoyerswerda und Rostock; jetzt, sagt Ted Gaier, steht hingegen »der Privatismus« im Mittelpunkt. So reflektiert »Economy Class« auch das Scheitern der Wohlfahrtsausschüsse, die linke Subkulturarbeiter nach den Pogromen gegründet hatten, um politisch eingreifen zu können, und in die auch Mitglieder der Goldenen Zitronen involviert waren. »Die linken Hipster haben sich wieder in ihr Single-Dasein zurückgezogen«, sagt Ted Gaier. »Die Arbeit im Wohlfahrtsausschuß hat u.a. zwei Probleme aufgezeigt: daß Hipness keine funktionierende Waffe mehr ist, sondern eine Ware, und daß Hipster zumeist nicht bereit sind, ihr Leben grundsätzlich zu hinterfragen.« Die Gruppe sieht sich nicht mehr als »Chefankläger« – eine Rolle, die sie mit »Das bißchen Totschlag« bereitwillig ausgefüllt hatte – , sondern als »Teil dessen, was wir bemängeln«. So soll »Meine kleine Welt«, ein ruppiges, 79 Sekunden langes Stück, aufzeigen, daß »die Subkultur nach genau denselben Mechanismen funktioniert wie die gesamte sich liberalisiert gebende Gesellschaft«.

Das Schlüsselstück der Platte ist »There's No Business Like Business«, das die Unmöglichkeit reflektiert, überhaupt radikale Texte zu machen. Schorsch Kamerun singt: »Ich mach euch den Berufsjugendlichen oder auch den Kasper oder auch den außerordentlich kontroversen Spielverderber. OK, prima, ich sag' mir, die Welt ist ein Spektakel, und wenn gerade überhaupt kein Bedarf ist, steck ich ihn mir halt selber rein. Heyhey checky checky hey hey cha cha...« Der Ich-Erzähler nimmt in dem Stück die Perspektive eines Hipsters ein, der merkt, daß er und seinesgleichen ständig Impulse für neue Märkte gegeben haben und daß auch ein »prima Feindbild« eine prima Ware ist. »Er spielt damit«, so Gaier, »jetzt endlich dafür ausbezahlt zu werden, was er sozusagen geleistet hat.« Da denkt man unweigerlich an die Sex Pistols, die das ja im Zuge ihrer Revival-Tour in jedem Interview gefordert haben – allerdings nicht spielerisch, wie die Figur in »There's No Business Like Business«, sondern mit einer Verbitterung, die das gesamte Revival zu einer jämmerlichen und bedeutungslosen Angelegenheit werden läßt.

Konkret 08/96, S. 58

Joachim Rohloff

Es geht nicht mehr
Eine Erledigung

Kaum ist die EM gewonnen, da wartet die Nation auch schon auf die neue Bundesligasaison. Und auch der linke Fußballfan wird seinem Verein wieder die Daumen drücken. Fragt sich bloß, warum. Joachim Rohloff über die Fußballbegeisterung der Linken; Stefan Ripplinger über allerlei Versuche, dem Fußballspiel einen tieferen Sinn zu geben

»Am Ende ist Schluß!«
Frank Rohde, HSV

Als der Ball sich endlich zum »sudden death« über die Torlinie trollte, waren die vergangenen einunddreißig Spiele so vollkommen nichtig und vergessen wie selten irgendwas und, die ewig gültige Prognose Gary Linekers erfüllend, wieder einmal die Falschen Europameister: Ziege, Kunz, Strunz, Icke, Klinsi, Andi und Berti. »Deutschland freut sich und sagt Danke« (»Sport-Bild«). Ja, danke, es ist endgültig genug.

Die Linke mit dem Fußball versöhnt zu haben, hält Reinhold Beckmann, der Leiter der »SAT 1«-Sportredaktion, für sein ureigenes Verdienst. Zu Ernst Hubertys Zeiten habe sich der gemeine WG-Bewohner, der »links eingestellt« war und trotzdem wissen wollte, wie Werder gespielt hatte, an jedem Samstag kurz vor 18 Uhr unter irgendeinem Vorwand in sein Zimmer zurückziehen müssen, um heimlich die »Sportschau« zu gucken. Erst seit die Bundesliga von ihm, Beckmann, im Fernsehen präsentiert werde, entdeckten Linke deren Faszination.

Fürwahr ist es nicht überliefert und, wenn man’s recht bedenkt, wenig wahrscheinlich, daß Adorno eine Dauerkarte fürs Waldstadion besaß. Auch an der Wahl zum »Tor des Monats« wird er sich kaum je beteiligt haben. Daß aber ein Werner Hansch, hätte es ihn vor dreißig Jahren schon gegeben, eher als der damalige Helmut Poppen fähig gewesen wäre, Adornos allenfalls soziologisches Interesse am Fußball als Teil der ubiquitär sich ausbreitenden Verblödungsindustrie in ästhetisches Wohlgefallen zu verwandeln, kann außer Beckmann niemand ernsthaft glauben.

Da es also an »ranissimo« nicht liegt, wird es wohl an der Linken liegen. Der ehemalige Einzelzimmer-Kommunarde ist heute halt »liberal eingestellt« und hegt weder gegen die Marktwirtschaft noch gegen die von ihr verursachten menschlichen Katastrophen Heribert Faßbender oder Oliver Kahn irgendeinen prinzipiellen Vorbehalt. »Ich zieh auch schon mal Jeans an, das ist für mich kein Problem«, sagt Andreas Köpke. »Aber wenn ich mal gut essen geh, greif ich zur Krawatte.« Dem kann, wer einst gegen den Staat war und deshalb heute immer noch für den Markt ist, aus tiefster Überzeugung zustimmen; und er wähnt sich, wenn solches Gewäsch, das in keinem Frisiersalon toleriert würde, zur teuersten Sendezeit aus dem TV-Kasten quillt, in einer »Informationsgesellschaft«.

Wer aber immer noch der Gewohnheit anhängt, die sozialen Bedingungen und Implikationen notfalls auch der eigenen »Blödigkeit des Verstandes« (Winckelmann) zu reflektieren, mag nicht einfach für wöchentlich zwei Stunden dem Hirn Verschnauf gewähren, er braucht selbst für diese unschuldige Neigung ein tunlichst politisches Argument. Vom Kollektiv ist dann die Rede und von der Solidarität; und schließlich, wenn man sich sowas nicht mehr glaubt, von der Ästhetik des Spiels. Obwohl die Frage doch längst nicht mehr lautet, welche fortschrittlichen Aspekte man dem Fußball noch mühsam abgewinnen kann, sondern ob man ihn noch aushält.

Der älteste Versuch, dem Fußball emanzipatorisches Potential anzudichten, stammt allerdings von einem führenden Liberalen. Schon drei Jahre nach dem Wunder von Bern darf Ralf Dahrendorfs »Homo sociologicus« im VfL ganz Mensch sein: »Der Konflikt zwischen Arbeitern und Unternehmern besteht nur, insoweit die Herren A, B, C Träger der Position ›Unternehmer‹ und die Herren X, Y, Z Träger der Position ›Arbeiter‹ sind. In anderen Positionen, z.B. als Mitglieder eines Fußballklubs, können A, B, C und X, Y, Z Freunde sein. Alle soziologischen Aussagen über ihr Verhältnis lassen sie als Menschen unberührt.« Da Lord Dahrendorf der klassentheoretischen Standardsituation mit dem Geist von Spiez beizukommen sucht, bleibt ihm die Beobachtung erspart, daß Klassenverhältnisse im Fußballverein nicht aufgehoben oder gar umgekehrt, sondern bloß reproduziert werden. Außerhalb der Soziologie nämlich bringt es Herr X bestenfalls zum Übungsleiter der D-Jugend, während die Vorstandsmitglieder A, B und C untereinander ausmachen, wessen Baufirma das neue Stadion errichtet.

Herbergers »elf Freunde« paraphrasieren die Ideologie der formierten Gesellschaft. Eine Dekade später tritt die SPD in die Regierung ein, und Günter Netzer betritt den Rasen: »Ende der sechziger Jahre brach jedoch etwas auf. Plötzlich befand man sich im Offenen«, schreibt Helmut Böttiger, ein »FR«-Redakteur auf der Suche nach der »Verbindung von Intellektualität und Fußball«. »Die langen Haare Netzers, die im Mittelfeld wehten,... diese langen Haare wollten mehr. Sie wollten etwas anderes, es ging um Entgrenzung, um Loslösung vom Sicher-Geglaubten... Die weiten Pässe Günter Netzers atmeten den Geist der Utopie.« So wäre denn, was allen in die Kindheit scheint und wo noch niemand war, der seine Zwetschen beisammen hat: der Gladbacher Bökelberg. (Die komplementäre »Ästhetik des Vorscheins« liefert – auf Zuruf,

aber gegen Honorar – Walter Jens.) Leider heißen die einzigen Geschöpfe dieses Geistes, die heute noch in der Utopie-Branche tätig sind, ausgerechnet Rainer Bonhof, Jupp Heynckes und Berti Vogts.

Auf solchen soziologischen resp. philosophischen Schwund fällt Michael Nauert selbstredend nicht herein. »Fußball ist seit langem eine Projektionsfläche für verschiedene Lebensentwürfe«, schreibt er in KONKRET 6/94. Nämlich für genau zwei: entweder mit dem Fußball beträchtliche Geldbatzen zu verdienen. Oder minder beträchtliche Summen für Dauerkarten, Schlachtenbummel und Fanartikel auszugeben, immer in der uneingestandenen Hoffnung, Schalke möge doch bitte nie wirklich Meister werden, könnte doch andernfalls schlagartig sich die Frage stellen: Was habe ich eigentlich davon? Außer der Schadenfreude über Franz Beckenbauers dummes Gesicht? Ob Siegestaumel und Alkoholismus nicht in Wahrheit die Verzweiflung darüber betäuben sollen, daß die Meisterschale sich genau in dem Moment, da sie gewonnen ist, als vollkommen bedeutungslos erweist – diesem sozialpsychologischen Problem mag gelegentlich Gustav Seibt hinterhersinnieren. Hier genügt die Bemerkung, daß bedauernswert ist, wer zum Biertrinken einen Anlaß, gar einen »Lebensentwurf« braucht.

Nauert vermag »im Fußball mehr zu sehen als bloße Unterhaltung: eine Analogie des Lebens beispielsweise«. Das Leben, das bisher eher einem Kinderhemd ähnelte, ist also neuerdings dem Fußball vergleichbar. Und in der Tat: Heute verliert man, um vielleicht morgen schon zu gewinnen; manchmal wird man böse gefoult, manchmal sieht man selbst die rote Karte. Eine Linke aber, die sich überhaupt mit dem »Leben« dies- oder jenseits aller Gesellschaftlichkeit beschäftigt, läuft garantiert in die Abseitsfalle.

Während der diesjährigen Europameisterschaft wurde allenthalben der Mannschaftsgeist beschworen, wahlweise für linke Gemüter: das Kollektiv. Nun ist, mit Heiner Müller zu sprechen, eine Fußballelf auf jeden Fall dümmer als ein gemischtes Doppel und ein Arschgeigenkollektiv unangenehmer als eine einzelne Arschgeige. Kollektivierte Sportler können zwar, wenn sie kurzzeitig vergessen haben, wo das Tor steht, einen Querpaß spielen, müssen aber den Haufen Geld, den Boris oder Schumi alleine verdienen, in elf ungleiche Gehälter teilen. Und da sie alle einander nur mühsam ertragen, regelt die Mannschaftshierarchie, wer vor dem Vereinsheim parken darf und wer vom Hausmeister den Schlüssel holen muß. Trotzdem ist die Stimmung super.

Elf Figuren, die außerhalb des Spielfeldes nur deshalb existieren, damit jedes Bankkonto einen Namen hat und die Golfplätze nicht veröden, bilden schwerlich ein freies Kollektiv von freien Individuen. »Wer mich nimmt, wie ich bin, wird immer gut mit mir auskommen«, sagt Mario Basler. Das ist als Drohung zu verstehen und als längst überfällige, hoffentlich allgemein- und endgültige Absage an die Kameradschaft, wie sie unter Herberger und in der Wehrmacht gepflegt wurde. Die anachronistische Beschwörung des gutmütigen, »mannschaftsdienlichen« Trottels von Fritz Walter bis Uwe Seeler nährt bloß noch die Illusion des »Sport-Bild«-Lesers, es könnte etwas anderes geben als ihn selbst, das einsame Arschloch.

Und das wird, obwohl seine Kollektivierung partout nicht mehr gelingt, vom Fußball erfolgreich nationalisiert. »Weil Fußball auf zwei Ebenen funktioniert, auf der Vereins- und der Nationalmannschaftsebene«, schreibt Nauert, »ist er als Ganzes auch weder nationalistisch noch das Gegenteil davon.« Sondern als Ganzes auf der Nationalmannschaftsebene nationalistisch und auf der Vereinsebene tribalistisch. »Es ist gesagt worden«, zitiert der Nonnenmacher der »FAZ« nach dem EM-Finale zustimmend einen anonymen Meinungsträger, »das Erringen der Fußballweltmeisterschaft im Jahr 1954 durch die ›Helden von Bern‹ habe genausoviel zur Restaurierung des deutschen Selbstbewußtseins nach dem Krieg beigetragen wie der erfolgreiche wirtschaftliche Wiederaufbau und der politische Aufstieg des Landes.« Nicht Auschwitz also, sondern Stalingrad hatte dieses Selbstbewußtsein lädiert, das noch in Wembley seine Opfer fordert: »Wer beobachtet hat, wie sich da mancher Halb- oder gar Dreiviertel-Invalide auf das Spielfeld schleppte oder mit sichtbar zusammengebissenen Zähnen bis zur letzten Minute durchhielt, auch noch in der Verlängerung, wird zugestehen müssen, daß dies mit Geld allein nicht erklärt werden kann«, sondern »mit Ruhm und Ehre, die für den einzelnen Spieler noch größer werden, weil sie mit dem Namen seines Landes verbunden sind.« Zwar wird auch an Boris Becker vor allem seine Eigenschaft geschätzt, deutsch zu sein. Trotzdem spielt, wenn Becker spielt, nicht Deutschland; Wimbledon haben »wir« noch nie gewonnen. Einen wie ihn in ihren engen Grenzen aufzuziehen, könnte immerhin auch den Liechtensteinern unterlaufen. Erst die Population, die jederzeit elf bis zweiundzwanzig »Nationalspieler« – gibt es in irgendeiner Sprache einen vergleichbaren Ausdruck? – vom Schlage Klinsmanns rekrutiert, beweist mit der demographischen zugleich ideelle Größe. Nonnenmacher allerdings dauern »der nationale Enthusiasmus und die solidarische (aua!) Aufwallung« nach einem Sieg nicht lange genug; deshalb wird er ihnen mit einer gehörigen Wertedebatte nachhelfen.

Die Ehre auch des linken Fußballfans heißt Treue. Wer im Einzugsbereich des Betzenbergs geboren wird, mag in Helsinki oder Los Angeles sterben, auf jeden Fall stirbt er mit dem FCK im Herzen. Daß Otto Rehhagel ein ausgemachter Depp schon immer gewesen ist, merkt man deshalb erst in dem Moment, da er sich vom SV Werder zum FC Bayern transferiert, weil man dreißig Jahre zuvor vom Tankwart einen fatalen grünweißen Papierwimpel bekam. Alles nur Ironie? Dann ist die Deutsche Bank wohl auch ironisch gemeint.

Aber wenn Paul Gascoigne den berühmten Paß von vierzig Metern schlägt und unverhoffte Rasenräume öffnet? Aber wenn ein Freistoß von meinetwegen Stoitchkov über die Mauerköpfe hinweg ins Dreieck schmettert? Aber wenn Olaf Bodden seinen Gegenspieler am Haarschopf aus den Predators rupft? Die Ästhetik des Fußballs wird von der Häßlichkeit seiner Verabreichungsform allemal verdorben. Für jeden gelungenen Spielzug zwei Stunden Waldemar Hartmann, eine Stunde Werbespots, diverse Interviews mit Lothar Matthäus vor einem Pack von Publikum, das brüllend und trampelnd seine eigene Verblödung feiert! Und überhaupt: Was sollen das eigentlich für ästhetische Vergnügungen sein, die man mit Jörg Wontorra teilt?

Nein, es geht und geht nicht mehr. Abpfeifen!

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 10/95 über Schirrmachers Feuilleton

Konkret 08/96, S. 60

Stefan Ripplinger

Es geht nicht mehr Fußball ohne Volk

Kaum ist die EM gewonnen, da wartet die Nation auch schon auf die neue Bundesligasaison. Und auch der linke Fußballfan wird seinem Verein wieder die Daumen drücken. Fragt sich bloß, warum. Joachim Rohloff über die Fußballbegeisterung der Linken; Stefan Ripplinger über allerlei Versuche, dem Fußballspiel einen tieferen Sinn zu geben

»Wenn beispielsweise ein Ball voller Luft ist, ist er voller Etwas; läßt man dieses Etwas ab, wird jedermann bereitwillig zugeben, daß nichts in dem Ball sei. Was für diesen gilt, kann mit demselben Recht von einem Menschen gesagt werden.« Henry Fielding: »An Essay on Nothing«

Während am 30. Juni gegen 20 Uhr meine Nachbarn zur Übertragung des Fußball-Finalspiels Deutschland-Tschechien sich in ihre mit National-Flaggen geschmückten Mietshäuser zurückgezogen hatten, wollte ich die Gunst der Stunde nutzen, um einen hohen Stapel Bücher zu sichten, welche von den besten Fußball-Kennern des Landes verfaßt worden sind.

Das hätte ich besser nicht getan. Denn schon der erste Satz des ersten Bandes, nach dem ich gegriffen hatte – Helmut Böttigers *Kein Mann, kein Schuß, kein Tor* (München 1993) – , brachte mich aus der Ruhe: »Nirgends ist der Abgrund zwischen den Intellektuellen und dem Volk größer als in Deutschland.« Ich hätte vielleicht innehalten und mich fragen sollen, was ein »großer« Abgrund ist, aber ich glaubte schon verstanden zu haben, und alarmiert las ich weiter: »Denn die Künstler rümpfen die Nase über die gemeinen Spiele des Volkes. ... Doch was vermag die jambische Strecke eines Schillerschen Monologs gegen einen Flankenlauf Garrinchas oder Libudas? Was besagt ein Shakespearescher Theatertod gegen das entscheidende Kopfballtor in der 92. Minute?«

Gerade weil ich geneigt war zuzustimmen – obschon ich mir einen Flankenlauf nicht anders als schmerzhaft vorstellen kann, nicht weiß, wer Garrincha war oder ist, und bis dahin auch nicht angenommen hätte, daß ein Fußball-Match länger als 90 Minuten dauert – , befand ich mich nun in einem Zwiespalt. Wenn ich kein deutscher Intellektueller und schon gar nicht ein naserümpfender Künstler sein wollte – mußte ich dann nicht das Buch auf den Stapel zurücklegen, mußte ich dann nicht hinaus, um mit dem »Volk« zu jubeln, zu schimpfen und Fahnen zu schwenken? Gerade das erschien mir wenig ratsam: Bestünde nicht die allergrößte Gefahr, daß ich im falschen Augenblick jubele, schimpfe oder die Deutschlandfahne hochreiße?

Was konnte ich also tun? Ich war geradezu gezwungen, diese Bücher genauestens zu studieren, wenn ich nicht riskieren wollte, daß bald schon der Abgrund zwischen dem Volk und mir nicht mehr zu überwinden sein würde. Schon zerplatzten draußen die ersten Feuerwerkskörper (ich sage Ihnen vermutlich nichts Neues: Deutschland hatte gewonnen), als ich auf diese lehrreiche Passage in Böttigers Werk stieß: »Die Dialektik als fortgeschrittene Form des Denkens fand sich wieder als Doppelpaß auf dem Spielfeld. Ein klassischer Dreischritt, mit dem Torschuß als abschließender Synthese: Derlei hegelianischer Fußball konnte nur von dieser deutschen Nationalmannschaft praktiziert werden.«

Wenigstens hatte ich an diesem 30. Juni nichts verpaßt, denn die Hegelianer spielten zuletzt 1974 auf. Es waren die Netzer, Breitner, Müller, für die sich bereits meine Mitschüler begeistert hatten. Dieselben Mitschüler übrigens, die mich, der ich damals schon zur Dialektik und zu damit verwandtem »Querdenken« (Böttiger) gänzlich unfähig war, zusammenstauchten, wenn ich während des Pflichtspiels nach der Sportstunde im Elfmeter-Raum herumlungerte, Pässe verfehlte oder gar, in größter Panik, den ankommenden Ball ins falsche Tor bugsierte.

Bis zu diesem 30. Juni wäre ich nie und nimmer darauf gekommen, daß die damalige Nationalmannschaft vom Weltgeist inspiriert war. Und noch viel weniger hätte ich gedacht, daß diese auch von Brecht und Sartre vorbereitete Fußball-Genialität bald darauf vom »schematischen Plus-Minus-Denken« des Tennis, vom amerikanischen Positivismus und von der Pfälzer Schunkelmentalität überlagert und zersetzt wurde. Das war völlig an mir vorbeigegangen, aber Böttiger öffnete mir die Augen: Zusammen mit Helmut Kohl, der Pfalz insgesamt, Botho Strauß, Sat.1 und den USA hat das »undialektische«, »digitale« Tennis die »Identität« des Fußballs zerstört – immerhin einen wesentlichen, wenn nicht den alles entscheidenden Teil der »kulturellen Identität« Deutschlands.

Traurig. Ich griff zu einer theologischen Erquickung, *Gott ist rund* (Berlin 1996) von Dirk Schümer. Er beginnt mit dem Satz »Fußball ist Schwachsinn«, dem ich vor meiner Aufklärung durch Böttiger rückhaltlos zugestimmt hätte. Fußballer sind häßlich, führt Schümer aus, Fußball-Spiele sind unelegant, atavistisch und langweilig obendrein. Ganz richtig – aber wo bleibt der tiefere Sinn? Er erscheint in Gestalt des Nikolaus von Kues (nahe dem Betzenberg-Stadion): »Der Ball bedeutet für Nikolaus das Symbol der göttlichen und der mathematischen Vollkommenheit. ... Im Ball fallen die Prinzipien zusammen: Chaos und Ordnung, Vernunft und Irrsinn, Schönheit und Mißgestalt, Ruhe und Bewegung.« Die unvollständige Induktion nach dem Vorbild der Hochscholastik ergibt also: »Fußball steht für alle Erscheinungsformen der

menschlichen Existenz. Er ist weltumspannend. Man könnte sogar sagen: totalitär. Fußball lohnt die höchste begriffliche Anstrengung. Wenn wir alle seine Aspekte verstanden haben, dann haben wir auch das Leben verstanden.«

Die Weltformel, die Essenz des Lebens selbst in greifbarer Nähe, las ich unablässig weiter. Draußen war das Feuerwerk längst abgebrannt. Es tagte bereits, als mein Blick über Schümers verheißungsvollen Satz glitt, »die Eigentlichkeit des Fußballs« sei »immer noch zu finden«. Aber wo steckte sie bloß? Bei Nikolaus vom Betzenberg, beim 1. FC Existentialontologie? Ach wo – bei Sepp Herberger: »Bei allem wissenschaftlichen Ansehen Heideggers und seiner kargen Kunst des Denkens – der schlüssigere Kopf bleibt Sepp Herberger, dieser biedere Handwerksmann des Fußballsports.«

Sieh da, der einfache Mann aus dem Volke. Als sei er jener wettergegerbte Bergbauer, den Prof. Heidegger stets um Rat fragte, kann man von Herberger erfahren, daß Fußball »an die tiefsten Geheimnisse des Lebens« rührt; des Lebens, »das schließlich auch nichts anderes ist als die jeweils unvorhersehbare Ausführung eines genetischen Regelwerks durch Kommunikation von Akteuren, die letztlich gar nicht anders können als mitzuspielen, wo das Schicksal sie hingestellt hat«. Wie Sepp Herberger die Seinen. Schon fühlte ich mich vom Schicksal auf die Reservebank versetzt: »Elf Jünger spielen mit, und Judas ist der Ball.«

Nachdenklich geworden, ging ich zu Bett und träumte von Bällen mit Koronen, von Bällen, die kometengleich durchs Weltall flogen, begleitet von Engeln, die alle wie der junge Netzer aussahen und »Olé, olé, olé« flöteten. Als ich mich wieder erhob, wußte ich, daß ich das genetische Regelwerk des Lebens entziffern und dem Schicksal trotzen wollte, das mich ins Abseits hatte laufen lassen. Zurück zum Volk, zu den biederen Handwerkern des Seins!

Aber, Vorsicht: »Das Volk liebt den Verrat, aber haßt die Verräter«, warnt Norbert Seitz (*Bananenrepublik und Gurkentruppe*, Ffm. 1987) mit den Worten des machiavellistischen »Nationalverteidigers« Thomas Berthold. Wieso Verrat? Wollen die Fußball-Intellektuellen nicht alle in den Schoß des Volkes zurück? Nein, schreibt Seitz, das »plötzlich so starke Mitteilungsbedürfnis von Intellektuellen in Sachen Fußball« habe andere Ursachen: »Sie (die Ursachen; S.R.) bewegen sich in den Urgründen des traditionell in Deutschland am meisten verletzten Seelenlebens von Intellektuellen.« Schon wieder Abgründe, keine, die vom Leben trennen, sondern solche, in denen das Leben selbst haust. Sollte ich hinabsteigen? Aber nur mit Grausen, denn Furchtbares hält das Seelenleben der verletzten deutschen Intellektuellen bereit: »Es ist Niedriges, nämlich bodenlose Häme und die kaum zu bändigende Schadenfreude gegenüber dem schleichenden Niedergang des deutschen Fußballs, was viele neugierig werden ließ.«

Erst die Lust am Verrat triebe also die Intellektuellen zum Volk? Dann wäre nicht der Ball der Judas, sondern die Ballosophen wären es? So habe ich unsere Lehrmeister des edlen Sports aber nicht verstanden. Dietrich Schulze-Marmeling etwa postuliert in *Der gezähmte Fußball* (Göttingen 1992): »Lebendiger Fußball läßt sich nicht am Reißbrett und hinter verschlossenen Türen entwickeln, sondern benötigt die Nähe des Volkes und die Integration in den Alltag.«

Der deutsche Fußball aber habe den »Fußball-Humanismus« aufgegeben, entferne sich zusehends von seiner »sozialen Basis« und werde – wir wissen es schon – dem »Bumm-Bumm-Tennis« immer ähnlicher. So redet doch kein Judas, sondern ein sportlicher Freund des Volkes! Diese Männer eilen von rechts und links herbei, um das Volk auf den Weg seiner eigentlichen Bestimmung zurückzuführen. Auf den Weg, den authentische Fußball-Weise wie Sepp Herberger vorgezeichnet haben, zurück zu den großen Humanisten und Dialektikern des Spiels, dorthin, wo der Fußball noch lebt. Solche Edlen des Verrats verdächtigen – das ist schon arg.

Mißmutig betrachtete ich im Frühstücksfernsehen unsere tennisverdorbenen, positivistischen Nationalspieler, wie sie, auf dem Balkon des Römer stehend, die Huldigungen des digitalisierten Angestellten-Milieus entgegennahmen, und sann auf Abhilfe. Da las ich Christoph Bausenweins versöhnliche Worte in *Geheimnis Fußball* (Göttingen 1995), »auf das Rad« hätten »manche Völker verzichten« können, »nicht aber auf den Ball«. Und weiter: »Der Fußball lebt, scheinbar ungebrochen, trotz aller Konkurrenz durch andere Sportarten.«

Der deutsche Fußball lebt noch immer, trotz Bumm-Bumm-Tennis und Helmut Kohl. Ich glaubte, aufatmen zu dürfen. Aber dann kam's: Der Fußball habe, »wenn überhaupt, allenfalls an der Basis Probleme«. An der sozialen Basis? Bausenweins kühler Bericht traf mich ins Mark: Seit 1984 mehr als 40 Prozent »Nachwuchskicker« weniger. Das konnte nur bedeuten: Wenn diese Tendenz sich fortsetzt, werden eines Tages, und bald schon, die Intellektuellen auf der Suche nach dem Volk in Ermangelung desselben selbst auf den grünen Rasen müssen.

Das war zuviel für mich. Selbst spielen? Lieber wollte ich als Naserümpfer dastehn. Das restliche Dutzend Fußball-Bücher habe ich dann nicht mehr gelesen. Geheilt wandte ich mich den Siegesmeldungen der Morgenzeitungen und einem kohlenhydratreichen Lunch zu.

Der Autor dankt Herrn Martin Krauß für die Zusammenstellung der Literatur-Liste.

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 7/96 über verbrauchende Journalisten

Konkret 08/96, S. 62

Klaus Bittermann

Die Besessenheit der frühen Jahre

Über die Romane des englischen Schriftstellers Nick Hornby

Es ist schon Jahre her, seit ich Wolfes *Fegefeuer der Eitelkeiten* las und berauscht war von Stil, Spannung, Witz, Ironie, Esprit, eben von alldem, was ein guter Roman bieten muß. Ich konnte nicht verstehen, daß es Leute gibt, die das Buch mittelmäßig finden oder einfach nur langweilig. Mag sein, daß das mit Geschmäcken zu tun hat, aber wenn das so ist, dann gibt es für mich keinen Zweifel, wer den guten und wer den schlechten Geschmack besitzt, denn dieses Buch verfügt über Qualitäten, die unabhängig sind von Stimmung und Laune des Lesers, es sei denn, er mag Mittelklassewehwehchenliteratur und findet zum Beispiel John Updikes *Rabbit in Ruhe* großartig.

Seither jedenfalls herrschte Dürre, und auch wenn ich an durchaus respektablen Romanen nicht unterversorgt war, konnte doch keiner jene Begeisterung bei mir hervorrufen – bis zu jenem Tag, an dem mir *High Fidelity* von Nick Hornby in die Hände fiel. Ich weiß, daß ich damit nichts Neues sage, daß schon längst beinahe überall Hymnen auf ihn gesungen worden sind, daß es von *High Fidelity* bereits die 4. oder 5. Auflage gibt, daß das Buch in England sofort ein Bestseller wurde und in wer weiß wie viele Sprachen übersetzt wird. Diesmal jedoch irrt der Publikumsgeschmack so wenig wie bei *Fegefeuer der Eitelkeiten*, und die Rezensenten haben kein ödes Buch in den Himmel gelobt.

Ich liebe diesen Roman, obwohl er ein Thema behandelt, das ich nicht besonders schätze, weil es zumeist ein grandioses Mißlingen garantiert: das Beziehungs-Thema. Auch daß Hornby seine innere Stimme monologisieren läßt, ist nicht dazu angetan, das Buch zu empfehlen, aber er macht es einfach auf eine hinreißende Weise. Rob Fleming, der Protagonist des Buches, ist ein Mann Mitte Dreißig und Besitzer eines Schallplattenladens. Seine langjährige Freundin hat ihn gerade verlassen, und es plagen ihn Zweifel, ob seine autistische Fixierung auf Musik wirklich der Maßstab aller Dinge ist und einigermaßen zuverlässig durchs Leben führt. Früher ist es einfach Unsinn gewesen, zu behaupten, »eine Beziehung hätte Zukunft, solange die Plattensammlungen ganz und gar nicht harmonieren«, die Simple Minds gehörten noch vor U2 plaziert, Bryan Adams und Genesis aber zu den Musikern, »die nach der musikalischen Revolution erschossen gehören«, und mit Leuten, die zu sehr damit beschäftigt waren, »Dispokredite zu bewilligen oder im ehemaligen Jugoslawien Frieden zu stiften«, will Rob Fleming nichts zu tun haben. Nun aber stellt sich die Frage, ob es möglich ist, »eine Beziehung und eine große Plattensammlung gleichzeitig zu verwalten«, ein Konflikt, der dem alter ego Hornbys schwerwiegende Kompromisse abnötigt.

Wer kennt nicht diese Besessenheit der frühen Jahre, als jeder, der nicht mindestens Jimi Hendrix, die Doors, Eric Burdons »War«, die Stones und die Pretty Things zu den Top Five zählte, auf der anderen Seite der Barrikade stand? Zwar können nur aus dieser blinden und alles andere ausschließenden Begeisterung Mythen entstehen, aber von außen betrachtet gibt die radikale Haltung keineswegs immer Anlaß zum Jubeln, sondern ist häufig auch ziemlich nervtötend und peinlich. Solche Momente beschreibt Hornby großartig und mit zauberhaftem Witz. Rob Fleming ist widerlich und unausstehlich und dann doch wieder äußerst charmant, er ist melancholisch und niedergeschlagen und dann doch wieder obenauf, weit klaffen Anspruch und Wirklichkeit seines Lebens auseinander, und weil er damit seinen Frieden noch nicht geschlossen und den Konflikt noch nicht begraben hat, wie die meisten seiner Generation, die nur an ihre Karriere denken und am Wochenende Tina Turner hören, wirkt er so durchaus sympathisch.

Nach *High Fidelity* ist nun auch Hornbys erstes Buch erschienen. In *Ballfieber* erzählt er von seinen Leiden als Fan des Fußballklubs Arsenal London. In kurzen Kapiteln erinnert er sich an einzelne Ereignisse, und jedes dieser Ereignisse ist untrennbar verknüpft mit einem Spiel von Arsenal, so als ob es nur deshalb im Gedächtnis haften blieb. Kann sein, daß Leuten, die nichts mit Fußball anfangen können, Hornbys Bekenntnisse kalt lassen, obwohl doch nirgendwo besser und vergnüglicher nachzulesen ist, daß nicht jeder Fußballfan Hooligan und doof ist, sondern womöglich unter seiner Sucht, seiner bedingungslosen Treue leidet, mit jedem Spiel erneut emotionale Torturen durchmacht und sich selbst beim Wunsch ertappt, das Schwein von Schiedsrichter möge zum Teufel gehn, obwohl man den Regelverstoß vom eigenen Platz aus nur undeutlich sehen konnte.

»Tolle Fans« schallt es aus jeder »ran«-Sendung bis zum Erbrechen, und gemeint ist jene wogende und gesichtslose Masse, ohne die die Sender ihre Kameras einpacken könnten, aber natürlich haben die Berichterstatter nicht die leiseste Ahnung, was es bedeutet, Fan zu sein, daß das Fan-Dasein eine enorme Reduktion bedeutet, weil Fußball alle Gedanken zu okkupieren vermag, und daß man möglicherweise mitten in einem Gespräch über sonstwas an die wunderbare Steilvorlage von Emmerich auf Held im Europapokalendspiel 1966 gegen Liverpool denken muß, die das Führungstor zur Folge hatte. Jeder Borussia-Fan, dem das schon einmal passierte, weiß, wovon die Rede ist. Hornby hat derlei Bedrängnisse aus der Perspektive eines Mittelschichtsintellektuellen beschrieben, der genügend Verstand besitzt, um guten von schlechtem Fußball zu unterscheiden, der die Fähigkeit hat zu abstrahieren und der dennoch immer wieder zutiefst enttäuscht ist, wenn Arsenal verliert, auch wenn es verdient war und sich um ein völlig unbedeutendes Spiel handelte.

Obwohl Hornby abergläubisch genug ist zu hoffen, das neue Mannschaftstrikot, vor dem Fernseher bei der Übertragung eines wichtigen Spiel übergezogen, könnte helfen, ist *Ballfieber* das bisher wahrscheinlich intelligenteste Fußballbuch, denn man erfährt eine Menge höchst aufschlußreicher Dinge über den englischen Fußball der letzten zwanzig Jahre, über den Rassismus in den englischen Fußballstadien, über die hoffnungslose Nationalmannschaft, die einen hoffnungslosen Haufen anzieht (was einem ziemlich bekannt vorkommen dürfte, denkt man an den Mob, der sich 1990 in Berlin zusammenrottete, als die deutsche Nationalmannschaft die Tschechoslowakei aus dem WM-Turnier warf), über die diversen Fußballkatastrophen, die vorauszusehen waren, und über die geheimnisvolle Tatsache, daß Fußballfans vor allen anderen wußten, daß der Golfkrieg ausgebrochen war. Hornby parliert auch über nebensächliche Dinge so wunderbar, daß man gar nicht genug kriegen kann von den Geschichten, von denen man ziemlich schnell weiß, wie sehr man sie vermissen wird, hat man *Ballfieber* zu Ende gelesen.

Nick Hornby: *High Fidelity*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1995, 336 Seiten, 39,80 Mark; und *Ballfieber*, Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins, Hamburg 1996, 225 Seiten, 28 Mark

Klaus Bittermann schrieb in KONKRET 6/96 über Margret Boveri

Konkret 08/96, S. 63

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Kurt Mattenklott dreht durch und gewinnt Land

Ein Einwurf zur 34. Bundesligaspielzeit

In Sonntags trüber Frühe
Sieht am Ufer der Ruhr man stehn
Kurt Mattenklott den Stürmer
Von Wattenscheid Nullzehn

Wie in Absence so hält er
In die Fluten der Angel Schnur
Und sein trauriges Antlitz konterfeit sich
Im fließenden Spiegel der Ruhr

Und wie er so schaut so versunken
Da taucht in ihm auf das Bild
Wie der Keeper von Eintracht Bochum
Ihm den Ausgleich gestern gekillt

Es war beim fünfzigsten Derby
Und Bochum lag Eins zu Null vorn
Aber Wattenscheid stürmte stürmisch
Stürmischer als wie Kap Horn

Und es kam die Flanke geflogen
Von rechts Sekunden vor Schluß
Und Kurt stieg hoch wie Alexanders
Schlachtroß Buzephalus

Doch anstatt daß er das Leder
In die lange Ecke versenkt
Köpft er es dem Bochumer Keeper
In die Arme unbedrängt

Der Torschrei der Wattenscheider
Im Lohrheidestadion
Schlug um noch auf den Lippen
In ein Wetter aus Spott und Hohn

Grad noch Niederlageerlöser
Eben noch Ausgleichsgott
Hagelte es nun Verdammnis

Aufs Haupt von Kurt Mattenklott

Mattenklott du Hotten
Tott schrie das Fankollektiv
Und es brannten Wattenscheids Fahnen
Und die Sitzkissen flogen tief

Und wie Kurt vor Scham wollt sinken
In den Rasen alias Grab
Hatte Bochum die Punkte im Sack ej
Und der Schiri pfiff Wattenscheid ab

So steht mit der Samstagswunde
Kurt des Sonntags am Ufer der Ruhr
Und holt mit der Rolle der Rute
Immer wieder ein die Schnur

Und immer wieder kommt die Flanke
Und immer wieder trifft er schlecht
Und immer wieder kehrt der Haken
Und dran hängt kein Karpf und kein Hecht

Kurt ist scheints fix und foxi
Infolge Punktverlust
Da entrümpelt er kräftig ventilierend
Vom Vaevictodruck seine Brust

Und er schmeißt in des Flusses Fluten
Fluchend das Angelgerät
Und schreit als ob man ihm ohne
Betäubung das Kreuzband nähn tät

Und er schreit als wie der Bluter
Den man geschnitten hat
Und er schreit wie der zur Laterne
Verurteilte Aristokrat

Und er schreit wie das Vermögen
Wenn sich ihm der Fiskus naht
Und er schreit wie der als Mörder
Angesprochene Soldat

Und er schreit man möge im Arsch ihn
Lecken mit all dem Scheiß

Den Standardsituationen
Und dem TätlichkeitsTVbeweis

Dem ViererkettenContra
Und dem ZweiSpitzenPro
Und dem JaGutGestammel
In Ran und Ranissimo

Dem Bertivogtforechecking
Und dem Loddamaddäuskomplott
Und dem Beckenbauergekaisere
Und dem KönigOttoSchrott

Und den nach Vereinsfarben getrennten
Besoffnen
Hinter Werbung und Eisenzaun
Und den haushaltsgeldmindrungbedingten
Tränen der Abstiegsclubspielerfraun

Mit all diesem dröhnenden Dünnpfiff
Mit all diesem schillernden Scheiß
Könne man ihm Kurt Matten
Klott künftig und zwar kreuzweis

Und Kurt Mattenklott läßt den Unfug
Und wendet Wesentlichem sich zu
Denn er weiß nun: Der Sinn des Lebens
Steckt nicht im Fußballschuh

Konkret 08/96, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Eraser

Regie: Chuck Russell; mit Arnold Schwarzenegger, Vanessa Williams, James Coburn, James Caan; USA 1996; 115 Minuten; ab 22. August im Kino (Warner Brothers)

Geliebte Aphrodite

Regie: Woody Allen; mit Woody Allen, F. Murray Abraham, Mira Sorvino, Helena Bonham Carter, Peter Weller; USA 1995; 95 Minuten; ab 15. August im Kino (Kinowelt)

Schwarzenegger und Woody Allen zur Deckung gebracht – das schafft jedes Grafikprogramm – , dann hätten wir ihn, den definitiven US-Mann-Gott, der Schicksal spielt und allmächtige Kräfte einsetzt, eher physischer Art beim einen, psychischer beim andern. Vorläufig haben wir es jedoch noch mit zwei verschiedenen Filmen zu tun, mit »Eraser« (Schwarzenegger) und »Mighty Aphrodite« (Woody Allen), aber das göttliche Imponiergehabe ist identisch. Es geht jeweils um die attraktive, aber unvernünftige Frau, die belehrt und bewacht werden muß. Es braucht den Allmächtigen, um die FBI-Mitarbeiterin (Vanessa Williams in »Eraser«) ins Zeugenschutzprogramm und um die Porno-Queen (Mira Sorvino in »Mighty Aphrodite«) in die Mutterschaft zu schicken. Unsere Doppel-Frau tut wie geheißen, denn es ist doch nur ihretwegen, daß der Mann ins Schwitzen kommt, zum Beispiel Schwarzenegger in der Schwulendisco; man sieht ihm die übernatürliche Anstrengung an, die es ihn kostet, eine lange Großaufnahme lang mit dem hübschen Tresenjungen zu flirten, denn auch er weiß, was alle wissen, daß das Mienenspiel nicht eben seine Stärke ist. Wie Woody Allen sich windet, wenn die Frau, um die er sich wortreich-intellektuell bemüht, sachlich-geschäftsmäßig vorschlägt, ihm ordentlich einen zu blasen – das können wir uns eher vorstellen. Aber geschwitzt hat auch er wie lange nicht. – Der Reihe nach.

Schwarzenegger braucht einen Feind. Der sitzt in Europa, heißt Russenmafia und will auf der MS »Podeba« die allergrauenhafteste Superwaffe aus den USA verschiffen. Es handelt sich dabei um nichts anderes als die neueste Gewehrentwicklung, was überraschen mag, aber mit dem amerikanischen Gun-Kult vollkompatibel ist. Da der Waffenhandel, gleichfalls überraschenderweise, illegal ist, muß Frauenbeschützer Schwarzenegger mit dem Gewehr schießen und manch aufregendes Abenteuer erleben. Ein Krokodil will ihn beißen, aber er hat einen Dolch im Koppel, auch weiß er ein Eisenbahnunglück herbeizuführen. – Was er verbal absondert, sind Sprechblasen; seine unbewegliche Mimik ist längst Kult, und die eher altmodischen Abenteuer haben in diesem Film einen Hauch von Nostalgie. Wir sind in der heilen Welt der Comics. Der klassische Tim ist wieder auferstanden; statt mit Struppi müssen wir allerdings mit Vanessa Williams vorliebnehmen. Tim Schwarzenegger ist unser Held, und er verdient liebevolle Nachsicht. Selbst wenn es unfreiwilliges Gelächter gibt, weil die Maske überzogen und der Stunt verschnitten ist, akzeptieren wir das, was in anderen Filmen ernüchternde Fehler wären, als die Karikatur, die jeder gute alte Comic ist.

Woody Allen braucht keinen äußeren Feind. Nur dem tumben Zwiebelfarmer, an den er Mira Sorvino, die von ihm beschützte Frau, verkuppeln will, muß er erklären, wer die Bösen sind – auf Nachfrage. Dem als Vater ausersehenen Dumpfbauern preist er die Porno-Aktrice als Schauspielerin an, welche in »Schindlers Liste« gefilmt habe. Der Verkuppelte: »Das ist doch der Film mit den Juden, und wer waren gleich wieder die Bösen?« Allen: »Die Nazis.« Der Verständnistest: »Tough Motherfuckers.« – »Mighty Aphrodite«, die sich mit allem, was von der Political Correctness beherrscht wird, anlegt, braucht ebenfalls ihr angestammtes Europa. Ein Amphitheater am blauen Meer. Sirtakiklänge definieren den Platz geographisch. Der griechische Chor, die Götter selbst kommentieren Allens Frauenbeschützerspiel im fernen New York; Verstöße ohne Ende gegen alles, was moralisch einwandfrei und korrekt ist. Unser Held braucht abgetakelte alte und neue Götter, reihenweise, um seine Omnipotenz zu sichern. Teiresias, der Betrüger, kann sehr wohl sehen. Kassandra ist nichts weiter als ‘n Partypooper. Zeus, um Hilfe angefleht, hat nur ein Band laufen, auf dem man sein Problem hinterlassen kann. Die Klagen des fernen Chores verwandeln sich langsam aber sicher in heimischen Jazz. Der kultivierte Allen-Gott hat das Abendland eingemeindet; so lustig wie im »Eraser«-Comic ist seine Welt daher nicht.

Als deus-ex-machina wird, logisch, ein Hubschrauberpilot-in-der-Maschine eingeführt. »Ist das Leben nicht voller Ironie?« fragt da der Chorführer (der berühmte F. Murray Abraham) feinsinnig, um dann voll auf »Be Positive« zu sülzen: »Das Leben ist unglaublich, voller seltsamer Wendungen, einfach wunderbar!« Und siehe, von einer Dirne wird ein Kindlein geboren. Der Chor stimmt den good old song an: »When you’re smiling, the whole world smiles with you. But when you’re crying, you bring on the rain. Keep smiling.« – Smiley Allen, alter Frauenbeschützer, Du großer Gott, das war der Abgesang.

Konkret 08/96, S. 64

Michael Nauert

Film & Theater

Trainspotting

Regie: Danny Boyle; mit Ewan McGregor, Ewan Bremner, Jonny Lee Miller, Kevin McKidd, Robert Carlyle; Gro□ britannien 1996; 94 Minuten; ab 15.8. im Kino (prokino/Central)

Man sollte einerseits natürlich dankbar sein, daß es diesen Film gibt. Einen Film, der Hollywood großkotzig als Film-Version von Britpop den Kampf ansagt, der »Elend in >Lebensgefühl< übersetzt« (Thomas Groß in der »Taz«) und der tatsächlich noch »surreale« Traumsequenzen verwendet. Man sollte vor allem deswegen dankbar sein, weil er das Medium Film endlich mal wieder mit sozialen Realitäten in Verbindung bringt und diese, konkret: den schottischen »white trash« und die Figur des unter Umständen selbstbestimmten Heroin-Users, durch seine multimediagestützte Definitionsmacht zu einem Thema werden läßt, über das in diesem Sommer wirklich jeder reden muß.

Die Verfilmung des nun »Kultroman« genannten Buchs von Irvine Welsh (erschienen bei Zweitausendeins) ist allerdings eher eine kunstgewerbliche Imitation von Pop, und selbst das Britpop-Original hat schon frischere und relevantere Zeiten erlebt. Um so unglücklicher ist deshalb die schon im Ansatz unernste und bisweilen sogar »grotesk«-lustige Haltung des Films, zumal sich das Elend, um das es hier geht, doch gewaltig von beispielsweise der privatistischen Loser-Romantik der US-Home-Recording-Szene eines Beck unterscheidet. Mit dieser aber in einem Topf zu landen, nimmt »Trainspotting« mit seiner offensiven, aber unkonkreten Pop-Strategie zumindest in Kauf, ebenso wie auf der anderen Seite allerlei Affinitäten mit Komödien wie »Delicatessen«. Und für die daraus resultierenden vagen Hip-Gefühle will mir nun wirklich keine erfreuliche Verwendung einfallen.

Konkret 08/96, S. 65

Otto Köhler

Film & Theater

Auf der Suche nach Z

Videodokumentation von Kathrin Gerlof und Bernhard Schneidewind; mit einem Foto von Rainer Zitelmann; BRD 1996, 30 Minuten, Elster Verlag/Rio Cargo, Zürich 1996 (Kaos-Film); 50 Mark

Einst war er Chef der »Geistigen Welt«. Ein Aufstand der Redakteure hat ihn daraus vertrieben. Er wurde zum Redakteur für Zeitgeschichte degradiert. Dann verschwand er ganz aus dem »Welt«-Impressum, durfte nur sehr gelegentlich für die »Welt«-Leser demoskopische Umfragen referieren. Und der Ullstein-Verlag, den er vor drei Jahren als Cheflektor konsequent nach Rechtsaußen führte, will wieder liberal-konservativ werden und hat sich völlig von ihm getrennt. Nur in der Berliner FDP ist er – auch nach seiner Niederlage auf dem Landesparteitag – noch wer.

»Wer oder was ist ein Zitelmann?« fragt ein Videofilm von Kathrin Gerlof und Bernhard Schneidewind. Die Suche beginnt bei einem, der sich nicht vereinnahmen lassen will, bei Wolfgang Templin. Von der SED zur Bürgerbewegung befindet er sich im »Aufbruch aus den Gewißheiten des linken Lagerdenkens«, aber keineswegs, wie er »in ganz deutlicher Unterstreichung« versichert, auf dem Weg nach rechts. Zitelmann nennt ihn den »unabhängigen Linken, der der demokratischen Rechten nahesteht«. Auf seinem Weg in die geistige Unabhängigkeit ist Templin als Mitautor – und darauf ist er stolz – in die zweite Auflage des Manifests der Neuen Rechten, *Die Selbstbewußte Nation*, geraten. Als Lückenbüßer – andere, wie der »FAZ«-Redakteur Eduard Beaucamp, haben den rechtsextremistischen Zusammenhang erkannt, in den sie da geraten waren, und haben die *Selbstbewußte Nation* noch vor ihrer zweiten Auflage angeekelt verlassen.

Doch Templin, der »das Gefühl« hat, daß er »mit einem linken biographischen Hintergrund und einer linken Sozialisation« heute »gewissermaßen zwischen den Lagergewißheiten steht«, versteht sich als Vermittler »zwischen den Blöcken«. Er kann nicht verstehen, daß die Leute um Zitelmann und die »Junge Freiheit« den Filmemachern jedes Interview vor der Kamera verweigerten. Templin: »Ich würde davon ausgehen, die >Junge Freiheit< ist gesprächsbereit. Ich biete mich für die Vermittlung an.«

Doch die Herren, die stets jammern, daß ihr Einfluß auf die Medien so gering ist, verweigern sich auch dem Vermittler, lehnen jedes Gespräch ab. Dieter Stein, Chefredakteur der »Jungen Freiheit«, war lediglich dazu bereit, schriftlich Fragen entgegenzunehmen und sie schriftlich zu beantworten. Verständlich, er und die Seinen haben nichts zu sagen – außer Platitüden: »Ich sehe die >Junge Freiheit< als Katalysator für neue Diskussionen.« Und die Konkurrenz taugt nichts. Stein: »Die >Welt< wird von angepaßten spießigen Blödmännern geführt. Sie hat auch keine Zukunft mehr.« Da wird er sich schleunigst umstellen müssen. Seit das Video im Handel ist, hat es bei der »Welt« – Kirch ist groß und vergißt die Seinen nicht – ein Zitelmann-Revival gegeben: Anfang Juli war der Nationalrevoluzzer wieder voll da: Er durfte einen Samstags-Leitartikel schreiben. Überschrift: »Toleranz und Meinungsfreiheit«. Inhalt: Demonstrationen gegen den Papst müssen verboten werden.

Konkret 08/96, S. 64

Michael Nauert

Film & Theater

Mission: Impossible

Regie: Brian de Palma; mit Tom Cruise, Jon Voight, Emmanuelle Béart; USA 1996; 110 Minuten; ab 8.8.96 im Kino (UIP)

Normalerweise ist es ziemlich uninteressant, wie sich eine Verfilmung zu ihrer Vorlage verhält. Meist gibt es ein Buch und einen darauf basierenden Film, aber beide befinden sich in so unterschiedlichen Rezeptionskontexten, daß Interferenzen nicht zu erwarten sind und jedes Produkt für sich aus unterschiedlichen Gründen gut, schlecht, spannend oder sonst irgendwie gefunden werden kann. Etwas anders ist es in Fällen wie diesem, wo Vorlage und Film sich im gleichen Feld bewegen: der amerikanischen Popkultur mit potentiell universalem Anspruch.

Zwischen 1966 und 1973 wurden von der überaus populären TV-Serie »Mission: Impossible« (in Deutschland: »Kobra, übernehmen Sie!«) 168 Episoden gedreht, die in 90 Länder verkauft wurden. (Dazu kommen 35 Folgen aus einer Neuauflage von 1988 bis 1990.) Im Mittelpunkt stand dabei eine Gruppe Agenten der US-Regierung, die auf besonders schwierige Fälle an exotischen Schauplätzen spezialisiert war. Sie löste diese durch präzises Teamwork und häufig durch das Inszenieren von aufwendigen Scheinsituationen und Scheinwelten, durch die die jeweiligen Gegenspieler getäuscht wurden. Mit einer solchen Szene beginnt auch der Film von Brian de Palma, doch dann wendet er sich schnell von diesem Muster ab. Genauer gesagt: Er denunziert seine Vorlage.

Bei einer vergleichsweise banalen Operation in Prag wird das gesamte Team von Ethan Hunt (Tom Cruise) getötet, und es stellt sich heraus, daß es darum ging, einen Maulwurf in den Reihen der Agenten zu enttarnen. Hunt ist als einziger Überlebender nun der Verdächtige, er flieht und stellt ein illegales neues Team zusammen, um aus dem CIA-Zentralrechner Informationen zu stehlen, die er bei einer mysteriösen Informationshändlerin gegen den Namen des Verräters eintauschen möchte. Die genaue Story ist dabei ebensowenig nachvollziehbar wie in vielen der TV-Episoden, aber die Effekthascherei geht in eine andere Richtung. War früher die undurchschaubare, raffinierte Konstruktion (die nicht immer wirklich schlüssig sein mußte) das Sensationelle, gibt es hier nur temporeiche Verwirrung, die in spektakulären Actionszenen aufgelöst wird. Vor allem wird aber das zentrale Teamwork-Ideologem aus der Zeit des Kalten Krieges korrigiert: Sogar unter den Regierungsagenten gibt es einen Verräter, und auch die Arbeit im von Hunt neugegründeten Team ist von (berechtigtem) Mißtrauen geprägt. Im Grunde ist Tom Cruise ein Einzelkämpfer, der nur überlebt und zum chicen jugendlichen Helden wird, weil er niemandem mehr vertraut.

Nun könnte man meinen, das seien lediglich Anpassungen an eine veränderte Zeit, in der Individualisierungstendenzen den gesellschaftlichen Konsens auflösen und in der staatlichen Institutionen grundsätzlich zu mißtrauen ist. Aber am Ende siegt doch das Gute in Gestalt der Regierung über die Gier des Einzelnen, und die denunziatorische Absicht des Films wird spätestens deutlich, als unnötigerweise die einzige Figur, die aus der Serie direkt übernommen wurde, als Verräter entlarvt wird.

De Palma und seine Produzenten haben auf die schwierige Gratwanderung zwischen einem respektvollen Umgang mit dem Original und dem Effektearsenal von George Lucas' Licht-und-Ton-Firma verzichtet, die zuletzt von »Goldeneye« gemeistert wurde. Statt dessen haben sie dem »Charme« und den Ideen der 60er einen Tritt gegeben und unter Ausbeutung einiger Serienmotive einen stinknormal spektakulären, teuren, auf seinen Star fixierten Actionfilm gemacht, der teilweise wie eine James-Bond-Imitation wirkt und nicht einmal auf längst peinliche Internet-Spielereien verzichten kann, aber trotzdem die vier oder fünf erstaunlichen Szenen liefert, die man vom Stand der Technik erwarten darf – auch wenn eine davon aus Jules Dassins »Rififi« geklaut ist. Und das ist letztlich doch zu wenig spektakulär.

Konkret 08/96, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Wohin der Kampf um vereinfachte Schreibweisen führen wird, läßt sich an Texten erkennen, die auf Maschinen erfaßt sind, denen das scharfe ß fehlt. Aus einem in Dänemark gesetzten, vom Dänischen ins Deutsche übersetzten Kochbuch stammt der Rat:

Man soll regelmässig, abwechslungsreich und in Massen essen.

Man sieht, wie schnell aus einer Rechtschreibreform ein bedingt vorsätzlicher Völkermord werden könnte.

Zwei Frankfurter Streetfighter: der eine, Josef Fischer, frißt bis er platzt, der andere, er heißt Klaus Trebes, hat aus der Neigung zu unablässiger Nahrungsaufnahme einen Beruf gemacht. In der Farbanzeigenbeilage der »Frankfurter Allgemeinen« stellt er den kochenden Feinschmecker dar, der mit einer Seezunge etwa so verfährt, wie es das andere halt- und halslose Ungeheuer mit der Weltrevolution vorgemacht hat:

Mit einem Messer mit biegsamer Klinge die vier Filets vom Rückgrat her nach außen ablösen. Man brate die gewürzten Filets in geklärter Butter und überziehe sie mit einer leichten Orangensauce. Für die Sauce die abgeriebene Schale einer unbehandelten Orange mit etwas Orangensaft, Fischfond, Noilly Prat und Sahne einkochen und kalte Butter untermixen...

Wer einer Seezunge, anstatt sie an ihrer Gräte zu garen, die Filets abschält, wer diese dann in Orangensaft, Wermut und Sahne tunkt, warum greift der nicht gleich zu Currywurst mit Pommes rotweiß? Schmeckt toll, geht ruckzuck, kost' so gut wie nix. Und macht genauso fett.

Manchmal wird man von Fremden oder Kindern gefragt, was es mit der modernen Zivilgesellschaft auf sich habe, von der in den deutschen Feuilletons so sehr die Rede sei. Da kommen zwei Meldungen zuhilfe:

Bonn – Beim Endspiel um die Europameisterschaft erhält die deutsche Nationalmannschaft von den Tribünen im Londoner Wembley-Stadion auch Unterstützung durch Politiker aus Bonn. Die politische Delegation wird mit Bundeskanzler Kohl und Innenminister Manfred Kanther mit Maschinen vom Typ Challenger und Fokker einfliegen. Der für Sport zuständige Bundesinnenminister nimmt Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen) in seiner Maschine mit.

Bonn – Auch hier regiert König Fußball. Nach der Presseamts-Fete bei Regierungssprecher Peter Hausmann schauten Polit-Promis und Journalisten vorgestern abend noch beim ZDF (Studioleiter: Peter Ellgaard) vorbei. Vorsorglich hatten die Mainzelmänner vier Monitore aufgebaut und die Lautsprecheranlage auf O-Ton Wembley umgepolt. Gegen 3 Uhr köpfte Ellgaard noch eine Flasche südafrikanischen Rotwein mit Joschka Fischer. Der Bonner Grünen-Sprecher versackte danach mit Verteidigungsminister Rühe in einem Bonner Nachtcafé.

Das hat es mit der modernen Zivilgesellschaft in Deutschland auf sich.

Was werden unsere Enkel einmal von uns denken, wenn sie hören, was 1996 im ersten Nachrichtenmagazin am Platz geschrieben worden sein soll:

Der Dichter Hans Magnus Enzensberger holte zeitgenössische Aussagen zur Person seines Kollegen Goethe heraus...

Sie werden denken, ihre Großväter seien allesamt gegen den Bus gelaufen.

Noch die schönste Nachricht ist mit einem Tropfen Wehmut getauft. Diese auch?:

Zwei Freunde aus Stuttgart feiern den Sieg der Nationalelf über Kroatien. Mit einem Nissan rasen sie über die Landstraße. Der Beifahrer (17) hält jubelnd eine Deutschland-Flagge aus dem Fenster. Erlaubt ist Tempo 70 – die Jungen fahren mit Tempo 130. Plötzlich weht die Fahne vor die Windschutzscheibe. Der Fahrer (19) sieht nichts mehr, kracht gegen einen Straßenbaum. Fahrer in Lebensgefahr, Freund leicht verletzt.

Nein, diese nicht.

»Neues Deutschland«, neues Layout, neuer Journalismus:

Basteln die sozialdemokratischen Regierungschefs schon an einem neuen Beispiel ihrer Unglaubwürdigkeit?... Ist der Sparkatalog ein Wegweiser zu einer über uns hereinbrechenden Koalition der Unvernunft – in der die Gewerkschaften als einsame Rufer in der Wüste zurückgelassen werden?

oder:

Die Himmel über Berlin stürzen ein – nach dem Haushaltsloch überkommt die Hauptstädter nun das Ozonloch. Derzeit erleben wir in der Hochatmosphäre die Folgen dessen, was wir vor zehn, zwanzig Jahren in die Luft entließen.

oder:

Einen solchen Pfeiler hat die Nato errichtet... Dabei ist es freilich nicht ohne heftiges Tauziehen abgegangen. Bis vier Uhr früh war an Formulierungen gebastelt worden. Der europäische Pfeiler ist vorerst an die Kette eines US-Veto-Ankers gelegt. Ohne die Rückkehr der Franzosen wäre wohl der Euro-Pfeiler nicht zustandegekommen. Deren weitreichende Vorstellungen über ein drittes Nato-Oberkommando wurden allerdings ausgebremst. Aber Klaus Kinkel machte auch daraus noch einen Punktsieg für die Deutschen.

Die erste deutsche friedliche Revolution als Umwälzung des Zentralorgans zu einem Lokalanzeiger, in dem Interessen Unvernunft heißen und ihre Exekution Unglaubwürdigkeit, wo Politik gebastelt wird, Rufer in der Wüste stehen, Haushaltslöcher auf Ozonlöcher gereimt, Pfeiler mittels Tauziehen errichtet und mit einer Kette an einen Anker gelegt, Kriegspläne wiederum gebastelt und Ausbremsungen in Punktsiege verwandelt werden. Alle (und allen voran die Damen und Herren, die diese Sätze unterm Ozonloch gebastelt haben) werden es für das Resultat einer oberlehrerhaften Überschätzung des Wortes halten, wenn man ihnen sagt, daß sich in Rühes Sprache nichts anderes denken läßt als Rühes Politik, und machen erst recht nicht.

Thomas Schmid, vormals Mao Zedong und »Autonomie«, dann Zitelmann und »Junge Freiheit«, jetzt Kopper-Family und »Hamburger Morgenpost«, macht einen weiteren Vorschlag:

Jeder junge Mensch

also nicht mehr der Thomas Schmid

wird verpflichtet, eine bestimmte Zeit dem Gemeinwesen zu widmen.

Also ganz im Geist der chinesischen Kulturrevolution, die auch ihre Studenten zum Dienst am Gemeinwesen in den Ackerbau schickte.

Das wäre, wie der Zivildienst heute schon, nützlich. Und es wäre ein kleiner Beitrag zur Stärkung des Gemeinsinns, dessen Verfall heute so oft beklagt wird.

Und warum traut sich keiner, diesen allgemeinen Zivildienst vorzuschlagen, außer vielleicht die Besatzung jedes Stammtisches zwischen Hoyerswerda und Überlingen?

Warum sich niemand traut, diesen allgemeinen Zivildienst vorzuschlagen? Weil es dann gleich heißt: Aha, da soll der Arbeitsdienst unseligen Angedenkens wiederbelebt werden. Es wäre ein später Erfolg Hitlers, wenn die Arbeit für das Gemeinwesen ein Tabu bliebe.

Wie es ein später Erfolg Hitlers wäre, wenn die Einrichtung von Einrichtungen für Schädlinge des Gemeinwesens unterbliebe, bloß weil es gleich hieße, aha, da sollen die Konzentrationslager unseligen Angedenkens wiederbelebt werden. Einen anderen späten Erfolg, daß der Aufmarsch der Bundeswehr auf dem Balkan unterblieben wäre, weil es gleich wieder geheißen hätte, aha, da soll die Wehrmacht unseligen Angedenkens wiederbelebt werden, hat das Gemeinwesen dem Hitler schon vermasselt.

Auf hundert Seiten durften die teuersten Schreiber der Nation darüber nachdenken, weshalb die englische Presse den deutschen Fußballspielern so wenig zugetan war. Als der Chefredakteur des »Daily Mirror« gefragt wurde, ob seine Zeitung Kricket-Teams aus der Karibik oder Bangladesh genauso böse behandeln würde, wie sie es mit den deutschen Fußballern getan habe, sagte er:

Um Gottes Willen nein, das wäre ja offener Rassismus.

Was denn den Unterschied zum Umgang mit den Deutschen ausmache?

Well, der Unterschied sind die Deutschen.

So ist es. Und kein einziger unserer teuersten Schreiber ist darauf gekommen.

Aber auch auf der Insel kriegen sie nicht immer alles mit. Die »Daily Mail« etwa verurteilte den englischen Umgang mit den Deutschen so:

Dies ist kein Patriotismus, sondern ein gemeiner Cocktail aus Fremdenhaß, latenter Gewalt und Chauvinismus.

Diesmal waren es die Engländer, die sich vor der einfachen Lösung blamierten: Ein gemeiner Cocktail aus Fremdenhaß, latenter Gewalt und Chauvinismus – das eben ist Patriotismus.